Februar 2/81 - DM 4,00 C4143EX

konkret

DIE MONATSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND KULTUR

ATOM-RÜSTUNG: DER NACKTE WAHN-SINN

in konkret Februar 1981

Konkret-Intern

Briefe

Stamokapstadt Brokdorf von Hermann L. Gremliza

magazin

Atomrüstung: Der nackte Wahnsinn von Werner Heine
Wie weit die Raketen auch tragen und wo immer sie herkommen: die BRD wird ein bevorzugter atomarer Kriegsschauplatz sein. Die Bundesregierung bemüht sich jetzt darum, daß dieser Fall eintreten wird.

Kündigt den »Nachrüstungsbeschluß«! von Karl-Heinz Hansen

Mut für eine bessere Zukunft
Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundeskanzler.

Der Appell von Krefeld: Keine Atomraketen in Europa

Wir kriminellen deutschen Offiziere von Ernst-Günther Unterhorst
Der Autor ist 61 Jahre alt, Berufsoffizier im Krieg, Flieger im Kampfgeschwader 4, 1940 abgeschossen und lebensgefährlich verletzt, Wachoffizier auf U 403 und ab 1943 Kommandant des U-Bootes U 396 der Dönitz-Marine

»Wartet nur, bis Reagan kommt« von Hubert Fichte
Auf der Karibik-Insel Haiti herrscht »Boby Doc« Duvalier, und mit ihm herrschen Ausbeutung, Folter, Mord. Seit der Wahl Ronald Reagans fühlt sich der Diktator so sicher wie noch nie. Hubert Fichte, einer der besten Kenner mittel- und südamerikanischer Kulturen, hat einen haitianischen Historiker befragt. Die Verhältnisse sind nicht so, daß die KONKRET-Redaktion seinen Namen nennen dürfte .

Praeceptor Poloniae von Johano Strasser
Der hier nachgedruckte Beitrag von Johano Strasser erschien in der von Günter Grass, Carola Stern, Tomas Kosta, Heinrich Vorm weg, Strasser selbst und leider auch Heinrich Böll herausgegebenen Zeitschrift »L '80 - Demokratie und Sozialismus«. Strasser war einst Mitglied des Bundesvorstands der Jungsozialisten und gehörte zu den Verfassern des SPD-»Orientierungsrahmens für die achtziger Jahre«, der seit Mitte der siebziger Jahre vergessen ist. In »L '80« unterzieht Strasser die Kolumne »Polnisches Roulette« von Hermann L. Gremliza (KONKRET 10/80) einer kritischen Würdigung. Strasser bekommt in KONKRET eine Vorgabe, die er braucht und die ihm doch nichts nützen wird: Obwohl er bei der Auswahl der von ihm zitierten 54 Zeilen aus Gremlizas Kommentar sorgfältig darauf geachtet hat, jeden argumentatorischen Zusammenhang zu zerstören, wird sein eigener Beitrag hier in voller Länge abgedruckt. Als Exempel.

Johano (der 23. von links) von Hermann L. Gremliza
Zu Strassers »Praeceptor Poloniae«

Sucht-Profit-Sucht von Günter Amendt
KONKRET-Serie über Drogen und Kapital, Teil 2

GEGENDARSTELLUNG

Der Klirr-Faktor von Peter Dahl

Überleben unter Reagan! von Jens Michelsen
Arbeitslosigkeit und Inflation, Anstieg von Kriminalität und Gewalt und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen - die Angst vor der Zukunft ließ Reagan Präsidentendarsteller worden und verhalf der Moralischen Mehrheit zum ideologischen Monopol. Die politische und kulturelle Opposition in den USA stellt sich auf Überwintern ein. Eine Chance - meint JENS MICHELSEN – hat sie nur, wenn es ihr gelingt, sich stärker zu verflechten

Alle Macht den Radieschen von Ingo Waßerka
Ab dem 30. Februar kann man im Bremer Theater sein Bild von der Operette zurechtrücken: Sie kann ganz schön aufmüpfig sein - wie Jacques Offenbachs »König Karotte«

Bruder zur Sonne, zur Freizeit von Franz Rueb
Der gewerkschaftseigenen Büchergilde Gutenberg geht es schlecht. Nach fortwährendem Mitgliederschwund und Absinken in die roten Zahlen wurde die deutsche Büchergilde reorganisiert und massiv saniert. Die Büchergilde Schweiz hingegen wurde an eine bürgerliche Firma verkauft.

Tomayer, wünsch dir was von Horst Tomayer
Wie man bei der Flucht vorm Weihnachtsrummel vom kalten Regen in die warme Traufe kommen kann

Volker v. Törne von Johannes Schenk
magazin: kultur

magazin: kultur

Chile: Hilfe für Hugo Riveros! von Walter Moßmann
magazin: kultur

Herr Puntila und seine ARD von Rüdiger Kremer
»Die schärfsten Kritiker der Eiche waren früher selber welche« -nach dieser Maxime versucht G.v.P., von »Bild« ungeliebter »Panorama«-Chef (»Der Spitzbart muß weg«) und von seinen Untergebenen gefürchtete Chefredakteur (»Herr Puntila«), das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem zu unterwühlen. Da er diesmal ein Buch geschrieben hat, kann man nicht hoffen: Das versendet sich

Über den expansiven Faschismus von Walter Boehlich
Irgendetwas haben die Deutschen immer parat, woran die Welt genesen soll, mal ihr Wesen, mal ihre Waffen, mal ihr Herrenmenschentum, mal ihre Weltökonomie. Ruhe jedenfalls mögen sie den anderen nicht lassen. Sie mischen sich ein, wie damals in Spanien

Ein literarischer Skandal um Hinz und Kunz und de Lorent von Gerd Fuchs
Wie die Schulbürokratie meint, einen bücherschreibenden Lehrer auf einem Bein erwischen zu können.

Von deutschem Nachleben von Ingolf Schulte
Bericht über einen Ort, an dem allein die unberührte Schönheit der Dinge regiert, die eins ist mit ihrem Geldwert: Das deutsche Schlafzimmer.

TWEN – Ein Objekt für Objekte von Günter Amendt
Ein neues Objekt auf dem Zeitschriften-Markt, ähnlich genial wie jene hochgesetzten Bremsleuchten: Keiner braucht sie, viele kaufen sie, und einige verdienen sich eine goldene Nase daran.

konkret markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/81, S. 4

Konkret-Intern

Fusel 1

Der Schnapsfabrikant Günter Mast hat den Neuen Konkret Verlag auf Schadensersatz verklagt - bei einem Streitwert von einer Million Mark. Das Satiremagazin PARDON, seit November 1980 im Neuen Konkret Verlag, hatte die satirische Fassung einer »Jägermeister«Anzeige veröffentlicht, auf der ein Junge die Worte sprach: »Ich trinke Jägermeister, weil mein Dealer zur Zeit im Knast sitzt. « Im Prozeß vor dem Hamburger Landgericht wird es nun um die Frage gehen, was Satire darf und ob die Grenzen der Pressefreiheit von den Interessen eines Alkohol-Magnaten bestimmt werden, dessen aggressive Werbung selbst dem deutschen Werberat schon fünf mal rügenswert erschien.

Fusel 2

Über die Grenzen der Satire machte sich Dieter E. Zimmer in der »Zeit« seine Gedanken:

Nach jahrelanger Flaute gibt es wieder zwei Satire-Magazine in Deutschland.. Gegen PARDON klagt der Schnapsfabrikant Günter Mast aus Wolfenbüttel... 'Titanic' Iegte sich nicht mit einer Schnapsfirma an, sondern mit einer gesellschaftlichen Kraft: der Kirche. Der Fall ist also ernster.

Ach Gott, unsere Liberalen! Wenn sie mal ganz fortschrittlich sein wollen, stehen sie mitten in Bismarcks Kulturkampf, und wenn sie richtig radikal werden, stürzen sie sich auf die Pfaffen. Natürlich ist Wojtyla ein Thema. Aber wird einem Freidenker wie Zimmer denn nie beizubringen sein, daß die Kirche nur der ideologische Zierrat der Schnaps- und Sonstwasfabrikanten ist? Daß die Masts der Seinsgrund dessen sind, worauf die Wojtylas erscheinen? Welcher Fall ist ernster? Messen wir den Ernst, damit Zimmer es versteht, in einem liberalen Maß, in Deutschmarks: Die 'Titanic' riskiert mit ihrer - hübschen und frechen - Verhohnepiepelung des Papstes einen Strafprozeß, an dessen Ende ein paar hundert Mark Geldstrafe für den verantwortlichen Redakteur herauskommen können. Im Zivilprozeß des Günter Mast gegen PARDON drohen schon in der ersten Instanz allein Gerichtskosten von dreißigtausend Mark. Und wenn das Gericht auf Schadensersatz in der von Mast avisierten Höhe erkennt, ist das das Ende des Neuen Konkret Verlags, also auch das Ende der größten und wichtigsten linken Zeitschrift in der Bundesrepublik. Zimmer, Zimmer, gehn Se in sich!

»Frau Direktor läßt grüßen«

Unter diesem Titel beschrieb J. J. Calenberg in KONKRET 1/81 die ausgewogenen Innereien von Radio Bremen. Offensichtlich war der Beitrag etwas zu konkret ausgefallen, denn sogleich ließ die öffentlich-rechtliche Anstalt über ein Anwaltsbüro nachfragen, wer der verantwortliche Redakteur sei, und wie der Verfasser des Beitrages hieße. Beides war dem KONKRET-Heft zu entnehmen (Redakteur: Peter Dahl, Autor: J.J. Calenberg), aber für arbeitsrechtliche Rache braucht man wenigstens wasserdichte Unterlagen: Daß nämlich der Autor »J.J. Calenberg« die Interna von Radio Bremen für einen Außenstehenden einfach zu gut kannte, muß selbst der Intendant gemerkt haben. Daß aber KONKRET den wirklichen Namen des Autors »J.J. Calenberg« einem gegnerischen Anwalt preisgeben würde - dieser Einfall kann nur im Mief einer öffentlichen Rechtsanstalt geboren werden.

On dit

Auf den Fluren der »Spiegel«-Redaktion erzählt man sich eine Geschichte, die es wert ist, weitergetratscht zu werden: Auf irgendeiner hamburger Kumpanenfete fragte Rudolf Augstein den Theo Sommer, ob er das eigentlich noch lange aushalte, allmonatlich in KONKRET durch den Kakao gezogen zu werden. Darauf Theo: »Ach, ich lese das schon lange nicht mehr. « Und nun Augstein: »Alles dürfen Sie werden, Theo, aber nicht frech! »

Betrifft Aufrufe

Wir haben uns jahrelang dem Ansturm politischer Gruppen verweigert, die ihre Aufrufe in KONKRET abgedruckt sehen wollten, In diesem Heft machen wir eine Ausnahme: Auf den Seiten 16 und 17 erscheinen zwei Aufrufe gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Sie geben allen Lesern der Titelgeschichte die Möglichkeit, sofort etwas zu tun. Das ist nicht viel und dabei soll es auch nicht bleiben, aber es ist ein Anfang, hoffentlich der Beginn einer massenhaften Kampagne gegen den atomaren Rüstungswahnsinn.

Konkret 02/81, S. 5

Briefe

Nicht abkanzeln

KONKRET 12/80: »Schwarzmarkt(Ost)für Plaötik(West)«eine Reportage über Polen und KONKRET 1/81: »Gnade den Polen« - ein Kommentar von Hermann L. Gremliza

Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß Irene Kalthoff mit ihrem Polen-Artikel leider sehr recht hat. Aber die Problematik der Mißstände in Polen muß unbedingt mal unter dem Blickwinkel betrachtet werden, den Stefan Hinz »die Unendlichkeit der Endlösung« nennt. Ich bin der festen Überzeugung, daß vieles Unverständliche in Polen seinen Ursprung in den Taten des deutschen Faschismus hat. Selbst ein ganzes Volk kann 35 Jahre später noch nicht wieder »normal« sein. Und deswegen muß sogar dieser unseligen Figur Walesa unsere Solidarität gelten.

Hansgert K. Lambers

Berlin

Reagan und sein Rechts-Clan hier, die Sowjets und ihre weise Zurückhaltung dort. Und die polnischen Arbeiter? Gegner des Sozialismus? Nationalisten? Glaubenskämpfer? Syndikalisten? Oder der Kronstädter Aufstand in Neuauflage und Großformat, gegen Bürokratismus und real existierende Bevormundung? Eine sachliche und detaillierte Auseinandersetzung mit Walesa und Genossen wäre angebrachter als (vorschnelle?) Pauschalabkanzelungen.

Ulrich Strack

Münster

Da fahren Leute, die sich deprimierenderweise auch noch für Sozialisten halten, nach Polen, in ein Land, in dem ein erbitterter Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und legitimationslos herrschender Bürokratenkaste tobt; in ein Land, in dem die Arbeiterklasse daran geht, sich die primitivsten Grundrechte zu erkämpfen; Und was wissen diese Leute zu berichten? Daß man ihnen die wirtschaftliche Ausbeutung Polens durch die Sowjetunion, die kein vernünftiger Mensch bestreiten wird, nicht überzeugend belegt hat. Ferner, daß das alte spießbürgerlich-deutsche Vorurteil von den »sauf- und handelsuchtigen Polaken« sehr wohl zutrifft. Und schließlich, daß das - historisch wie auch aktuell - nur allzu berechtigte Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion »irrationaler Russenhaß« sei. Fehlt eigentlich nur noch der ausdrückliche Wunsch, daß die Sowjetpanzer in Polen recht bald wieder für klare Verhältnisse sorgen.

Michael Bender

Mannheim

Theos Finger

KONKRET ex-Press, KONKRET-Vertrieb

Sicher weiß man auch in Hamburg, daß wir Rheinländer unserem ungestümen Bedürfnis nach brüllendem Gelächter vorzugsweise im Karneval freien Lauf lassen. Zu anderen Zeiten haben wir jedoch genau so wenig zu lachen wie alle anderen Bundesbürger. Allein die regelmäßige, wenn auch sinnlose Vernichtung von THEO ermöglicht mir gelegentlich spontanes, satanisches Lachen. Aber wer zuletzt lacht... Bisher war hier KONKRET nur bei »Montanus« und an den Bahnhöfen zu kaufen. »Montanus« hat jetzt KONKRET nicht mehr im Angebot. Angeblich wegen Schwierigkeiten unpolitischer Art mit dem Verlag. Sollte THEO da seine Finger im Spiel ... ?

Rainer Gerhards

Solingen

Theo hat nicht. Die »Montanus«-Kette wird seit Sommer letzten Jahres wegen Streitigkeiten um Handelsrabatte von bundesdeutschen Pressevertriebsfirmen nicht mehr mit Zeitschriften beliefert. Davon ist u.a. auch KONKRET betroffen. Die Redaktion.

Dummer Klon

KONKRET 11/80: »Wir schaffen die perfekte Rasse« - Martin Buchholz über die Gen-Manipulateure

Sind die Vererbungspäpste nicht gezwungen, für ihr Ziel zum Mittel der sozialen Kontrolle zu greifen? Vorbilder haben sie ja schon: Der Psychologe Arthur Jensen (»Neger sind dümmer geboren als Weiße«) half in den USA mit seiner Vererbungstheone einer Bildungspolitik auf die Sprünge, die Weißen von vornherein bessere Bildungschancen einräumte als Schwarzen.

Volker Böhnlein

Münster

Konkret 02/81, S. 6

Hermann L. Gremliza

Stamokapstadt Brokdorf

HANS-Ulrich Klose, der auf eine schüchterne Art kesse Bürgermeister von Hamburg, will den Wladimir Iljitsch auf den Kopf stellen. Zwar, so gab er vor gut zwei Jahren in einem KONKRET-Interview zu, sei dessen Theorie vom »Staatsmonopolistischen Kapitalismus« in ihrem analytischen Teil schon ganz richtig: Der Staat sei tatsächlich zum »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« verkommen. Doch in seinen Konsequenzen - daß das so sein und auch so bleiben müsse - habe der Kommunist geirrt. An der Unterelbe, auf den sauren Wiesen von Brokdorf, will Klose den Beweis antreten:

Brokdorf ist eine zentrale Entscheidung, weil sie für alle Beteiligten Signalwirkung hat. Für die Gegner und Befürworter wäre der Ausstieg (aus diesem Atomkraftwek-Projekt) ein bedeutsames Ereignis, weil erstmals etwas nach allen Erfahrungen unserer wirtschaftlichen Ordnung ganz Ungewöhnliches geschehen würde: Daß nämlich eine Regierung sagen könnte, sie will etwas nicht, was als Wachstumsindustrie nicht nur propagiert, sondern auch mit vielen Milliarden gefördert worden ist ... Wer diese Frage stellt, wird schnell als Systemveränderer abgestempelt.

Der Testfall Brokdorf ist gut gewählt. Denn gegen den Bau dieses Atomkraftwerks spricht alle Vernunft: Noch immer hält eine qualifizierte Minderheit der Wissenschaftler (und das ist die Mehrheit der nicht von der Atomindustrie profitierenden) die von einem solchen Kraftwerk drohenden Gefahren für unvertretbar groß; noch immer ist die Frage, wo denn der hochradioaktive Atommüll gelagert werden soll, völlig offen; noch immer liegen auch die tatsächlichen Leistungen der Atomkraftwerke weit hinter den Versprechungen ihrer Erbauer - das AKW in Brunsbüttel, das 1976 in Betrieb genommen wurde, hat bis heute erst ein Jahr lang störungsfrei funktioniert und damit den Hamburger Strompreis zum höchsten in der Bundesrepublik gemacht; würde Brokdorf gebaut, so wäre Hamburg mit einem Anteil von 70 Prozent an seiner Stromproduktion von der Atomenergie abhängig; selbst unter der wenig realistischen Annahme der Hamburger Wirtschaftsbehörde, daß der Strombedarf im nächsten Jahrzehnt um jährlich 75 Megawatt steigen werde, und bei einer Reserveproduktion von 25 Prozent über der Höchstbelastung könnten die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) im Jahre 1994 noch 34 Megawatt mehr abgeben als nötig - ohne Brokdorf. Unberücksichtigt ist dabei, daß der tatsächliche Stromverbrauch im ersten Halbjahr 1980 um 1,1 Prozent zurückgegangen ist und gewiß auch so bald nicht wieder steigen wird.

Für Brokdorf spricht »die Wirtschaft«: Sie hat sich mit öffentlichen und eigenen Milliarden auf ihr größtes Geschäft aller Zeiten vorbereitet, und Brokdorf ist ihr Symbol: schafft hier eine politische Instanz den Ausstieg, gerät das ganze Atomprojekt in Gefahr. Und mehr: die gewinnbringende Gewißheit, daß der Staat der stets bereitwillige Förderer und zugleich der bequemste und sicherste Kunde der Großindustrie ist. Brokdorf, das Symbol des Widerstands der Atomkraftgegner, ist darum zugleich das Symbol der Durchsetzungskraft dessen, was Klose vorsichtig »unsere Wirtschaftsordnung« nennt. Aus dieser Sicht wird auch plausibel, warum Atomkraftgegner den Nutznießern dieser »Wirtschaftsordnung« als »Systemgegner« erscheinen müssen.

Allein, ohne den Staat, ohne die Regierungen, ja auch nur ohne die Gewerkschaften, wäre die Atomindustrie nicht lebensfähig. Weder hätte sie die zur Forschung notwendigen Mittel selbst aufbringen können oder wollen, noch ließen sich etwa sozialdemokratische Abgeordnete von privaten Unternehmern allein so vergewaltigen. Verdient wird zwar privat - von der Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU), die das Monopol für den Bau von Atomkraftwerken besitzt -, aber gearbeitet wird klassenübergreifend: Bernhard Plettner, der Vorstandsvorsitzende von Siemens, sitzt natürlich - wie der Vorstandsvorsitzende des Elektro-Konzerns AEG - im Aufsichtsrat der HEW, die als 50 Prozent-Gesellschafter von Brokdorf ihre Aufträge an die KWU vergibt. 72 Prozent der HEW, die als Aktiengesellschaft ein gewinnorientiertes Unternehmen sind, gehören der Stadt Hamburg, deren regierende Sozialdemokraten über ihre Beteiligung tief ins »Wirtschaftsordnungs«-Denken ihres Elektrizitätswerk verstrickt sind. Gleiches gilt von den zehn Gewerkschafter im HEW-Aufsichtsrat, die in Sachen Atomkraft ganz und gar auf Plettners Seite stehen. Das sollte übrigens nicht einmal ein Vorwurf sein: Solange die politischen Führer (wer immer das heute sei) der Arbeiterklasse keine systemverändernden Strategien entwickeln, müssen Arbeitnehmervertreter vor Ort sich wohl darauf beschränken, aus dem herrschenden Wirtschaftssystem das Beste - Arbeitsplätze - wo immer und Löhne - zu machen.

Jedenfalls sind die Motive dieser Gewerkschafter honoriger als die der christlichen Handlungsgehilfen des Atomkapitals, wie etwa des Kieler Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg, der die Zustimmung des Hamburger Senats zu Brokdorf dadurch erzwingen will, daß er der Stadt Hamburg für ein ersatzweise geplantes Kohlekraftwerk keine Baustelle zur Verfügung stellt. Stoltenberg will Brokdorf um jeden Preis - auch wenn es dann vier Fünftel der Zeit wegen Störfällen abgeschaltet werden müßte und ab und an ein wenig Radioaktivität freisetzen sollte wie das Nachbar-Kraftwerk in

Brunsbüttel. Denn Stoltenberg will Brokdorf nicht trotz des Widerstands der Atomkraftgegner, sondern *wegen* dieses Widerstands. Er braucht die Schlachten um Brokdorf, den paramilitärischen Aufmarsch (insbesondere der Hamburger Polizei), um erstens die Wählerschaft der SPD zu dezimieren und zweitens - mithilfe der vorhersehbar blutigen Auseinandersetzungen - eine neue Generation von Terroristen herzustellen. Das Aussterben der ersten Generation hat die Kandidatur des letzten Kanzlerkandidaten der CDU/CSU doch sehr behindert, und wenn Stoltenberg 1984 antritt ...

Bevor ich vergeß, Ihnen zu erzählen: Brokdorf wird selbstverständlich gebaut. Sollte nämlich der Parteitag der Hamburger SPD entgegen dem Vorschlag des Parteivorstands dem Bürgermeister Klose folgen und den Bau ablehnen, ist der Hamburger Senat an diese Entscheidung keineswegs gebunden. Sollte sich aber die Senatsmehrheit dem negativen Votum des Parteitags beugen, so sind die HEW durchaus nicht gezwungen, dem Senat zu Willen zu sein. Sollten jedoch die HEW dem Senat folgen und Brokdorf aufkündigen, so würde ihr Anteil von der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Preag) übernommen. Die Preag gehört zu 86,5 Prozent der VEBA und die VEBA gehört dem Bund - in ihrem Aufsichtsratsitzt der sozialdemokratische Staatssekretär im Kanzleramt Manfred Lahnstein, der nie widerspricht, wenn der VEBA-Vorstandsvorsitzende Rudolf von Bennigsen sagt, »daß Brokdorf gebaut werden muß«. Warum auch? Sein Kanzler ist derselben Meinung.

Brokdorf wird also gebaut, ob nun die Delegierten des Hamburger SPD-Parteitags Anfang Februar für den Bau oder dagegen entscheiden oder - was wie immer das Wahrscheinlichste ist - sich mit einem kleinen Kompromiß herausmogeln. Warum also hat sich dann eine solche Masse von Presseleuten angemeldet? Sogar ein Vertreter der »New York Times« will kommen. Mir scheint, Klose hat recht: Auch nur ein Nein der Hamburger SPD und vielleicht doch auch des Senats wäre ein Signal. Es wäre in unserer Wirtschaftsordnung das erste Mal, daß eine regierende Partei und gar eine Regierung den Mut aufgebracht hätten, ihren Willen gegen die Interessen des Monopolkapitals nicht geradezu durchzusetzen, aber doch zu artikulieren.

Gelingt das, wäre Klose, den die lohnschreibenden Systemtrottel anläßlich seines KONKRET-Interviews einen »Stamokap-Anhänger« nannten, der erste Sozialdemokrat, dessen Politik die lupenreine Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus ein wenig angekratzt hätte. Entsprechend groß sind seine Chancen: bei null.

Konkret 02/81, S. 8

magazin

PRESSE

Wenn Henri nicht geklagt hätte

Es geht immer noch um die Spätfolgen eines Prozesses von 1978, in dem zehn Frauen, angeführt von Alice Schwarzer, vom »Stern« verlangten, Frauen als Menschen wie du und ich und nicht als Sexualobjekte auf dem Titel abzubilden. Diesen ersten Sexismus-Prozeß der Pressegeschichte haben die Frauen verloren. Laut Richter Engelschall haben sie zwanzig Jahre zu früh geklagt. Jetzt, knapp drei Jahre danach, geht es um folgendes:

»Emma« hatte den Austausch eines Kommentars der »Stern«-Redakteurin Ingrid Kolb, der sich kritisch mit dem Tielblatt-Prozeß befaßte, gegen einen Beitrag über russische Dissidenten erstens als Zensur bezeichnet und zweitens Henri Nannen dafür verantwortlich gemacht. Der verwahrte sich gegen diese Beleidigung und ließ durch seinen damals jungfräulichen stellvertretenden Chefredakteur Peter Koch eidesstattlich versichern, dieser habe den Austausch zu verantworten.

Im Frühjahr 1980 wurde das Landgericht Hamburg bemüht, um die Frage zu klären, ob Henri Nannen für den Artikel-Tausch nicht doch verantwortlich gewesen sein könnte. Strittig wurde die Frage, ob Nannen damals anwesend war. KONKRET (3/80) berichtete, ß sich von neun Zeugen nur

Zeuge erinnern konnte.

Bei der Lektüre des KONKRET-Artikels erinnerte sich noch einer: Reimar Oltmanns, bis April 1979 Redakteur beim »Stern«, gab eine eidesstattliche Versicherung zu der fraglichen Redaktions-Konferenz ab: »Ich bin ... ebenfalls in das Zimmer von Herrn Nannen gegangen. Dort sprachen Herr Koch und Herr Nannen ausschließlich über den Titelblattprozeß ... Herr Nannen betrachtete die Fotos des Prozesses und las zusammen mit Herrn Koch die Agenturmeldungen, die die Nachrichtenredaktion hereingereicht hatte. Nach Durchsicht dieser Unterlagen beschloß Herr Nannen, daß der Prozeß im vorderen Teil des Blattes durch Pressestimmen, die im wesentlichen die Meinung des »Stern« widergäben, dargestellt werden sollte, und daß der Artikel der Redakteurin Kolb aus dem Heft herausgenommen werden solle. Diese Entscheidung traf er mit den Worten: 'Und dann kippen wir aber hinten den Kommentar'. «

Nun widerlegt zwar diese Aussage Reimar Oltmanns die von Peter Koch, wurde aber dennoch vom Landgericht nicht zur Urteilsfindung hinzugezogen, weil sie zu spät kam. Von Wiedereröffnung der Beweisaufnahme war nicht die Rede. »Emma« wurde zum Widerruf des Zensurvorwurfs verurteilt, weil - so die Urteilsbegründung - »greifbare Anhaltspunkte, die die Aussage des Zeugen Koch erschüttern könnten, liegen nicht vor.«

Die - »Emma«-Anwältinnen und »Emma« sind anderer Ansicht und haben beim Oberlandesgericht Berufung eingelegt. Das OLG hat noch nicht entschieden, »ob die Aussage von Herrn Oltmanns entscheidungserheblich« ist, wie sich Joachim Hagen von der »Stern«-Rechtsabteilung ausdrückt.

Es bleibt abzuwarten, ob das OLG diese Zeugenaussage zuläßt. Erst dann wird geprüft werden können, ob Peter Koch (inzwischen jungfräulicher Chefredakteur) die Wahrheit gesagt hat.

GAUNERSTÜCK

Mannomann

Hätte er doch KONKRET gelesen, Egon Overbeck wäre noch reicher, als er es ohnedies ist. Stattdessen fällt der oberste Mann von Mannesmann, der als der wirtschaftspolitische Sachverstand von Kanzler Schmidt gehalten wird, einem schlichten Schwindler zum Opfer, der zur Zeit in Untersuchungshaft sitzt. 1972 berichtete KONKRET über eine dubiose »Europäische Treuhand« in Köln, die einen Tag nach Willy Brandts triumphalem Wahlsieg in Springers »Welt« (Überschrift: »Jetzt ökonomisch wählen!«) Stimmzettel für Betuchte druckte, auf denen man zwischen »Reformen in Deutschland« und - vorsichtshalber schon angekreuzt - »Bankgarantierte Rendite in Luxemburg« wählen durfte. Ängstlichen Bürgern, die - solche Leute gabs damals wirklich - von der SPD die Sozialisierung befürchteten, bot Treuhandchef Jochen Erlemann die Möglichkeit, ihr Kapital im sicheren Luxemburg steuergünstig anzulegen. KONKRET (»Otto Köhler auf Kapitalflucht«) war dabei, als die »Europäische Treuhand« Steuerflüchtlinge per Privatflugzeug von Köln nach Luxemburg schleuste, um ihnen dort Luxusapartments nach dem Bauherren-Modell anzudrehen - mit 142 Prozent von der Steuer abzusetzen. Die KONKRET-Warnung vor den steuerlichen Versprechungen Erlemanns nützten nichts - er konnte Dank des Vertrauens seiner reichen Kunden in den folgenden 8 Jahren immer neue und immer dubiosere

Abschreibungsgeschäfte anbieten, für die er bis zu 300 Prozent steuerliche Abschreibung versprach. Um sein Millionengehalt vor der Steuer zu retten, ließ sich Overbeck mit seinem geballten wirtschaftlichen Sachverstand ausgerechnet auf das windigste Treuhand-Abschreibungsgeschäft ein: die Contruck-Fonds, bei denen Erlemann für 37 Millionen Mark Gasflaschen zu Leasing-Zwekken aufzukaufen versprach - mehr als es im ganzen Libanon gibt. Doch Overbeck hat nur 20.000 Mark bei Erlemann verloren, behauptet sein Steuerberater Borcher, und nicht »einige 100.000 Mark«, wie der »Stern« undementiert schrieb. Kuriosum am Rande: Wer bei Overbecks Mannesmann-Anschluß anruft, kann von seiner Sekretärin direkt (»Ich stelle durch«) an das Büro seines Steuerberaters weitergegeben werden, der offiziell eine ganz andere Nummer führt. Und der findet übrigens Geschäfte wie Erlemanns windige Contruck-Fonds grundsätzlich heute noch immer gut. Ob Mannesmann noch zu retten ist, wenn der Chef Telefone durcheinander bringt und sich auf der Privatleitung geschäftliche Beratung leistet?

STAATSANWÄLTE

Spontan hinreißen

Auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelten die Normen des Strafgesetzbuchs für jedermann, also auch für Menschen, die nicht in der BRD geboren sind, gleichwohl hierherkommen, um Straftaten zu begehen. Die für Menschen gemachten Gesetze gelten jedoch nicht für Türken, Jugoslawen oder Araber. Beispiel: Im Frühjahr 1980 kam es in der Kantine eines Wohnheims in Hamburg Billhorn zu einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Staatsangehörigen. Herr D. wurde im Verlauf dieses Streits mit einem Stuhl niedergeschlagen und, am Boden liegend, von seinem Angreifer und dessen Bruder mit Fußtritten mißhandelt. Im Krankenhaus wurde bei Herrn D. eine Rippenfraktur und eine Kopfplatzwunde festgestellt. D. stellte Strafanzeige. Drei Monate später schrieb die ermittelnde Polizeidienststelle diesen Vermerk:

Im Heim Billhorner Mühlenweg 1, im Moment vorwiegend von Ausländern aus Jugoslawien, der Türkei und arabischen Länder bewohnt, kommt es des öfteren zu tätlichen Auseinandersetzungen, die überwiegend mentalitätsbedingt sind.

Weitere fünf Monate später stellte die Staatsanwaltschaft Hamburg das Verfahren ein mit der Begründung:

»Es ist nicht ersichtlich, inwiefern der Rechtsfrieden über den Lebenskreis der Beteiligten hinaus gestört gewesen wäre. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen sind die Interessen der Allgemeinheit in keiner Weise berührt worden. Vielmehr hat eine private Auseinandersetzung zwischen Ausländern gleicher Nationalität stattgefunden, wobei zu berücksichtigen ist,... daß sich türkische Staatsangehörige aufgrund ihrer Mentalität spontan zu derartigen Tätlichkeiten hinreißen lassen.«

Es ist nicht ersichtlich, weshalb diese Beamten nicht spontan an einen Arbeitsplatz versetzt werden sollten, wo sie über ihren Lebenskreis hinaus den Rechtsfrieden nicht mehr als Beteiligte stören können.

JUSTIZ

Vorübergehend beeinträchtigt

Der Berg der Gerechtigkeit kreißte und gebar eine Entscheidung: Das Leben ist strafrechtlich erst nach der Geburt geschützt. So ließ die Westberliner Staatsanwaltschaft wissen. Der »Schutz des ungeborenen Lebens«, im Paragraphen 218 als Staatsräson verkündet, gilt zumindest dann nicht, wenn die Chemieindustrie in den Mutterleib hineinpfuscht und dort kleine Krüppelchen wachsen läßt. Die Staatsanwälte stellten das Ermittlungsverfahren gegen die Firma Schering in Sachen »Duogynon« ein. Das Präparat wird als hormonaler Schwangerschaftstest beim Ausbleiben der Monatsblutung verwendet und als Regulativ bei der Menstruation, wenn keine Schwangerschaft vorliegt. Die Folgen: Hunderte von Babies kamen mit Schäden des Herz- und Kreislaufsystems, mit Wasserköpfen, mit Hasenscharten und Wolfsrachen, mit Mißbildungen an Armen und Beinen sowie an den Genitalien zur Welt. Nachdem der »Berliner Extra-Dienst« (Vorläufer der »Neuen«) im Juli 1978 diese Neuauflage des Contergan-Skandals publik gemacht hatte, wurde die Sache zunächst mal als »linksradikale Propaganda gegen die Industrie« (»Die Welt«) heruntergespielt. Im November 1978 bildete sich dann eine »Interessengemeinschaft Duogynon-geschädigter Kinder« und kurze Zeit später nahm Schering das Präparat vom Markt. Bald darauf war es dann wieder da - nur eben mit neuen Namen. Es hieß nun »Cumorit«. Im Herbst letzten Jahres verschwand auch »Cumorit« nach anhaltenden Protesten. Und tauchte erneut auf - diesmal als »Östroprimolut« in einer leicht variierten Zusammensetzung. Daß »Duogynon«/»Cumorit«/»Östroprimolut« irgendetwas mit Mißbildungen bei Neugeborenen zu tun habe, hat die Firma Schering natürlich immer geleugnet und die Staatsanwaltschaft sieht einen derartigen Zusammenhang selbstverständlich auch nicht. In Schweden, Finnland, Italien, Holland, Australien, Spanien und England sieht man diesen Zusammenhang als erwiesen an. Dort darf »Duogynon« schon längst nicht mehr verschrieben werden. Doch selbst wenn das Präparat für Mißbildungen verantwortlich wäre, den Chemie-Konzern träfe noch lange keine Schuld, klärte uns die Staatsanwaltschaft auf. Man könne hier nicht von Körperverletzung sprechen, da ungeborenes Leben rechtlich gar keinen Körper habe und die Schädigung ja vor der Geburt erfolgt sei. Wenn eine betroffene Mutter nun mal

Pech gehabt hat, kann sie es ja nochmal versuchen. Ihr ist ja schließlich nichts passiert. »Ihre Gebärfähigkeit war nicht auch nur vorübergehend beeinträchtigt. « So beruhigen die Staatsanwälte sich und uns. Dem deutschen Volk geht keine Gebärmutter verloren. Das ist die Hauptsache. Wenn aber eine Mutter ahnt, daß in ihrem Bauch ein Chemiekrüppelchen wächst und dieses ungeborene Leben abtreibt, dann wird sie es - ganz klar - sofort mit den Lebensschützern der Justiz zu tun kriegen.

Zum Kotzen. Doch Vorsicht, wenn Sie schwanger sind. Das meistverschriebene Präparat gegen Übelkeit in der Schwangerschaft heißt »Lenotan«. In den USA darf es nur noch mit einer deutlichen Warnung auf der Packung verkauft werden. Dieses Mittel wird nämlich mit Mißbildungen an Babies in Verbindung gebracht.

Undsoweiter ...

Radikalauer
von Winfried Thomsen

Hans Apel tritt zurück. Die Drei Tornados werden Minister.

Ein begehrlicher Blick auf die Ehefrau mißfällt dem Papst. Sein Vater hatte schon weggesehen.

Unsere Politiker setzen Zeichen, oder: Die Russen Komma Ausrufungszeichen.

Politik und Geist sind nicht voneinander zu trennen, sagt Helmut Schmidt. Deshalb also macht er keine Politik.

Eier wurden billiger. Strauß ist ja auch seltener geworden.

Ich bin dafür, Berlin strikt einzureißen und voll abzubrechen.

Helmut Schmidt will den sozialen Frieden um jeden Preis erhalten. Am liebsten zum Mondscheintarif.

in Hessen gibt es einen Umweltminister. Früher nannte man so was Minister ohne Geschäftsbereich.

Einige Bischöfe sind für Nachrüstung. Man kann die Raketen ja auf dem Boden des Evangeliums stationieren.

Prof. Carstens ruft dazu auf, den Gürtel enger zu schnallen. Er selbst ist schon auf Diäten gesetzt.

Warum wird immer nur die Verfassungstreue von Betriebsräten und nie die von Unternehmern geprüft? Was nicht existiert, kann man auch nicht kontrollieren.

Konkret 02/81, S. 10

Werner Heine

Atomrüstung: Der nackte Wahnsinn

Wie weit die Raketen auch tragen und wo immer sie herkommen: die BRD wird ein bevorzugter atomarer Kriegsschauplatz sein. Die Bundesregierung bemüht sich jetzt darum, daß dieser Fall eintreten wird.

HELMUT Schmidt Hans-Dietrich Genscher, Hans Apel und andere beteiligen sich an der Planung und Vorbereitung eines Angriffskrieges. Dieser Spruch muß diesmal vorher gefällt werden. Ein Nürnberger Tribunal wird es mangels überlebender Sieger und Besiegter nicht noch einmal geben.

Der »Wettkampf der Systeme«, der im Nazi-Jargon einfacher und zutreffender »Kampf dem Bolschewismus« hieß, ist durch aktives Handeln, mindestens aber durch billigendes Inkaufnehmen der oben Genannten an diesen Punkt gelangt: Die Wahrscheinlichkeit, daß ein atomarer Krieg in Europa stattfinden wird, ist nach zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung größer denn je. Daß dieser Krieg von der Nato begonnen wird, jenem westlichen Bündnis, dem die BRD unter Adenauers nahezu glaubhafter Prämisse beitrat, es diene der Verteidigung, ist wahrscheinlicher denn je.

Vorbei sind die guten alten 50er Jahre, in denen die Präsentation eines Holzmodells des Schützenpanzers HS 30 durch die Wehrsportgruppe Strauß oder die öffentliche Diskussion um das Design des Bundeswehr-Stahlhelms eher komisch wirkten. Nach 25 Jahren Bundeswehr haben wir es mit Tornado, SS 20, Pershing I bis 11 und dem real existierenden Overkill zu tun. In diesen 25 Jahren gab es nur einen ernsthaften Konflikt zwischen Nato und Warschauer Pakt bis an den Rand der gegenseitigen und gemeinsamen Vernichtung. Das war die geplante Lieferung sowjetischer Raketen an Cuba, die in jener Nacht dramatisch wurde, in der Verteidigungsminister Strauß besoffen in die Büsche des Bonner Regierungsviertels kotzte. Kein SPD-Parlamentarier, der sich daran nicht erinnerte. Ebenso wie an die Tatsache, daß damals, 1962, die Sowjetunion den Plan der Stationierung von Atomraketen vor den Toren der USA aufgab. Der langjährige Rüstungsexperte der Bonner SPD-Fraktion, Alfons Pawelczyk, sagte später: »Die geschichtliche Erfahrung zeigt die Sowjetunion eher als risikoscheue Macht.«

Das kommt der Wahrheit ziemlich nahe. Richtiger wäre, nach 20 Jahren Konfrontation und zehn Jahren im konfrontationsbegrenzenden Vertragsbund mit der UdSSR festzustellen: Die Sowjetunion hat nach aller Erfahrung offensichtlich kein Interesse, ihre Panzer am Rheinufer zu putzen; wer das Gegenteil behauptet, lügt.

Aber eine Generation kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion reichten offenbar nicht aus, um die irrationale Angst vor den bolschewistischen Ungeheuern zu beseitigen. Am 5. Dezember 1979 beschloß der SPD-Parteitag in Berlin, den »Nachrüstungs«-Plänen der Nato (und der eigenen Parteispitze) zuzustimmen. Eine Woche später entschied die Nato-Konferenz in Brüssel: Stationierung von 572 US-Atomwaffenträgern mittlerer Reichweite in europäischen Nato-Ländern, 322 davon in der Bundesrepublik. Die Begründung gab Hans Apel vor dem erschreckten Parteitag: »Woche für Woche« produziere die Sowjetunion eine der furchtbaren SS 20-Raketen, mit der sie eine »Verteidigungslücke« bei der Nato vergrößere. Es sei der reine Friedensdienst, wenn die Bundesregierung diesem wachsenden Ungleichgewicht nicht länger tatenlos zusehe. Denn, das haben wir seit Beginn unserer Republik brav gelernt: Gleichgewicht ist Sicherheit.

Kleiner Exkurs. In Wahrheit haben wir gelernt, daß das Gleichgewicht des Schreckens für Frieden sorgt. Das war in den 50er und 60er Jahren die Möglichkeit der UdSSR wie der USA, den ideologischen Feind per Atombombe von der Anzettelung eines militärischen Konflikts abzuhalten. Das System funktionierte. Das Ehepaar Rosenberg, das mit der Weitergabe der Formeln für die Herstellung der Atombombe an die UdSSR für dieses Gleichgewicht sorgte, bekam dafür nicht den Friedensnobelpreis, sondern starb auf dem elektrischen Stuhl in den USA.

Später sorgten unsere Politiker und die Rüstungsindustrie dafür, daß wir glaubten: Jeder Panzer, jedes Flugzeug, jede Rakete braucht das Gegenstück auf der anderen Seite. Das war die Voraussetzung des Aufbaus der Bundeswehr zur zweitstärksten Militärmacht innerhalb der Nato. Die Flicks, die gerade einen konjunkturellen Rückschlag wegen ungünstigen Kriegsverlaufs hatten hinnehmen müssen, ließen danken.

Immerhin: Wir hatten eine garantierte Überlebenschance. Unterhalb des Schildes der gegeneinandergerichteten Interkontinentalraketen wurde zwar eine Armee mit Panzern und Infanterie und Musikkorps für den möglichen »konventionellen« Krieg aufgebaut, aber das schien mehr ein Zugeständnis an die wiederbeschäftigten Offiziere einer nicht besonders erfolgreichen Armee aus früheren Zeiten zu sein. Selbst die Sozialdemokratie, die damals aus ebenfalls nicht sehr erfolgreichen Überlebenden früherer Zeiten bestand, erkannte nach anfänglichem Zögern die Notwendigkeit von Schellenbaum und Günter Noris an.

Das System des Gleichgewichts des Schreckens bekam erst Risse, als die USA 1959 in Großbritannien Thor-Raketen und ein Jahr später Jupiter-Raketen in der Türkei und Italien stationierten. Damit sah sich, die Sowjetunion einer atomaren Einkreisungspolitik ausgesetzt, die mit in Europa gelagerten Atlas- und Nike-Raketen und den atomwaffenbestückten

Polaris-U-Booten jeden Punkt der Sowjetunion vernichtend treffen konnte. Die Sowjetunion brachte deshalb seit 1959 atomare Mittelstreckenraketen in Stellung - zuerst den Typ SS 4 mit einer Reichweite von 2000 Kilometern. Das war erkennbar eine Waffe, die den potentiellen Gegner USA nicht mehr verwundbar treffen konnte. Sie richtete sich ausschließlich gegen die atomaren US-Stützpunkte in den europäischen Nato-Staaten, und hinfort entwickelte der Westen die Theorie von den nuklearen Kriegsschauplätzen (Theatre nuclear forces, TNF).

Nach dieser Theorie rechnet der Westen bis heute Langstreckenrakete gegen Langstreckenrakete auf. Dasselbe gilt für Mittel- und Kurzstreckenraketen. Für die Bundesrepublik Deutschland war das keine erfreuliche Wendung. Sie liegt im Bereich aller drei Reichweiten atomar bestückter Raketen von beiden Seiten, ist also der bevorzugte nukleare Kriegsschauplatz. Und Helmut Schmidt und Co. wären bekloppt, wenn sie das nicht wüßten. Selbst der Befürworter dieses Zustandes, Franz-Josef Strauß, sagte vor dem Bundestag, daß ein Ost-West-Krieg »zur physischen und biologischen Vernichtung des deutschen Volkes« führen müsse.

Mit der TNF-Theorie (und -Realität) schwand die Möglichkeit, die Bundesrepublik atomar zu verteidigen. Es schwand auch die Möglichkeit, mit der makabren Unterscheidung zwischen »taktischen« (Adenauer: »Dat is ne Fortentwicklung von der Artillerie«) und »strategischen« Atomwaffen Militärpolitik zu betreiben. Jetzt war auch in der Bundesrepublik bekannt, daß ein weiterer Ausbau von Mittelstreckenraketen-Deponien in Westeuropa von der Sowjetunion als feindlicher Akt angesehen würde. Denn für die Sowjetunion wurde es nun egal, ob sie und ihre Verbündeten von taktischen Atomwaffen aus der Nähe oder strategischen aus der Ferne bedroht waren. Sie schlug deshalb vor, die taktischen Systeme in Europa in die SALT-Verhandlungen (Abkommen über *strategische* Waffenbegrenzung) einzubeziehen. Die USA lehnten ab.

Paul Warnke, Chefverhandler der USA bei SALT, erzählte später: »SALT II ist ganz gewiß umfassend, denn es deckt sämtliche Systeme mit interkontinentalen Reich: weiten ab. Darauf allerdings wurde es auf unseren Wunsch beschränkt, denn sonst hätten die Sowjets auf Beschränkung unserer Waffensysteme in Europa bestanden, und von ihrem Standpunkt aus wäre das auch logisch gewesen, denn diese Systeme könnten Ziele in der Sowjetunion erreichen. Wir haben taktische Nuklearwaffen nicht einbezogen, weil unsere Verbündeten das nicht wollten.«

Wenn diese Version stimmt - wir haben wenig Grund, daran zu zweifeln, sowjetische Militärs erzählen dasselbe -, dann brauchen wir über die Ursache der sowjetischen SS 20-Rüstung nicht mehr nachzudenken. Der bundesdeutsche Militärexperte Anton-Andreas Guha faßt zusammen»Viele Indizien sprechen dafür, daß die SPD/FDP-Bundesregierung die USA dazu gedrängt hat, auf eurostrategischem Gebiet militärisch und politisch initiativ zu werden.«

Eurostrategisch: das ist das Modewort für Kurz- und Mittelstreckenraketen, die die USA und die Sowjetunion seit Anfang der 60er Jahre für den atomaren Kriegsschauplatz Europa installierten. Die USA stationierten in Westeuropa zum Beispiel bis 1979 108 Pershing IA-Raketen mit einer Reichweite von etwa 750 Kilometern und einer atomaren Sprengkraft von etwa 60 bis 400 Kilotonnen. Weitere 72 Raketen dieses Typs lagern in der Bundesrepublik unter gemeinsamer US-deutscher Befehlsgewalt. Die Bundesregierung hat längst den Finger mit am Abzug.

»25 PROZENT IHRES GOLDGEWINNES IN DIE RÜSTUNGSSPEKULATION!«

Wie auch immer man die Raketensysteme für den finalen Rettungsschuß tauft: Schmidt, Genscher, Apel und andere wissen natürlich, daß die Situation eines zahlenmäßigen Übergewichts von Eurowaffen auf seiten der Sowjetunion seit etwa 20 Jahren besteht. 20 Jahre lang ist das nicht nur als nicht besonders bedrohlich empfunden, sondern geradezu als Bestandteil des globalen Gleichgewichts akzeptiert worden.

Was war also der Grund für die Entdeckung der »Verteidigungstücke« bei den Euro-Atomwaffen und die Notwendigkeit zur »Nachrüstung?« Jedenfalls kein militärpolitischer.

Das stabile Gleichgewicht der 60er, das jetzt zum Ungleichgewicht umgelogen wird, war die Voraussetzung für die Entspannungspolitik, mit der die Sozialdemokratie Wahlen gewann und innenpolitisch Gutes tun konnte. Hätte die Sowjetunion vor - sagen wir - 15 Jahren die Notwendigkeit gesehen, an der Aufrüstung mitzudrehen, wäre Schmidt heute nicht Kanzler, und Apel hätte nicht die Möglichkeit, als Verteidigungsminister vor »pazifistischen Strömungen« zu warnen. Daß diese beiden Reihenhaus-Machiavellis heute die Belgier und Holländer unter Druck setzen können, den Nato-Stationierungsbeschluß über neues Atompotential zu verwirklichen, verdanken sie einem fast nicht begreiflichen Zögern der UdSSR, ihre veralteten Raketen endlich doch auf einen neueren Stand zu bringen. »Nach den in den USA geltenden Obsolezenz-Rhythmen«, so der deutsche Friedensforscher Alfred Mechtersheimer vom Max-Planck-Institut, wären die SS 4 und SS 5 von der UdSSR »noch in den 60er Jahren zu ersetzen gewesen«.

Nun fehlt der Sowjetunion, was im freien Westen der »militärisch-industrielle Komplex« heißt. Das ist die Herstellung einer politischen Situation, in der die Produktion militärischer Güter (oder Schlechter) zugunsten privater Kapitalanleger unausweichlich wird.

Noch ein Exkurs. Im Herbst letzten Jahres wurde offenbar, daß die Prognose des SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen über die immense Kostensteigerung beim Kampfflugzeug Tornado (MRCA) zutreffen würde. Es entstand, für Hans Apel völlig unerwartet, ein Finanzloch von 1,33 Milliarden Mark im Haushaltsplan. Die lahme Entschuldigung des Ministers, daß diese Lücke entstanden sei, weil die Briten, die am Tornado mitbauen, plötzlich so fleißig produziert hätten, obwohl sie sonst immer streiken, trieb nicht nur die Christdemokraten, sondern selbst Apels Parteifreunde auf die Barrikaden. Da schrieb der Hans Apel an den damaligen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Manfred Wörner, CDU: »Es wird zur Zeit untersucht, wie sich der günstige Produktionsverlauf auf den Geldbedarf für 1981 auswirkt und welche Maßnahmen des Bundesverteidigungsministeriums und der Industrie gegebenfalls erforderlich sind, um die Forderungen der Industrie mit der Finanzplanung in Einklang zu bringen.« Dieses In-Einklang-Bringen von Industrie und Finanzplanung entfällt irgendwie im real existierenden Sozialismus, den wir deshalb »staatskapitalistisch« nennen.

Auch folgende Anzeige vom 31. Januar 1980, sechs Wochen nach dem Rüstungsbeschluß in der »FAZ« veröffentlicht, ist in der »Prawda« schwer vorstellbar: »Wir empfehlen jetzt, 25% Ihres Goldgewinns in die Rüstungsspekulation zu stecken. Warum'? Amerika stockt den Rüstungsetat um 16 Mrd. Dollar auf! Das ist der erste Anstoß. Dem folgen über kurz oder lang die Anschlußorders, ergo die Anschlußrüstung in der Nato und in anderen Staaten. 50 Mrd. Mark... das ist die Schätzung für den gesamten westlichen Rüstungsmehraufwand. Amerikas Rüstungskonzerne werden damit auf eine neue Ertragsbasis gestellt. Nur die ersten Spitzenpapiere ... « Die »FAZ« druckt keine Satire.

STATT PANZERABWEHR WAFFEN LEOPARD 2 FÜR DIE VORWÄRTSVERTEIDIGUNG

Der »Spiegel« auch nicht: »Wer dabei an ein paar der nur rund 8000 frei kursierenden Aktien herankam (95 Prozent des Krauss-Maffei-Kapitals hält Friedrich Karl Flick über seine Konzerntochter Buderus), konnte aus seinem Geld mehr machen als jeder Goldspekulant. Am ersten Börsentag 1980 war eine Krauss-Maffei-Aktie 845 Mark wert. Bis Ende Januar sprang der Kurs auf 1800 Mark.« Diese Meldung hatte nicht direkten Bezug zum Nachrüstungsbeschluß. Hans Apel hatte gerade mit seinem französischen Kollegen Yvon Bourges die letzten Verträge für das Projekt Leopard 2 unterzeichnet, eine Waffe, die dem Angriff dient - in unserm Sprachgebrauch also der »Vorwärtsverteidigung« -, und die in 1800 Exemplaren für die Bundeswehr produziert werden soll.

Nebenbei: Wer den Grundgesetzauftrag zur Verteidigung etwas wörtlicher nähme, der würde statt Panzer Panzerabwehrwaffen anschaffen. Aber davon haben wir bereits ausreichend, um alle potentiell angreifenden UdSSR-Panzer zu vernichten. Wir reden hier nicht von militärischer Logik, sondern vom industriellen Komplex. Und der fördert die Denkweise, nach der jeder Waffe in der Hand des Erbfeindes im Verhältnis 1 zu 1 zu begegnen ist. Sonst fahren nämlich die Betriebsräte der bundesdeutschen Waffenunternehmen nach Bonn und beschweren sich bei ihren Genossen von der Verteidigungsplanung, daß ihre Arbeitsplätze unsicher werden.

DIE PERSHING II BRAUCHT SIEBEN MINUTEN VON DER PFALZ BIS ZUM URAL

Zurück zu den Todbringern mittlerer Reichweite mit Mehrfachsprengköpfen: Um an der Legende von der Rüstungsspirale, für die - jeder weiß das - allein die UdSSR verantwortlich ist, ein wenig zu rütteln, rekapitulieren wir ein paar Daten. Die SS 20, die Furchtbare, die (zusammen mit dem Backfire-Bomber) die Nachrüstung unumgänglich machte, wurde nach den Feststellungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) seit 1977 in Dienst gestellt. Sie hat eine Reichweite von etwa 4000 Kilometern, kann bis zu drei Sprengköpfe tragen, ist wahrscheinlich nur mit einem ausgerüstet, und bis 1979 gab es davon ungefähr 120 Stück, von denen rund 80 auf Westeuropa gerichtet sind. Der Rest entfällt auf den Schutz vor den undurchsichtigen Kommunisten in China.

Der US-Marschflugkörper Cruise Missile wurde ab 1970 entwickelt, ab 1976 erprobt. Er trägt einen bis drei Sprengköpfe, hat eine Reichweite von 2500 Kilometern, kann von einer Lastwagen-Laderampe abgefeuert werden, unterfliegt, in 30 Meter Höhe über dem Boden alle gängigen Radarsysteme und ist wegen seiner Winzigkeit »beinahe so schwer ausfindig zu machen wie eine Möwe« (SIPRI). Die ballistische US-Rakete Pershing II, Reichweite 1600 Kilometer, Zielgenauigkeit auf diese Entfernung: 45 Meter. Entwicklung seit 1974, »lange bevor im Westen etwas von der SS 20 bekannt war« (Guha). Sie kann mit einem Sprengkopf ausgerüstet werden, der sich vor der Explosion tief in den Boden gräbt. Eine Waffe, »die hervorragend geeignet ist, armierte Raketensilos und ähnliche in den Boden eingelassene Installationen zu zerstören« (SIPRI).

Angesichts dieser beiden in der BRD stationierten Systeme, über die Präsident Reagan ab Ende 1983 verfügen wird, muß die UdSSR ihre bisherige Gleichgewichts-Planung über den Haufen schmeißen. Die Möglichkeit, daß ihre Raketenbasen durch die gegenwärtig geplanten 108 Pershing II-Raketen binnen vier bis sieben Minuten treffsicher zerstört sind - solange brauchen die, Dinger von der BRD bis an den Ural - zwingt eine völlig neue Abwehrrüstung auf. Als Reagan im Wahlkampf ankündigte, die USA würden die UdSSR »totrüsten«, wußte er, wovon er sprach. Das militärische Gleichziehen mit der Nato, die ja ihrerseits lediglich »gleichzieht«, erfordert Investitionen, von denen »FAZ«-Leser nur

träumen - oder den Präventivschlag, weil man nicht mithalten kann. Diese Alternative ist unsern Strategen natürlich auch bekannt. Um dem Präventivschlag zuvorzukommen, denkt man im westlichen Bündnis deshalb natürlich über den eigenen Präventivschlag nach. Was durch die »Nachrüstung« hergestellt wurde, ist deshalb nicht mehr Sicherheit durch Gleichgewicht, sondern die militärische Notwendigkeit, mit der Vernichtung der Menschheit vorsichtshalber selbst zu beginnen.

Die Voraussetzung für die Notwendigkeit eines Erstschlages - von welcher Seite auch immer - hat die Nato jetzt zu schaffen beschlossen. Die Treffsicherheit ihrer neuen Waffen geben den USA die Möglichkeit, das eingebunkerte Atompotential der Sowjetunion fast ohne Vorwarnungszeit zu vernichten. Die USA zerstören damit die Grundlage eigenen Doktrin vom Gleichgewicht des Schreckens.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schreibt im Artikel 59 a vor, daß der Verteidigungsfall vom Bundestag festzustellen ist. Der Bundespräsident verkündet dann den Beschluß. Unsere Rekruten, die nach den Formulierungen des Grundgesetzes bei lautmalerischer Unterstützung durch ein Musikkorps der Bundeswehr feierlich geloben, die Bundesrepublik Deutschland tapfer zu verteidigen, werden vom Verteidigungsminister wie Deppen gehalten. Bei einem durch die »Nachrüstung« nicht mehr auszuschließenden Erstschlag der Sowjetunion sind sie und wir alle tot, bevor Absatz 2 des Artikel 59 a in Kraft tritt. Danach kann der Bundespräsident den Verteidigungsfall »mit Gegenzeichnung« des Kanzlers verkünden, wenn »Gefahr im Verzuge« ist. Bevor der Wandersmann Karl Carstens den Weg von der Villa Hammerschmidt zum Bundeskanzleramt zurückgelegt hätte, wären Bonn und der Rest ein Haufen Asche.

Schmidt, Genscher und Apel, die auf die Herstellung der Grundlagen zur Schaffung dieser Situation dringen, sind andererseits intelligent genug, sich was dabei zu denken. Wenn die Bundesregierung strategisch den Kriegsschauplatz Bundesrepublik vorbereiten hilft, kann das nur heißen, daß sie sich im Hinterkopf auf die jahrealten Versprechungen der UdSSR verläßt, nach denen es keinen taktischen bzw. »eurostrategischen« Atomkrieg ausschießlich in Mitteleuropa geben wird. Nur ein Zitat eines sowjetischen Generals: »Es liegt im Interesse der USA, einen möglichen Nuklearkrieg von ihrem Gebiet fernzuhalten. Er soll in Europa ausgetragen werden. Aus diesem Grunde lehnen wir die These ab, daß sich ein Krieg mit Nuklearwaffen auf Europa begrenzen lasse. Es kann keinen taktischen Nuklearkrieg zum Vorteil der USA geben« (Michail Milstein).

BEIM MARSCHFLUGKÖRPER GIBT ES KEINE MITBESTIMMUNG

Dieses von allen möglichen UdSSR-Repräsentanten stets wiederholte Versprechen läßt für die Militärstrategie der Bundesregierung zwei Schlüsse zu: 1. Die Bundesregierung ist von der Einhaltung dieses Versprechens überzeugt. 2. Diese Überzeugung hat die zweifelhaft gewordene Zuversicht zur Voraussetzung, die USA würden schon keinen Krieg anfangen. Dazu der neue Außenminister Haig: »Wir wollen keinen Frieden um jeden Preis.« (Wieviel aufs Konto muß es denn sein?)

Ob die USA einen Krieg anfangen werden oder wollen, ist - was die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II anbelangt - nicht der Mitbestimmung der Bundesregierung unterworfen. Die USA sind Alleininhaber der Kommandogewalt über diese Systeme. Im Gegensatz zu anderen auf dem Boden von Nato-Ländern stationierten Waffen gibt es bei den neuen Raketen und den Marschflugkörpern kein Zwei-Schlüssel-System. Was fälschlich von Schmidt und Apel als *Rüstungslücke der Nato* ausgegeben wurde, wird nämlich ausschließlich durch die USA geschlossen - auf deutschem Boden. Selten in den letzten drei Jahrzehnten war die Bundesrepublik deutlicher in der Rolle einer vorgelagerten Kolonie.

Daraus folgt: Die Bundesregierung, die dem Nachrüstungsbeschluß nicht nur zustimmte, sondern zusätzlich noch die Rolle des Durchsetzungs-Statthalters in Europa ‚übernahm, begibt sich in eine Auf-Teufel-komm-raus-Abhängigkeit von jeder US-Regierung, wie immer die zusammengesetzt. sein mag. Schlimmer: Sie nimmt billigend in Kauf, daß im Falle eines militärischen Konflikts zwischen USA und UdSSR die Bundesrepublik in jedem Fall atomar verwüstet wird, weil die UdSSR aus von Schmidt, Apel, Genscher und anderen zu verantwortenden Gründen aus Selbstschutz zunächst das atomare Potential der USA auf deutschem Boden vernichten muß. Da die landgestützten, auf fahrbaren Abschußrampen installierten Cruise Missiles extrem beweglich sind, ist es für die Verteidigung der Sowjetunion notwendig, das gesamte Territorium der BRD mit dem ersten Schlag/Gegenschlag zu vernichten.

EIN HOLOCAUST PRO JAHRHUNDERT SCHEINT NICHT ZU REICHEN

Für das Zustandekommen dieser Situation mit einer bedeutend gesteigerten Wahrscheinlichkeit des Kriegsfalls ist nicht die Sowjetunion verantwortlich. Sie hat vergeblich immer wieder beteuert, in den letzten zehn Jahren die Zahl ihrer eurostrategischen Waffen nicht erhöht zu haben. Bei der andernorts nachgewiesenen Qualität der US-Geheimdienste ist es

ein Hohn, wenn diese Behauptung von der unabhängigen amerikanischen »Brookings Institution« jetzt bestätigt wurde. Die »Zeit« meldete diese Nachricht unter der Überschrift: »Breschnjew hat nicht gelogen«.

Was die Sowjetunion seit ihrem Fehlversuch, die Eurowaffen in die SALT-Verhandlungen einzubringen, betreibt, ist - nach internationalem Sprachgebrauch - die Modernisierung ihrer im Kräftevergleich veralteten Mittelstreckenraketen. Wenn USA und Bundesregierung behaupten, daß auch die Nato nur modernisiere, ist das schlicht eine Lüge. Das schwedische Institut SIPRI: »Die Nato-Entwicklungen werden als 'Modernisierungen' bezeichnet, ein Begriff, der die Bedeutung dieser Veränderungen herunterspielt. Sowohl die landgestützten Marschflugkörper als auch die Pershing II verleihen dem Westen qualitativ neue Fähigkeiten.«

Wer diese Fähigkeiten will, dazu noch ausschließlich in den Händen des US-Präsidenten, erweckt den Eindruck, daß ihm ein Holocaust pro Jahrhundert nicht reicht.

Konkret 02/81, S. 12

Karl-Heinz Hansen

Kündigt den »Nachrüstungsbeschluß«!

WIE lange noch will die Sozialdemokratische Partei ohnmächtig zusehen, wie ihr stellvertretender Vorsitzender, alias Bundeskanzler Schmidt, fortgesetzt gegen proklamiertes Selbstverständnis und programmierte Zielsetzung seiner Partei handelt?

Wie groß muß die Zahl der politisch bewußten Demokraten werden, die sich nach dem 5. Oktober 1980 durch die Praxis der mit ihrer Hilfe wieder regierenden Sozialdemokraten getäuscht sehen, damit was geschieht?

Hat die Fixierung auf parlamentarische Mehrheiten und bloße Machterhaltung schon so ansteckend gewirkt, daß die Partei dafür den Preis gesellschaftlicher Wirkungslosigkeit zu bezahlen bereit ist?

Sind die an CSU-Diktion erinnernden Kanzlerankündigungen vom »Ende der Wohltaten« und vom Anfang notwendiger sozialpolitischer »Grausamkeiten« schon übergegangen in schlichte politische Schweinereien?

Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik ist dieser Eindruck zwingend. Hinter dem Rücken von Fraktion und Partei hat der Bundessicherheitsrat unter Führung von Helmut Schmidt einem U-Boot-Geschäft mit Chiles »Mörderbande« zugestimmt. Diese Entscheidung läßt nicht nur jedes Maß an Sensibilität, ein Minimum an politischer Moral, deren sich Sozialdemokraten gegenüber Christdemokraten in der Vergangenheit so gerne rühmten, vermissen: Das Argument, ein solches Geschäft sei notwendig zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in bundeseigenen Werften, ist mehr als pragmatischer Zynismus. Ist blanker Hohn gegenüber dem jahrelang wiederholt bekundeten Verlangen von SPD-Basis und -Vorstand nach gezielten strukturpolitischen Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung, vor allem auch in der Rüstungsindustrie, und nach verschärften Restriktionen in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.

Seit langem ist unbestritten, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie unsicher sind, weil sie den Schwankungen militärischen Bedarfs unterliegen. Daß sie langfristig zivile Arbeitsplätze in größerer Zahl zerstören, weil jede Mark, die in der Welt - zunehmend von Entwicklungsländern - für Waffen ausgegeben wird, zum Einkauf hochwertiger Investitionsgüter bei uns fehlt, auf deren Export die Bundesrepublik aber so dringend angewiesen ist. Daß sie ruinös sind, weil sie wertvolle Rohstoffe in überflüssigen Schrott umwandeln, statt gesamtwirtschaftlich produktive Güter und Werte zu schaffen. Daß sie - neben der Vergrößerung des Nord-Süd-Gefälles - mit wachsender Zahl Exportabhängigkeit erzeugen und durch den Exportzwang von Waffen außenpolitischen Handlungsspielraum einengen.

Trotz dieser Tatsachen, hat die Regierung in den vergangenen Jahren keine Spur von Bereitwilligkeit gezeigt, die vielen Parteitagsbeschlüsse zur strukturellen Diversifikation in Regionen und Unternehmen, zur »Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten« (Parteivorstand) auf ihre Verwirklichungsmöglichkeit auch nur zu prüfen. Bei soviel Versäumnissen und eigenem Versagen kann niemand guten politischen Gewissens Waffenexporte mit Arbeitsplatzargumenten rechtfertigen oder mit angeblichen außenpolitischen Zwängen von offenbarem Unwillen und offensichtlicher Unfähigkeit zu einer Politik der Moral und, zugleich, Vernunft ablenken.

Politische Zwänge werden erneut herhalten müssen, wenn der Bundeskanzler in offenen Konflikt zum eindeutigen Willen seiner Partei gerät. Zur »Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung« der rohstoffarmen Bundesrepublik sind wir angeblich darauf angewiesen, uns das Wohlwollen arabischer Länder im Nahen Osten zu erkaufen, obwohl das schon beim Schaft nicht so richtig klappte. Als besonderen Liebesbeweis sind einige hundert Leopard 2-Panzer zur Lieferung an Saudi-Arabien vorgesehen, die von der Bundeswehr nun nicht mehr benötigt werden. Wenn dieses Waffengeschäft, das Helmut Schmidt zum Frohlocken von Krauss-Mafia schon vor dem 5. Oktober 1979 den Saudis heimlich versprochen haben soll, wirklich durchgeht, ist die letzte Barriere der Selbstbeschränkung der Bundesregierung im Rüstungsexport gefallen: Auch »Spannungsgebiete« wären kein Hinderungsgrund mehr für Waffengeschäfte mit aller Welt. Im hemmungslosen Rüstungsexport könnten wir uns dann mit Frankreich in sportlicher Konkurrenz messen. Wir wären nicht mehr nur mitschuldig für die Hungertoten in der Sahelzone, sondern direkt mitverantwortlich für die mit deutschen Waffen Getöteten.

Wer die Untergrenze der Selbstachtung als Mitglied der Sozialdemokratischen Par: tei und Bundestagsfraktion nicht unter

schreiten will, muß über seinen klaren prinzipiellen Widerspruch zu einer derart parteifremden Politik hinaus konkreten Widerstand leisten. Der muß den Kanzler beim Wort nehmen und fragen, ob wir unser Einkommen und Auskommen gegen anderer Leben und Tod aufrechnen wollen. Der muß eine Wende in der bundesrepublikanischen Außen- und Sicherheitspolitik herbeiführung helfen, ehe sie endgültig der neuen US-amerikanischen militärischen Überlegenheitsdoktrin Reagans zum Opfer gefallen ist. Das bedeutet hier und jetzt:

· Sofortiger Stopp der blödsinnigen 3-Prozent-Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, die der Kanzler sich selbst bestellt hat und die zur Verteidigungsfähigkeit nichts beiträgt;

· stattdessen Reduzierung des Rüstungshaushaltes 1981 um eine Milliarde zugunsten einer Soforthilfe für die 30 ärmsten Länder der Erde, darunter z.B. Uganda;

· Kündigung des »Nachrüstungsbeschlusses« vom 12. Dezember 1979 (Mit-Urheber und aktiver Förderer: Helmut Schmidt), weil in der Bundesrepublik nicht mehr gegeben sind: Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die USA und erfolgversprechende Abrüstungsgespräche zwischen Washington und Moskau;

· stattdessen Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz, auf der konkrete Schritte zur Abrüstung und für eine europäische atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone erarbeitet werden.

Nur wenn Sozialdemokraten innenpolitisch wie außenpolitisch wieder sichtbar etwas tun für mehr soziale Gerechtigkeit und tatsächlich Solidarität mit den Schwachen praktizieren, statt nur davon zu reden, gibt es eine Rechtfertigung für ihre Beteiligung an der Regierung dieser Republik, gibt es eine Chance, Reste von Glaubwürdigkeit zu retten. Wenn die jahrelange Verwaltung von Politik die SPD dazu aber bereits unfähig gemacht hat, wird sich nicht nur die Jugend zu Recht von ihr abwenden. Das verlorene Vertrauen kann dann auch ein neuer jugendbewegter Geschäftsführer mit der Kenntnis von Jargon und Stammesritualen Berliner Universitäten nicht wieder zurückgewinnen. Das »kleinere Übel« wäre zu weit gediehen, um noch so verhaltene Hoffnungen zu wecken.

Merke: Nicht geschehene Taten lösen oft einen katastrophalen Mangel an Folgen aus (Stanislas Lec).

Konkret 02/81, S. 16

Mut für eine bessere Zukunft

Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundeskanzler.

ZU Beginn der siebziger Jahre haben wir große Erwartungen in die Friedens- und Entspannungspolitik unserer Partei gesetzt. Sie zog eine Serie positiver Ergebnisse (menschliche Erleichterungen, Vertragspolitik, sichere Arbeitsplätze durch Osthandel) nach sich, die niemand leugnen kann und die auch einen großen Vertrauensgewinn für unsere Partei in der Bevölkerung gebracht haben. Dies spiegelte sich auch in den Wahlergebnissen wider, und viele, vor allem aktive, junge Genossinnen und Genossen wurden gewonnen. Beides, das Vertrauen und der sichtbare Fortschritt, stehen jetzt auf dem Spiel.

Vor einem Jahr, am 12. Dezember 1979, wurde der Brüsseler NATO-Raketenbeschluß gefaßt. Inzwischen wird immer klarer, daß es sich dabei um eine verhängnisvolle Fehlentscheidung gehandelt hat. Die erwartete Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch das amerikanische Parlament war für den SPD-Bundesparteitag in Westberlin und die Bundesregierung die Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem Beschluß. In seinen öffentlichen Erklärungen versicherte Helmut Schmidt, daß seine Regierung die Zeit von der Annahme des Beschlusses bis zur Stationierung der neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen im Jahre 1983 zu Verhandlungen über die Begrenzung des nuklearstrategischen Potentials in Europa nutzen wolle, um zu einem militärischen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu gelangen. Er betonte ferner den »Doppelcharakter« des Beschlusses und verwies auf den Vorrang des darin enthaltenen Verhandlungsangebotes. Zu ernstzunehmenden Verhandlungen kam es bisher jedoch nicht. Stattdessen werden alle Vorbereitungen getroffen, die neuen Waffensysteme einzuführen und vollzogene Tatsachen zu schaffen.

Diese Entwicklung widerspricht dem eindeutigen Willen des SPD-Bundesparteitages. Die Parteimitglieder müssen sich getäuscht fühlen, und die SPD ist in Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung zu verlieren.

Kommt es nicht alsbald zu Verhandlungen über die eurostrategischen Waffen, so wird eine neue Runde des Wettrüstens einsetzen, in deren Zentrum Europa steht. Die »Sicherheit für Deutschland« wäre mehr denn je in Gefahr. Wir würden unsere Zukunft einer amerikanischen Entscheidung ausliefern, die beinhaltet, daß ein auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar ist. Für die USA übernimmt jetzt ein Präsident die Regierungsgeschäfte, dessen erklärtes Ziel die weitere Aufrüstung ist und der das SALT-II-Abkommen als gegenstandslos betrachtet. Der ungehinderte Fortgang des Wettrüstens bringt auch für die Bundesrepublik, insbesondere für die Arbeitnehmerschaft, Belastungen, wie man sie sich bisher nicht vorstellen konnte. Das zeigen die Schwierigkeiten bei der Abfassung des neuen Regierungsprogramms. In wichtigen sozialen Bereichen wurde spürbar der Rotstift angesetzt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten - das wird immer klarer - haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettrüsten. Die Forderungen u.a. der USA nach erheblichen realen Zuwachsraten des Verteidigungshaushaltes und die 3 %-Vereinbarung der NATO sind nicht akzeptabel. Die entscheidenden Kräfte in der Koalition müssen endlich notwendige Abstriche im Rüstungssektor vornehmen und nicht den Sozialabbau vorantreiben. Auch die wirtschaftlich starke und industriell hochentwickelte Bundesrepublik kann sich eben nicht unbegrenzt Kanonen und Butter leisten. Gerade zu einem Zeitpunkt, da eine Neuorientierung der Sicherheitspolitik dringlich ist (mit dem Anspruch auf Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der inneren Stabilität), beschwört die Politik von Hans Apel durch militärische Demonstrationen, Paraden, Ordensverleihungen und öffentliche Gelöbnisse den Ungeist des Militarismus herauf und schafft ein psychologisches Klima, das auch die Soldaten der Bundeswehr einer nicht verantwortbaren Belastung aussetzt. Aus all diesen Gründen erscheint es uns als dringend notwendig, zur ursprünglichen Absicht der Entspannungspolitik vor zehn Jahren zurückzufinden und ein Zeichen zur Umkehr zu setzen. Wir Sozialdemokraten sind durch die Geschichte unserer Partei und unseres Volkes besonders verpflichtet, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Deshalb fordern wir den Bundesvorstand der SPD, die SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundeskanzler auf, dafür Sorge zu tragen, daß

· ohne weitere Verzögerung und ohne größere Denkpausen Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffensysteme in Europa zu begrenzen (miteinander reden statt gegeneinander rüsten);

· die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATOBeschlusses doch noch verhindert wird;

· die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;

· keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;

· der Rüstungsetat zugunsten sozialer Intervention gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischen Aufwand);

· schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen und durchgeführt wird.

Helmut Schmidt hat sein Regierungsprogramm unter die Devise »Mut zur Zukunft« gestellt. Vielleicht hofft er auf diese Weise, die freiwillige Zustimmung der Parteimitglieder und der sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmer zu gewinnen für ein Konzept, das zutreffender ein Programm des Schweißes und der Tränen genannt werden müßte.

Mit unserem Aufruf wollen wir den Mut für eine bessere Zukunft mobilisieren, nicht für eine Utopie, sondern für eine Politik, die vor zehn Jahren erfolgversprechend begann mit dem Wagnis zu mehr Demokratie und dem friedlichen Ausgleich mit dem Osten. Wir wollen die sozialdemokratische Entspannungspolitik nicht verkommen lassen, nur weil die USA zur globalen Konfrontation zurückkehren wollen und dafür keinen anderen Weg wissen, als die Bundesrepublik zu einer vorgeschobenen Raketenbasis gegen die UdSSR auszubauen. Unter Mut zur Zukunft verstehen wir die Ablehnung der amerikanischen Zumutung und das Wagnis zur Abrüstung und zum friedlichen Wettbewerb der Systeme. Angesichts der bereits bestehenden riesigen Vernichtungspotentiale wissen wir nicht, was wir dabei verlieren können.

Jedenfalls haben wir den Kampf gegen Strauß nicht geführt und gewonnen, damit die sozialdemokratische Bundesregierung in den Sog der Politik eines Ronald Reagan gerät.

Wir wollen eine *wirkliche* Friedens-Politik.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören: Heinrich Albertz; Gert Bastian; Gert Börnsen; Manfred Coppik; Bernt Engelmann; Hermann L. Gremliza; Karl-Heinz Hansen; Rudolf Hartung; Dieter Hildebrandt; HaJo Hoffmann; Günter Jansen; Walter Jens; Emil Küchenhoff; Dieter Lattmann; Marie Marcks; Erich Meinike; Willi Piecyk; Heide Simonis; Gerhard Steidl; Klaus Thüsing.

Ich unterstütze als Mitglied der SPD den Appell »Mut für eine bessere Zukunft. Für eine wirkliche Friedenspolitik.«

Name

Vorname

Anschrift

Funktion

Unterschrift

Einsenden an
Neuer Konkret Verlag
Rentzelstraße 7
2000 Hamburg 13

Konkret 02/81, S. 17

Der Appell □ on Krefeld: Keine A□ omrake□ en in E□ ropa

IMMER offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung leiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen. Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

· die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;

· im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

· eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;

· Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;

· die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Erstunterzeichner: Gert Bastian - Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Bechert, Mainz - Petra K. Kelly, Nürnberg - D. Martin Niemöller, Wiesbaden - Prof.Dr. Helmut Ridder, Gießen - Christoph Strasser, Münster - Gösta von Uexküll, Hamburg - Josef Weber, Köln

Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an,

· die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;

· im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

Name

Vorname

Anschrift

Funktion

Unterschrift

Einsenden an

Neuer Konkret Verlag

Rentzelstraße 7

2000 Hamburg 13

Konkret 02/81, S. 18

Ernst-Günther Unterhorst

Wir kriminellen deutschen Offiziere

Der Autor ist 61 Jahre alt, Berufsoffizier im Krieg, Flieger im Kampfgeschwader 4, 1940 abgeschossen und lebensgefährlich verletzt, Wachoffizier auf U 403 und ab 1943 Kommandant des U-Bootes U 396 der Dönitz-Marine

ÜBER Tote sollen wir nur Gutes reden. Und wenn schon Übles erwähnt werden muß, dann soll es nachsichtig sein und zum Guten. Die Aufforderung zu guter Nachrede impliziert das Denkverbot. Wir aber müssen endlich aufhören, gut zu reden. Wir müssen unsere Väter an ihren Gräbern verfluchen.

Dönitz? Ein völlig unbedeutender Mann, wenn wir ihn an dem Maßstab messen, der allein Maß sein kann: an geistiger Fähigkeit und Menschlichkeit. Aber die Unbedeutenden füllen unsere Geschichtsbücher. Sie sind es, die die Ströme von Blut und Tränen fließen lassen.

Wenn wir fähig wären, wenigstens nachträglich über unsere Morde, unseren Terror, unsere Barbarei zu trauern, dann würden wir einen Dönitz-Tod nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Aber wir sind nicht fähig und - was schlimmer ist - wir haben nicht einmal den Willen. Wir waren ein Volk von Nazis und bereitwilligen Mitläufern. Über Nacht wurden die Militärs, die Filbingers, die Carstens zu Menschenfreunden und Demokraten?

Wir waren Nazi-Offiziere, die wir in der deutschen Wehrmacht diese Uniform trugen. Treue Gefolgsleute von Verbrechern. Mitglieder einer großen kriminellen Vereinigung. Unsere Orden waren die Prämien dafür, daß wir Berge persönlicher Schuld auf uns luden. Nur Figuren, die sich selbst den wesentlichen Teil des Gehirns amputieren, können meinen, durch Abwaschen des Markenzeichens der Barbarei diese Prämien umzuwandeln in vorzeigbares »Heldentum«.

In unserer Die-wir-je-hatten-Demokratie werden von Verbrechern verliehene Orden geachtet? Und die Polizei schreitet nicht ein, wenn die schwarz-rot-goldene Fahne über diesen Kadaver gelegt wird?

Die Zurschaustellung des Ordenskissens eines Dönitz ist ebenso schauerlich, wie es die Ausstellung von Schrumpfköpfen der Menschen wäre, die durch sein Wirken krepieren mußten. Sein »Heldentum« war das Produkt aus Feigheit und Phantasielosigkeit.

In den Denkschemata der Offiziere ist Barbarei immer schon latent angelegt. Wenn die Wehrmacht in der Kumpanei mit Verbrechern ihre Ehre verlor - um mit sehr deutschen und soldatischen Worten zu sprechen

dann wurden natürlich auch wir Offiziere ehrlos. Wir hätten uns nur vor diesem Abgrund bewahren können, wenn wir als Einzelne Hoch- und Landes-Verrat begangen hätten. Dieser Verrat aber hätte sehr früh begangen werden müssen.

Alle, die heutigen Militärs, die Veteranenverbände und natürlich die Politiker, sind eifrig damit beschäftigt, uns wieder den Schein ehrbarer Unberührtheit umzuhängen. Erfahrungen dürfen nicht reflektiert, historische Tatsachen dürfen nicht ausgesprochen und in Zusammenhänge gebracht, und Eingeständnisse von Schuld und Verantwortung dürfen nicht zugelassen werden. Denn wenn wir Offiziere der Nazizeit unsere Schuld offenlegen, trifft das auch die Bundeswehr.

Ehre, dieser Begriff, der bei Offizieren eine bedeutsame Rolle spielt, ist eine Kategorie, die sich mit Begriffen wie Gewissen und Moral berührt. Tut er es nicht und stützt sich nur auf Gehorsam, so ist das Verbrechen schon eingeplant. Ein Mensch ohne Gewissen und Moral - und das muß sich ja in seinen Handlungen zeigen - kann nichts anderes als ehrlos sein.

In dem allgemeinen Bemühen, Soldaten von Schuld und Verantwortung zu befreien, steckt das gleiche politische System, das Polizisten eher belobigt als bestraft, die einen harmlosen Dieb oder nackten Mann erschossen oder Festgenommene zusammengeschlagen haben. Die Knechte staatlicher Macht müssen geschützt werden, um Herrschaft nicht zu gefährden. Es geschieht natürlich zu unserem Wohl.

Die Generäle/Admiräle - und natürlich unsere Leiche hier - gaben bei Hitler scheibchenweise ihre Ehre ab. Es widersprach ihrer komischen Ehre nicht, daß Hitler Generalskollegen ehrlos machte und jeder menschlichen Würde entkleidete. Damit wären wir eigentlich dabei, ihren Begriff der Kameradschaft in trauriger Weise lächerlich zu machen. Die Hinrichtungsorgie der Militärs, der über 16.000 Soldaten zum Opfer fielen - ein schlimmer Spitzenrekord im internationalen Vergleich -, kann uns nicht erstaunen, wenn Generäle achtlos über die Würde ihrer Generalskameraden hinweggingen. Ehre? Wie wohl sollte ein Dönitz - nur als Beispiel - dergleichen beanspruchen können. Soldaten, einmal auf das Feld ihrer Ehre losgelassen, sind nichts anderes als professionelle Killer.

Eine der vielen Geschichtslügen, die sich um solche Figuren ranken, ist die, Dönitz sei unpolitisch gewesen. Er war ein Nazi. Wie kann ein General/Admiral unpolitisch sein, da doch sein Handeln politisch ist, und er ja die Clausewitz-These akzeptiert, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Die Behauptung des Unpolitischen dient allein der Verschleierung, dient der Wiederherstellung einer Ehre, auf die so bereitwillig verzichtet wurde. Aus Feigheit. Das Heldentum ist Legende.

Offiziere im allgemeinen und Generäle/Admiräle im besonderen gehören gewiß nicht einer besonders geistig befähigten oder kritikfähigen oder nachdenklichen Gruppe von Menschen an. In ihrer militärischen Hierarchie ist die- gewiß schmerzliche Inanspruchnahme des Gehirnteils, der aus uns Menschen machen könnte, lästig und gefährlich. Nun aber ist mangelnde geistige Befähigung mit einer bedauerlichen Konsequenz behaftet: Dummheit wird im Gefüge des Machtzentrums kriminell. Zum Wohl der Menschheit dürfen wir andere Maßstäbe nicht akzeptieren.

Die Generalität folgte unter Hitler nur ihrer furchtbaren konservativ-reaktionären Ideologie, die sie immer vertreten hatte. Ihre wirtschaftspolitischen, machtpolitischen und geografischen Annexionsziele waren mit denen der Nazis weitgehend identisch. Auch an dieser Identität der Ziele der Nazis und der Generalität wird deutlich, daß wir deutschen Offiziere Kriminelle waren. Die Generalität wollte - wenn militärisch durchführbar - die Unterwerfung fremder Völker und die Annexion ihrer Länder. Das Offizierkorps hat sich immer, auch in der Weimarer Zeit, als politisch-soziale Führungselite des Staates verstanden. Wie also können wir Soldaten, nachdem wir endlich erfreulicherweise kapitulierten, uns nun als unpolitisch bezeichnen? Da bei uns nach 1945 alles Schlimme restauriert wurde, kann im Ernst nicht behauptet werden, unsere Bundeswehr heute sei anders. Im übrigen sprechen die bekannten politischen Eskapaden von heutigen Generälen die gleiche Sprache.

Es waren doch wir Soldaten, die über fremde Länder herfielen und nicht etwa allein Hitler mit seiner SS. Ich selbst, als ganz Einzelner, war einer von ihnen. Der unvorstellbare millionenfache Mord in den KZs: er war nur möglich im Schutz des verbrecherischen Krieges, den wir Soldaten führten. Es wird angesichts unserer furchtbaren, ganz persönlichen Schuld unwesentlich, ob wir als SS-Männer in KZs hausten oder als Soldaten »kämpften«, d.h. mordeten.

Die Militärs wie die Politiker aller Länder haben ein Interesse daran, Verantwortung und Schuld zu vergessen. Die Knechte ihrer Machtausübung, die Soldaten, bleiben »ehrbar«. Das Ganze War nur ein Versehen. Alle Möglichkeiten der Wiederholung bleiben offen. Die Möglichkeit weiterer Kriege wird nicht im Ansatz diffamiert.

Dönitz, der wie seine Generalskameraden immer kritiklos und uneinsichtig geblieben ist, hat behauptet, »nichts gewußt« zu haben. Diese Lügen, mögen sie auf erfolgreicher Verdrängung beruhen, sind schamlos. Selbst ich hätte wissen können vom Schlimmsten, wenn ich nur gewollt hätte.

Die Generäle haben als Gerichtsherren die Massenmorde an eigenen Soldaten nicht verhindert. Im Gegenteil. Dönitz-Reden waren voller Drohungen mit dem Kriegsgericht. Und seine Richter trieb er zu pervertierten Urteilen. Nun gehört allerdings bei deutschen Juristen nicht viel dazu. Wie leicht es für Offiziere in entsprechenden Stellungen war, sich gegen diese Morde zu wehren, kann ich beweisen: Selbst mir war es möglich, ein Todesurteil an einem Gefreiten wegen Fahnenflucht durch energische Vorstellungen in einem längeren Gespräch mit Dönitz aufheben zu lassen. Das ist nicht als Plus für Dönitz oder mich zu werten.

Dönitz war, wie alle diese Figuren, fromm und gottesfürchtig. Fromm, gottesfürchtig und »gebildet« zerrten diese Offiziere und Filbingers ihre eigenen Leute vor die Erschießungskommandos. »Bildung« und Frömmigkeit haben noch niemals Menschen davor bewahrt, zu Barbaren zu werden. Priester und Offizier: eine widerliche, furchterregende und Verderben stiftende Allianz.

Die Tradition, die eigenen Soldaten zu ermorden, ist auch in die Bundeswehr mindestens durch die Person des Admirals Rogge eingebracht. 3 Tage nach der Kapitulation ließ dieser Mann einen Soldaten wegen »Untergrabung der Manneszucht« erschießen. Das Furchtbare, an dem wir teilhaben, ist nicht zu fassen. Bald darauf konnte Rogge seine Rolle in der Bundeswehr weiter spielen. Nicht genug: Der Herr Luther, Admiral und Inspekteur der Bundesmarine, streicht 1979 in einem Vortrag die Führungsqualitäten eben dieses Kameraden Rogge heraus. So verlogen entstehen alle Traditionen von Militärs. »Ich bete an die Macht der Liebe«.

Dönitz besitzt den Mythos eines guten U-Bootchefs. Ich habe da meine Zweifel. Wie oft bin ich mit unzureichend repariertem Boot ausgelaufen? Nicht freiwillig. Er schickte auch Boote in Gebiete, in denen der Untergang kalkuliert war. So ist es nicht erstaunlich, wenn die deutsche U-Bootwaffe unter Dönitz die größten Verluste aller Waffengattungen hatte, auch im internationalen Vergleich.

Dann wird dieser Mann als »Retter von 2 Millionen Menschen aus Ostpreußen« gefeiert. Abgesehen davon, daß ein General als Retter von Menschen nur auf einem absurden Theater darstellbar ist: Auch das ist ein Mythos, eine Geschichtslüge. Zunächst einmal gehörte Dönitz zu der Gruppe von Kriegshandwerkern, die bis zuletzt an einen doch noch möglichen Sieg glaubten. U Bootsbesatzungen opferte er noch 1945,- als es dafür keinerlei militärische Rechtfertigung mehr geben konnte. Als der damalige Chef des Generalstabes, Guderian, Anfang Januar 1945 von Hitler forderte, die im Kurland/Baltikum hoffnungslos eingeschlossene Armee zu retten und sie über die Ostsee herauszuholen, widersprach unser Admiralsretter energisch. Die Evakuierung der ostpreußischen Bevölkerung hätte sehr viel früher vorgenommen werden müssen. Zu dem zu späten Zeitpunkt, zu dem Dönitz sich endlich zur Evakuierung bereit fand, war es kein freier Entschluß mehr, sondern bereits von den Russen diktierte Zwangslage.

Wenn wir über Dönitz und die Trauernden sprechen, so sprechen wir von Brutalität, Menschenvernichtung, Barbarei als Resultat von »Nationalgefühl« und Nationalismus. Da standen sie nun, die lächerlich wirkenden Veteranen, neben SS-Männern, Bundeswehroffizieren, alten und neuen Nazis. Sollte sich einer etwas unbehaglich neben dem anderen gefühlt haben: solche Scham ist überflüssig. Diese Figuren lassen sich widerspruchslos zusammenfügen. Gewiß stand da auch jener, der als Befehlshaber eines U-Boots-Einsatzgebietes vor zusammenbefohlenen Offizieren sagte: »Wenn meine Frau sich vor einen Panzer wirft, im Glauben, ihn nur etwas aufhalten zu können, so ist das ehrenvoll«. Das war am 5. April 1945. Solche Helden waren wir. Ich stand damals auf und verließ den Raum. Du erinnerst dich, Teddy?

Diese Ausführungen wären 1950 anstandslos von Rundfunkanstalten gesendet worden. Heute interessieren sich Geheimdienste dafür. Das kommt, daß wir im freiheitlichsten Staat leben, den es je undsoweiter...

Konkret 02/81, S. 20

Hubert Fichte

»Wartet nur, bis Reagan kommt«

Auf der Karibik-Insel Haiti herrscht »Boby Doc« Duvalier, und mit ihm herrschen Ausbeutung, Folter, Mord. Seit der Wahl Ronald Reagans fühlt sich der Diktator so sicher wie noch nie. Hubert Fichte, einer der besten Kenner mittel- und südamerikanischer Kulturen, hat einen haitianischen Historiker befragt. Die Verhältnisse sind nicht so, daß die KONKRET-Redaktion seinen Namen nennen dürfte .

AUF Haiti werden Massenverhaftungen unter Intellektuellen durchgeführt. Sogenannte »ökonomische« Flüchtlinge werden aus dem Exil in die Unterdrückung, in die Vernichtung zurücktransportiert. Am 16. November wurden 102 haitianische Flüchtlinge von den Bahamas nach Haiti deportiert. Sie wehrten sich nicht. Sie wurden dennoch zusammengeschlagen. Das geschah nicht nur einmal., Am 23. November wurden weitere 64 Haitianer nach Haiti zurückgeschleppt. Kein Schriftsteller, kein Intellektueller, kein Menschenrechtler protestierte öffentlich. Wie erklären Sie sich das? Das ist nicht zu erklären durch die Situation der Haitianier als Outcasts. Die Bahamas sind dabei, 30 000 Haitianer, die dort als illegale Einwanderer leben, auszuweisen. Als die Intellektuellen in Haiti verhaftet wurden, riefen amerikanische Journalisten in New York an: Eure Kollegen, die einen mutigen Kampf für die Freiheit geführt haben, sind verhaftet worden. Die wenigsten wußten überhaupt etwas davon. Haitianer sind schwarz. Niemand fühlt sich für sie verantwortlich. Das Argument ist: Sie haben sich ihr Elend selbst zuzuschreiben. Wir leben als eines der ärmsten Länder der westlichen Hemisphäre in unmittelbarer Nähe eines der reichsten Länder der Welt. Die Rolle, die Haiti in der zivilisierten Welt zu spielen gezwungen wird, hat sich seit der Gründung dieses Staates nur wenig geändert. Haiti war seit der Unabhängigkeit (im Jahr 1804) ein Outcast: Schwarze, die ihr Land regierten! Nachdem Haiti die Übermacht der französischen Armee geschlagen hatte, mußte es hohe Reparationen zahlen, um von Frankreich als Staat anerkannt zu werden. Wir kämpften mit den Amerikanern um die Unabhängigkeit der USA - es dauerte 60 Jahre , bis wir, durch Abraham Lincoln ' von den USA als Staat anerkannt wurden. Wir kämpften für Simon Bolivar. Petion rang ihm das Versprechen ab, die Sklaverei in Lateinamerika abzuschaffen. Bolivar hat sein Versprechen gebrochen. Zur ersten Interamerikanischen Konferenz wurde kein Haitianer eingeladen.

Am 18. November sah man in den »New York Times« ein Foto von den Deportierten in Haiti. Die Unterschrift erklärte, daß man sie mit dem Notwendigen versorgte und sie in Krankenhäuser einlieferte. Wie kommt eine so lügenhafte und heuchlerische Berichterstattung zustande?

Niemand will die haitianischen Flüchtlinge. Niemand fühlt sich motiviert, nach Haiti zu fliegen und herauszufinden, was wirklich geschieht. Am besten vermeidet man die Berichterstattung überhaupt. Die großen Verteidiger der Menschenrechte für Kuba, Nicaragua, Angola verstummen, sobald es um die Menschenrechte in einem kapitalistischen Land geht.

Was geschieht mit den Menschen, die nach Haiti zurückgebracht werden?

Es gab einige Leute, wie den Pater Jean Justi in Miami, die davon gesprochen haben, daß die Deportierten gefoltert und getötet werden. Ich glaube, das Schlimmste, was den Haitianern geschehen kann, ist, daß sie in dieselben Bedingungen zurückgebracht werden, die sie bewogen, Haiti zu verlassen. Die Männer fahren in Booten aus, die nie zu einer solchen Reise bestimmt waren. Diejenigen, die protestieren, die Anführer, die Organisatoren werden eventuell ins Gefängnis gesteckt und getötet. Die anderen werden freigelassen und alles beginnt von neuem.

Wie groß ist der Hunger in Haiti?

Chronischer Hunger ist weitverbreitet. Nur 12 Prozent der haitianischen Bevölkerung haben Zugang zu unverseuchtem Wasser. Der durchschnittliche Kalorienverbrauch ist geringer als in jedem anderen lateinamerikanischen Land. Die Unterdrückung auf Haiti ist ökonomisch. Ökonomische Unterdrückung ist politische Unterdrückung. Die amerikanischen Medien weigern sich die Situation in Haiti ökonomisch zu analysieren, das riecht nach Marxismus! Und so erfährt man nie, auf welche Weise die Unterdrückung in Haiti funktioniert. Es ist nicht zufällig, daß soviele Menschen hungern.

Wir kennen die Ausgaben: 70 Prozent der Bevölkerung leben in einem endemischen Hungerzustand, 85, wenn nicht gar 90 Prozent sind Analphabeten. Sind solche Angaben unzuverlässig?

Sie sagen tatsächlich wenig über die Situation aus. Es gibt in Haiti zwei Gesellschaften: Eine neoeuropäische, etwa 10 Prozent der Bevölkerung. Sie haben Löhne, Einkommen, ein Minimum an Sozialfürsorge. Die Mehrzahl lebt in einem uralten, afrikanischen System. Ich sprach mit einem Kommentator: Im haitianischen Radio gibt es Reklame. Für wen ist diese Reklame - Er antwortete: Für 10 Prozent. 90 Prozent sind keine Konsumenten.

Haben Erosion, Hunger, Analphabetismus in den letzten Jahren zugenommen?

Die Bevölkerung hat zugenommen. Es gibt mehr arme Leute. Die Agrarproduktion ist zurückgegangen. Wie in vielen Ländern der Dritten Welt hat man Manufakturen errichtet. Die Regierung will, daß im Radio französisch gesprochen wird,

auch wenn es nur 10 Prozent der Bevölkerung verstehen. Die Regierung will Manufakturen, Fertigungsindustrie. Es gibt Leute, die wollen aus Haiti ein Hongkong der Karibik machen.'

Die Hochzeit in diesem Jahr soll 4 Millionen Dollar gekostet haben. Auf einem einzigen Konto des Präsidenten befinden sich 190 Millionen Dollar.

Ein kreolisches Sprichwort sagt: Wenn Sie reich werden wollen, werden Sie Präsident. Dies Sprichwort ist hundert Jahre alt. So etwas tritt ein, wenn man eine Kultur auf die andre pfropft. Man quetscht die Bauern aus. Durch Steuern. Der Polizeikommandant in einer Stadt, in einem Dorf erpreßt Geld, enteignet Land. Land ist das Wertvollste auf Haiti.

Führt das auf dem Land zu Folter und Mord?

Ja. Nicht systematisch. Aber wenn sich jemand wehrt - ja! Ich glaube, es befinden sich immer mehrere hundert Personen in den Gefängnissen, nicht politische Gefangene, wie man sie hier nennt, sondern Leute, die sich individuell gegen individuelle Übergriffe gewehrt haben. In Haiti gibt es eine Schicht von Leuten, die gierig sind und stehlen, alle gemeinsam und jeder für sich allein. Dieser Regierungsbeamte will bauen und braucht ein Stück Land. Weigert sich der Bauer gegen die Enteignung, wird er geschlagen, gefoltert, getötet.

Es sind vor allem zwei Gruppen, die von der Situation in Haiti profitieren: Die Kaufmannsschicht und die Regierungsmitglieder.

Sie leben von ihrem Gehalt, von Bestechungsgeldern, von Diebstahl. Oben, die Duvaliers, raffen, soviel sie nur kriegen können.

Vor einiger Zeit konnte man erfahren: Die Hälfte aller politischen Gefangenen überlebt nicht die erste Gefängniswoche. Dauert dieser Zustand an?

Ich glaube, ja. Das Gefängnis in Haiti wird aufgefaßt als ein Ort, wo man Menschen ausrottet. Politiker, Intellektuelle, die dem Regime als gefährlich erscheinen, werden ins Gefängnis gesteckt, damit man sie umbringen kann. Die vier Journalisten, die vorgestern aus Haiti ausgewiesen wurden, sind nicht geschlagen worden. Die haitianische Regierung wollte zur Zeit der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond die Aufmerksamkeit nicht auf die Zustände in den haitianischen Gefängnissen lenken.

Erscheinen die Verhandlungen mit dem Währungsfond über 44 Millionen Dollar nicht absurd in einem Land, dessen Präsident 4 Millionen Dollar für seine Hochzeit ausgibt, in einem Land, dessen Innenminister 1972 mit 65 Millionen Dollar ins Exil nach Miami ging?

Wenn der Internationale Währungsfond seine Entscheidungen danach zu richten, wieviel Geld von seiner Wirtschaftshilfe gestohlen wird, würde er nur sehr wenig Kredite an Länder der Dritten Welt austeilen können.

Haben Sie eine Utopie für Haiti? Haben Sie Ideen, wie man Haitis Probleme lösen könnte?

Nein. Ich glaube, Haiti muß vor allem seine kulturellen Widersprüche lösen. Jedes politische System, auch ein kommunistisches, würde sich in der gleichen Situation befinden: Sie haben eine Regierung in Portau-Prince und Anarchie im übrigen Land. Haiti muß kreolisch regiert werden! Man hat die Bauern, wenn überhaupt, immer in einem Wertsystem erzogen, das sie dazu brachte, diejenigen zu verachten, von denen sie herstammten. Wenn wir das nicht überwinden, wird es nie Mitgefühl geben, wird es nie ein wirksames politisches System geben. Es ist klar: die Regierung muß ausgewechselt werden! Aber Duvalier ist ein Opfer des Systems, und ich fürchte, wenn er jetzt abgelöst würde, käme eine neue Art Duvalier an die Regierung.

Die Massenverhaftungen in Haiti begannen nach Äußerungen David Rockefellers auf einer Konferenz der Chase Manhattan Bank, Äußerungen, die davon ausgingen, daß die Regierung Reagan den Status Quo in Lateinamerika stärken werde.

Die Botschaft war klar. Ein haitianischer Journalist, der letztes Jahr auf der Menschenrechtsrallye in Haiti verhaftet wurde, berichtete mir, daß ihm ein Regierungsbeamter sagte: Wartet nur, bis Reagan gewählt wird, dann nehmen wir euch richtig vor.

Konkret 02/81, S. 22

Johano Strasser

Praeceptor Poloniae

Der hier nachgedruckte Beitrag von Johano Strasser erschien in der von Günter Grass, Carola Stern, Tomas Kosta, Heinrich Vorm weg, Strasser selbst und leider auch Heinrich Böll herausgegebenen Zeitschrift »L '80 - Demokratie und Sozialismus«. Strasser war einst Mitglied des Bundesvorstands der Jungsozialisten und gehörte zu den Verfassern des SPD-»Orientierungsrahmens für die achtziger Jahre«, der seit Mitte der siebziger Jahre vergessen ist. In »L '80« unterzieht Strasser die Kolumne »Polnisches Roulette« von Hermann L. Gremliza (KONKRET 10/80) einer kritischen Würdigung. Strasser bekommt in KONKRET eine Vorgabe, die er braucht und die ihm doch nichts nützen wird: Obwohl er bei der Auswahl der von ihm zitierten 54 Zeilen aus Gremlizas Kommentar sorgfältig darauf geachtet hat, jeden argumentatorischen Zusammenhang zu zerstören, wird sein eigener Beitrag hier in voller Länge abgedruckt. Als Exempel.

WER die richtige Brille trägt, kann selbst aus Springer-Zeitungen noch Aufschlußreiches herauslesen. Hermann Gremliza jedenfalls hat offenbar eine Meldung der Welt vom 12. September 1980 bezüglich der »polnischen Affäre« die Augen geöffnet. »Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß«, so das Blatt, »hat Heinz Oskar Vetter als DGB-Vorsitzenden gebeten, gegenüber den polnischen Arbeitern aktive Solidarität zu üben und ihnen beim Aufbau freier Gewerkschaften jede nur mögliche organisatorische und materielle Unterstützung zu gewahren. In einem offenen Brief an Vetter erklärte sich Strauß bereit, für diesen Zweck einen namhaften Geldbeitrag zu leisten.«

Was unbedarfte Leser möglicherweise als müden Werbegag eines alternden Kalten Kriegers abgetan hätten, ist für den KONKRET-Herausgeber Anlaß zu weitreichenden Schlußfolgerungen. In einem Kommentar unter der Oberschrift 'Politisches Roulette' so schreibt er in KONKRET 10/1980: »Nach allem, was wir über die Empfänger namhafter Geldbeträge aus der Tasche des CSU-Vorsitzenden wissen, müssen die polnischen Arbeiter Rechtsradikale und ihre neuen Gewerkschaften faschistische Tarnorganisationen, mindestens aber antikommunistische oder antisozialistische Kampfbünde sein oder zu werden versprechen. Strauß mag sich da täuschen. Aber wo immer er Grund zu Hoffnungen hat, haben wir Grund zu Befürchtungen. Und er hat Grund zu Hoffnungen.«

Zu einem Zeitpunkt, da die kommunistischen Parteien Italiens und Spanien sich längst eindeutig hinter die polnischen Arbeiter und ihre Forderungen gestellt haben und selbst die KPF sich nach langem Zögern zu der Position des Gierek-Nachfolgers Kania bequemt hat, sieht Gremliza, Grund zu der Annahme, daß es sich bei den neuen polnischen Gewerkschaften (mindestens!) um »antikommunistische oder antisozialistische Kampfbünde« handelt. Natürlich sagt er dies nicht rundheraus. Er diffamiert lieber indirekt: »Nach allem, was wir über die Empfänger namhafter Geldbeträge aus der Tasche des CSU-Vorsitzenden wissen ... « So ist es ebenso wirksam, und man braucht sich nicht eindeutig festzulegen.

»Hatte Strauß am Ende bessere Chancen gehabt«, so fragt Gremliza, »wenn - in den Grenzen, in denen Gdansk noch Danzig hieß - die polnischen Arbeiter an der Bundestagswahl teilnehmen dürften?« Seine Antwort: »Er und die Seinen scheinen es zu hoffen. Und wir müssen es wohl fürchten. Denn anders als in Prag 1968, wo große Teile der Kommunistischen Partei die Arbeiterschaft immerhin für eine andere Form von Sozialismus mobilisierten, verschwindet in der polnischen Streikbewegung von 1980 der Sozialismus schlechthin: Gekämpft wird für Konsum und Kirche.«

Ich schwöre, so steht es da! Hat Gremliza wirklich nichts davon gehört, daß die polnischen Arbeiter die Forderung nach 'unabhängigen Gewerkschaften' zur zentralen Forderung erhoben? Daß sie die Entlassung der polnischen Gefangenen durchgesetzt haben, für Meinungs- und Pressefreiheit kämpfen? Weiß er das alles nicht oder will er es nicht wissen? Beides wäre schlimm für einen Herausgeber einer politischen Zeitschrift, die den Anspruch erhebt, kritisch und informativ zu sein.

Schlimmer freilich ist, was Gremliza zur 'Erklärung' der »polnischen Affäre« vorzubringen hat. Der polnischen Führung wirft er vor, sich nicht an Lenins Anweisungen zum Umgang mit den Massen der Arbeiter gehalten zu haben. Sie hätte unbeirrt und ohne »Rücksichtnahme auf Stimmungen und, Vorurteile der Mehrheit« dem polnischen Katholizismus und Nationalismus den ideologischen Kampf ansagen, die Kollektivierung der Landwirtschaft durchsetzen sollen. Was hat sie statt dessen getan? »Die Führer der polnischen Partei und der Gewerkschaften aber haben 'sozialdemokratische' Politik gemacht. « Der Grund der polnischen Misere liegt also in der Abweichung von den heiligen Prinzipien des Marxismus-Leninismus. 'Sozialdemokratismus' heißt das Stichwort, das erklären soll, warum es in Polen anders kam, als es der Theorie nach eigentlich kommen mußte. Lachen möchte man, wenn man nur den Ekel unterdrücken könnte.

Es ist dieselbe dummdreiste Verlogenheit, mit der sich die stalinistischen Bürokraten bei jeder Krise aus der Affäre zu ziehen suchen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, liegt der Fehler nie am System, sondern immer an der Abweichung vom System. Man hätte gar nicht erst anfangen sollen, Zugeständnisse zu machen. Zuviel Rücksichtnahme auf Stimmungen der Mehrheit, auf die Gefühle des Volkes! Reicht man dem Volk den kleinen Finger, dann will es gleich die ganze Hand. Ausgerechnet mehr Leninismus empfiehlt dieser Praeceptor Poloniae einem Volk, das immer wieder gegen die Bevormundung durch die leninistische Zentralbürokratie aufgestanden ist und in diesem Kampf so viele Opfer gebracht hat. Rosa Luxemburg, Polin auch sie und gewiß nicht antisozialistischer Umtriebe verdächtig, hat bereits 1918 den

Geburtsfehler des Leninismus namhaft gemacht: »Gewiß«, schreibt sie in der Schrift 'Die russische Revolution', »jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das' Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institution allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.«

Aber genau das, politische Aktivierung des Volkes, ist Gremliza von vornherein verdächtig. Das, was er für Sozialismus hält, könnte Schaden leiden, wenn die Arbeiter ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Was die polnischen Arbeiter begonnen haben, kann nur böse enden: »In der Konkurrenz mit den bisherigen Gewerkschaften um die Gunst der Arbeiter müssen sich die neuen Gewerkschaften, da ökonomisch nichts neu zu verteilen ist, politisch - und das heißt nach allem, was wir gesehen und gehört haben: antisozialistisch - profilieren.« Dann aber müssen die konsequenten Leninisten den polnischen Saustall wieder in Ordnung bringen. »Denn es scheint ausgeschlossen, daß der Warschauer Pakt sein Mitglied Polen einfach abwandern lassen wird. Daß er, beispielsweise, geduldig zusehen wird, wie Franz Josef Strauß in Gdansk und Wroclaw mit namhaften Geldbeträgen ... Politik macht.«

Wenn die sowjetischen Panzer rollen sollten, dann wissen wir jetzt schon, wer die Schuld daran trägt: die antisozialistischen polnischen Arbeiter und ihr Hintermann Franz Josef Strauß. Nicht daß Gremliza einen Einmarsch der Sowjetunion in Polen begrüßen würde. Er ist »natürlich gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten« und meldet schon jetzt »vorsorglich« »schärfsten Protest« an. Nein, Gremliza ist kein verkappter Stalinist. Er ist nur ein unerträglicher intellektueller Besserwisser - und ein schamloser Opportunist, der sich den Erwartungen seiner DKP-nahen Leserschaft gelenkig anschmiegt, aber nicht vergißt, hier und da kleine feige Distanzierungen einzubauen: Denn wer könnte es sich schon leisten, auf DKP-nahe Leser allein angewiesen zu sein?

Konkret 02/81, S. 23

Hermann L. Gremliza

Johano (der 23. von links)

Zu Strassers »Praeceptor Poloniae«

STRASSER hatte das Wort, ungekürzt und unverändert. Zu größeren Zeiten der Linken hätte man drüber gelacht. Aber die Zeiten sind mies, und was sie so mies macht, wird in Strassers Beitrag exemplarisch vorgeführt. die Wehleidigkeit und der Größenwahn, die sentimentale Dreistigkeit, die gespielte Entrüstung und die überzeugte Denunziation. Halten wir uns also mit den Kleinigkeiten ein wenig auf:

· Wer *die richtige Brille trägt, kann selbst aus Springer-Zeitungen noch Aufschlußreiches herauslesen ...*

Was will uns der Johano damit sagen? Daß in der »Welt« oder in »Bild« nie etwas Aufschlußreiches zu lesen ist? Das glaubt er selber nicht, zumal er gewiß weiß, daß die Meldung über den Strauß-Brief gleichlautend in fast allen Zeitungen erschien. Was also will er? Er möchte, zu Beginn seiner Glosse und noch ehe er irgendein Argument vorgetragen hat, seine Leser einstimmen: der Typ, von dem die Rede sein wird, beruft sich auf Springer, ist darum unglaubwürdig, moralisch minderwertig, alle rote Wut auf den schwarzbraunen Konzern ist mobilisiert: enteignet Gremliza!

Erinnere ich mich recht, so hat Johano Strasser zusammen mit Hans Koschnick eine Schrift verfaßt, in der erklärt wird, welche Linken in der SPD nichts mehr zu suchen haben. Wer die richtige Brille trug, konnte Monate vorher aus einem »Bild«-Interview mit Hans Koschnick Aufschlußreiches darüber herauslesen, was Strasser später formulieren würde. Aber Johano trägt ja nicht die richtige Brille.

· *Was unbedarfte Leser möglicherweise als müden Werbegag eines alternden Kalten Kriegers abgetan hätten, ist für den KONKRET-Herausgeber Anlaß zu weitreichenden Schlußfolgerungen ...*

Johano meint nicht, was er schreibt: »unbedarft«, nämlich: politisch naiv, sondern: unbefangen, unverbildet. Er meint den Leser, der nicht Gremlizas falsche (richtige) Brille trägt. Er meint sich. Er selbst hält den Strauß-Brief für den Werbegag eines alternden Kalten Kriegers. Mag sein, daß fast die Hälfte der Bundesbürger diesen müden Alten zum Kanzler wählen wollte, mag auch sein, daß hinter ihm, seiner Politik und seinen »müden Werbegags« (mit Ausnahme der Gewerkschaften) fast alles steht, was Macht besitzt in dieser Republik - für den starken Johano ist er eine bemitleidenswerte Randfigur. Was sind Strauß und seine Klientel schon mit ihren Waffen und Milliarden, wo ihnen deutsche Jungsozialisten überall auf der Weit mit Verbandspäckchen und gebrauchten Vervielfältigungsmaschinen Paroli bieten. Und nun, da Ronald Reagan kommt, wird Straußens Politik ja sowieso von der Weltbühne verschwinden. Der unbefangene, unverbildete, der honorige Leser weiß das. Wer aber Strauß ernst nimmt, gar meint, in dessen müdestem Werbegag mehr politische Gewalt entdecken und sie deshalb ernster nehmen zu müssen als sämtliche linken Strategiepapiere, dem ist nicht zu trauen: Er hält's mit Springer und Strauß gegen Demokratie und Sozialismus.

· *Hat Gremliza wirklich nichts davon gehört ...* ?

Daß die polnischen Arbeiter unabhängige Gewerkschaften, Pressefreiheit und Entlassung politischer Gefangener gefordert haben? Doch. Er hat auch gehört, daß der Führer der neuen Gewerkschaften, Lech Walesa, gänzlich unwidersprochen verkündete: »Ich werde aus Polen ein zweites Japan machen«, und er erlaubte sich die ketzerische Meinung, daß Japan kein sozialistischer Staat im engeren Sinne ist und die »Financial Times«, die Walesa zum »Mann des Jahres« kürte, keine Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus.

· *Schlimmer freilich ist, was Gremliza zur »Erklärung« der »polnischen Affäre« vorzubringen hat ... Es ist dieselbe dummdreiste Verlogenheit, mit der sich die stalinistischen Bürokraten bei jeder Krise aus der Affäre zu ziehen versuchen ...*

Schade, nein: konsequent, daß Strasser mir lieber irgendwelche »heiligen Prinzipien des Marxismus-Leninismus« unterschiebt, als seinen Lesern wenigstens einen Auszug aus dem Lenin-Zitat zu gönnen, mit dem ich das Versagen der polnischen Partei vor ihren selbstgestellten Aufgaben belegt habe. Lenin über die Rolle kommunistischer Gewerkschafter.- »... die tief im Arbeiterleben verwurzelt bleiben und es verstehen müssen,... das grenzenlose Vertrauen der Massen durch kameradschaftliches Verhalten zu ihnen und durch sorgsame Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu gewinnen« - kurzum: das zu tun, was wir an sozialdemokratischen Gewerkschaftern so häufig vermissen. Aber mit stalinistischen Bürokraten (Lenin und/oder Gremliza) setzt man sich als bundesdeutscher Revolutionär halt am besten so auseinander, wie das die Leitartikler des Springer-Konzerns auch tun - mit einem höhnischen »heilige Prinzipien«, während einem, wenn streikende Arbeiter Marienlieder singen, ganz demokratisch-sozialistisch ums Herz wird. Lenin ist bä - auf diesem Niveau schreitet die Strategiedebatte munter voran. (Hab ich »voran« geschrieben?)

· *Reicht man dem Volk den kleinen Finger, dann will es gleich die ganze Hand ... Politische Aktivierung des Volkes ist Gremliza von vornherein verdächtig ...*

Hier spricht nun der Erfinder der direkten Demokratie selbst, der spontane Streikführer, Hausbesetzer, Brokdorfkämpfer und Todfeind des Parlamentarismus: Johano Strasser, der Populist. Ich aber bin ein Feind des Volkes, ein Gegner der Rosa Luxemburg, mir ist die politische Aktivierung der Massen von vornherein suspekt. Wie weggeblasen sind - für eine historische, denunziatorische Sekunde - aus Strassers Bewußtsein die Erfahrungen mit den großen populistischen Bewegungen dieses Jahrhunderts und ihren Führern, ob sie sich nun Kulturrevolutionäre nannten oder nationale Erneuerer. Plötzlich, mitten im sozialdemokratisch-deutschen Herbst, ist »das aktive, ungehemmte, energische, politische Leben der breitesten Volksmassen« - ungehemmt von der FDGO und allen Abgrenzungsbeschlüssen? - das höchste Gut. Vergessen ist, daß Rosa Luxemburg unter dem breitesten Grinsen der ungehemmten breitesten Massen ermordet wurde und das ungehemmte politische Leben der breitesten Volksmassen sich auch schon mal in einem millionenfachen »Juda verrecke« ausgetobt hat.

Sich gegen mich auf Rosa Luxemburg zu berufen, kann einem Spitzentheoretiker der Strategie systemüberwindender Reformen wirklich nur in jener Stunde der Not einfallen, da das System seine Reformstrategien endgültig überwunden hat: Noch nie waren so viele politische Freunde Johanos im Bundestag und noch nie war der Militärhaushalt so hoch wie nach dem letzten Sieg der Sozialdemokratie über den müden Alten. Bei etwas ruhiger Besinnung hätte er bedacht, wie peinlich es für einen überzeugten Reformpolitiker ist, sich gegen linke Widersacher das Credo einer Revolutionärin anzueignen, die doch genau das Gegenteil dessen lebte, was Strasser ihr anzudichten versucht. Nichts haßte und bekämpfte sie mehr als Nationalismus, Klerikalismus und (den von mir angeführten, von Strasser feige unterschlagenen) Antisemitismus, und zwar erst recht dann, wenn die breitesten Volksmassen diesen Ideologemen anhingen. Gerade dadurch unterschied sie sich doch von den Strassers der kaiserlichen SPD, daß sie sich der chauvinistischen Mehrheit widersetzte und die Kriegskredite ablehnte.

· *Wenn die sowjetischen Panzer nach Polen rollen sollten, dann wissen wir schon jetzt, wer daran die Schuld trägt: die antisozialistischen Arbeiter und ihr Hintermann Franz Josef Strauß ...*

Das ist nun doch etwas mehr als nur »frei zitiert«, so verballhornt habe ich meine Argumentation noch nirgends wiederentdeckt. Aber wahr ist, daß jeder Schuld tragen wird, der Polen jetzt aus dem sozialistischen Staatensystem herauskaufen, herauslocken oder herausschwätzen will: der scheinewedelnde Oberbayer ebenso wie die Wall-Street-Strategen von der »Financial Times« und auch jede müden Marschierer durch die Institutionen, die ihre eingeschlafenen Füße am polnischen Feuer wärmen.

Natürlich, der Polen Reiz ist unerreicht: Was ist in diesem - noch immer kommunistisch regierten - Land alles möglich, welche Gestaltungsfreiheit, welche Bewegung, welche Umwälzungen vorn einen zum andern Tag, und ganz ohne Blutvergießen. Das muß jedem westdeutschen Linken, der von den Übungen der Bundeswehr gegen politische Streiks weiß, mit Neid erfüllen. Oder wie da innerhalb weniger Wochen eine Gewerkschaft zum zentralen Machtorgan das Landes wird, während zwölf Jahre sozialdemokratischer Regierungsführung hierzulande nicht mal die paritätische Mitbestimmung gebracht haben und weitere 12 Jahre sie mit Sicherheit nicht bringen werden.

Es wäre etwas daraus zu lernen - beispielsweise: woran es liegt, daß es dort so viele Chancen schneller Veränderung gibt und hier so wenige. Ob das vielleicht etwas damit zu tun hat, daß die polnischen Arbeiter vom Gegner ihrer Klasse, von der Herrschaft des Kapitals, befreit sind?

Johano wird das anders sehen. Er ist zuständig für »L'80 - Demokratie und Sozialismus« und im Programm dieser Zeitschrift lautet *die* linke Frage: »Wie läßt sich die Konfrontation zwischen einer demokratischen sozialistischen Politik und dem wirtschaftlichen Interesse des Kapitals zum Nutzen der gesamten Gesellschaft abbauen?«

Wer so fragt und das für links in irgendeinen Sinne hält, hat einiges zu leisten an Abgrenzung und Ausgrenzung. Als besonders praktisch zu diesem Zweck hat sich erwiesen, politische Gegner in die Nähe der DKP zu rücken: man hat dann alle von Wilhelm 11 über Adolf I bis zu Dregger und Strauß gepflegten Instinkte der breitesten Volksmassen auf seiner Seite. Den Rest erledigen üblicherweise Ernennungsausschüsse und Landesämter für Verfassungsschutz. Auch ich werde schon noch sehen, was ich davon habe, daß ich mich den drei oder vier Prozent DKP-wählenden KONKRET-Lesern »gelenkig anschmiege«, anstatt mich - unter Verzicht auf meinen schamlosen Opportunismus - an die wärmenden Öfen meiner in Bonn regierenden Genossen zu stellen. Mir ist's wurscht. Aber andere sind an solch schmierigen Denunzianten kaputtgegangen. Nicht zuletzt deshalb mußte einer Kleinigkeit namens Johano Strasser hier etwas Raum gewidmet werden. Es soll gewiß nicht wieder vorkommen.

Konkret 02/81, S. 26

Günter Amendt

Sucht-Profit-Sucht

KONKRET-Serie über Drogen und Kapital, Teil 2

In den kapitalistischen Ländern *sind Drogen eine Ware wie andere auch. Günter Amendt beschreibt, warum deshalb selbst der* Kampf *gegen Drogen nach den R*egeln des Marktes geführt wird

Folgt man der Logik des Kapitals, dann bedurfte es keiner hellseherischen Fähigkeiten, die von uns bereits vor Jahren prognostizierte Entwicklung in der BRD abzusehen. Die allgemeine Aufregung über die »weichen« Hippiedrogen Haschisch und Marihuana würde abgelöst werden vom Entsetzen über das Vordringen »harter« Drogen Heroin und Kokain. Und genau das ist eingetreten.

Die räumliche Verlagerung des Heroin-Marktes mußte in dem Augenblick stattfinden, wo eine Dollar-Abwertung europäische Währungen für Heroin-Exporteure noch attraktiver machte. Weder Wunder noch »Welle«, sondern simple kapitalistische Logik, daß der Warenstrom sich in die europäischen Länder ergoß, deren Währung die höchste Rendite garantierte. Harte Währung - harte Drogen, so lautet die Formel, und so sieht die Drogenrealität in den Ländern von Deutscher Mark, Holländischem Gulden und Schweizer Franken aus. Das bedeutet nicht, daß andere Valuta-Märkte von der Offensive des Heroinkapitals verschont blieben, denn auch sie garantieren noch immer ausreichende Profite.

Zwar unternehmen die betreffenden Staaten vielfältige Anstrengungen, um den Drogenhandel zu erschweren, und oft sind Gegenmaßnahmen auch bedingt erfolgreich. Das Ziel jedoch, den Drogenhandel zu unterbinden, hat bisher kein kapitalistisches Land erreicht. Umso mehr beeinflussen Gegenmaßnahmen das internationale und regionale Marktgeschehen. Die Vernichtung von Roh-Opium im Ursprungsland, die Beschlagnahme von Morphinbase in einem Mittelmeerhafen, die Schließung einer Heroin-Raffinerie in Marseille, die Razzia bei einem Großhändler in Hamburg oder die Festnahme eines Kleindealers in Lüneburg bleiben auf den verschiedenen Stufen der Handelskette nicht wirkungslos. Werden auf diese Weise beispielsweise nennenswerte Mengen dem Markt entzogen, tritt also eine Verknappung ein, geraten die Preise in Bewegung. Dieser Angebot-Nachfragemechanismus und seine Auswirkungen auf die Preise hat jedoch eine Grenze, die Großhändler beachten müssen, und die sie auch daran hindert, zu sehr auf künstliche Verknappung zu spekulieren. Denn dann besteht die Gefahr des Umstiegs, d.h. »alternative« Produkte der benachbarten Branche könnten das Geschäft auf Dauer gefährden.

Im Falle des Heroin- und Kokainhandels wird Mengenknappheit meist durch Strecken der Ware unter Beibehaltung des Endverbraucherpreises kompensiert. Aus der Sicht von Mittel- und Kleindealern stellt sich die Beimischung von Strecksubstanzen als rein kaufmännische Maßnahme dar. Das Risiko für den Händler - im Falle einer polizeilichen Beschlagnahme und eines sich anschließenden Verfahrens - bleibt konstant, weil sich die Strafzumessung gewöhnlich an der Menge und nicht an der Qualität der beschlagnahmten Ware orientiert.

Andererseits - und das ist die Seite der Konsumenten - liegen hier die Ursachen für die meisten Todesschüsse an der Drogenfront.

Grundsätzlich muß man davon ausgehen, daß auf den Endverbrauchermärkten immer gestreckte bzw. gepanschte Ware angeboten wird. Vor allem unerfahrene Heroinabhängige haben Schwierigkeiten, den Dosierungsgrad zu bestimmen. Sind sie beispielsweise mit einer Lieferung extrem verlängerten Heroins »eingestiegen«, dann kann bereits eine geringe Qualitätsverbesserung - weniger Streckmittel, mehr Heroin - zu tödlichen Überdosierungen führen. Aber auch die Unmöglichkeit, die toxische Nebenwirkung der Beimischungssubstanzen zu erkennen, führt in vielen Fällen zum physischen Zusammenbruch mit tödlichem Ende.

Aber auch dort, wo es den staatlichen Ermittlungsbehörden - Zollfahndung, BKA und örtliche Polizei - gelingt, einen Teilmarkt vorübergehend trocken zu legen, kommt der Opium-Handel nicht zum Erliegen. Ein breit gefächertes Angebot an Ersatzdrogen steht dem Konsumenten übergangsweise zur Verfügung. Der Umsteigeeffekt wird primär durch die Marktmechanismen bestimmt und nur sekundär durch die spezifische Wirkungsweise der jeweiligen Droge. Das gilt vor allem für die Konsumenten von Cannabis-Produkten. Die Mehrheit der Cannabis-Verbraucher neigt im Falle einer Warenverknappung zum Umstieg auf die kulturell etablierte Droge Alkohol und in einem gewissen Ausmaß auch auf den Umstieg zu Produkten der pharmazeutischen Industrie: Valium oder Barbiturate.

Heroinabhängige akzeptieren jedes Ersatzangebot, »das knallt« und das, wenn möglich; injizierbar ist. Kokain ist eine bevorzugte Umsteige-Droge ebenso wie die synthetischen Produkte der Pharma-Industrie: Methadon, Valeron und andere starke Schmerzmittel.

An solchen Nahtstellen des Umstiegs verwischen sich die Unterschiede von legalen und illegalen Drogen. Es gibt keinen Unterschied zwischen Obergrund- und Untergrundkapitalismus. Illegaler wie legaler Drogenhandel unterliegen den Gesetzen und Widersprüchen des Imperialismus.

Nur wer sich von Erfolgsstatistiken der Polizei, der Zollfahndung und anderen staatlichen Ermittlungsbehörden bluffen läßt, kann hoffen, Vernichtung oder Beschlagnahme von Drogen-, -Festnahme oder Verurteilung von Dealern und Konsumenten seien erfolgreiche Schritte auf dem Weg, das Drogenproblem zu lösen.

Die Umsätze des internationalen Drogenhandels sprechen dagegen. Sie entsprechen den Umsätzen multinationaler Konzerne. An der Spitze aber stehen die Monopole der Pharmaindustrie. Ihre Produktoffensiven waten Auslöser des heutigen massenhaften Drogenkonsums. Die Verdrängung landwirtschaftlich gewonnener Drogenprodukte - Opium, Cannabis und Kokain - öffnet die Märkte für die Produkte der Chemiekonzerne. So ist staatliche Anti-Drogenpropaganda, die nicht zugleich die Macht der Pharmakonzerne bekämpft, gewollt oder ungewollt Propaganda für die Produkte der Pharmaindustrie. Aber eine scharfe Trennung von Alkohol- und Pharmaherstellern ist längst unsinnig, sind doch die Alkoholhersteller zu einem Produktzweig der Pharmaindustrie geworden.

Sogenannte Mafia-Weine galten jahrelang als Paradebeispiel für unsaubere, gepanschte und chemisch »veredelte« Produkte. Der jüngste Weinfälscherskandal in der BRD, die Veredlung saurer Jahrgänge mittels Flüssigzucker, der seinerseits chemisch bearbeitet wurde, macht deutlich, wie weit die Chemie auch hier bereits an der Herstellung alkoholischer Produkte beteiligt ist '

In der öffentlichen Diskussion über Wirkung und Folgen von Drogengebrauch hat sich eine Gewichtsverlagerung eingespielt, die die reale Gefährdung der Bevölkerung durch Alkohol- und Medikamentengebrauch an den Rand drängt und die Opiat-Drogenabhängigkeit herausstellt. Der Alkoholverbrauch in der BRD hat mit 12,74 Litern reinen Alkohols pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1979 den absoluten Rekord seit 1900 erreicht. Insgesamt wurden 34 Milliarden Mark für Bier, Wein und Branntwein ausgegeben. Das entspricht 635,50 Mark je Bundesbürger. Der Staat nahm aus der Alkoholsteuer im gleichen Zeitraum 5,77 Milliarden Mark ein. Die Folgen dieses Alkoholkonsums sind exakt meßbar. Wenn man davon ausgeht, daß 40 Prozent der Verkehrstoten auf das Konto Alkoholgebrauch gehen, dann schrumpft die Todesstatistik auf der Fixerscene - 1979 gab es 623 Todesopfer - zur Marginalie. Gegenwärtig gibt es zwei Millionen Alkoholkranke in der BRD, die Dunkelziffer ist weit höher. Grob gerechnet ist jeder zwanzigste Arbeitnehmer Alkoholiker. Kein Zweifel, Drogenproblem Nummer eins war und ist der Alkoholismus.

Trotz Preiserhöhungen und teilweisen Werbeverbots ist der Vertrieb und Konsum von legalen Drogen nicht zu verringern! Schon gar nicht zu bändigen ist der Handel mit illegalen Drogen. Der Katalog von Maßnahmen, der hierfür erforderlich wäre, sprengt die Grenzen des Systems. Bereits intensive Kontrolle des Warenverkehrs - vom Bankenverkehr gar nicht zu sprechen - bedeutet eine Behinderung des internationalen Warenaustauschs, den kein Politiker in einem kapitalistischen Land verantworten könnte. Die Perfektionierung des Transportwesens, die Beschleunigung des Warenflusses machen Kontrollen immer unmöglicher und immer ineffektiver.

Heroinhändler arbeiten ihrerseits mit allen zeitgemäßen technischen Hilfsmitteln und einem perfekten Kommunikationssystem. Für ihre Importe steht ihnen der Luft wie der Wasserweg offen. Als mit dem Ende des Vietnamkrieges arbeitslose Army-Piloten den US-amerikanischen Arbeitsmarkt überschwemmten, stellten die Heroinimporteure den Import von Jamaica-Ware (Marihuana) vom See- auf den Luftweg um.

Auch die Ausweitung und Internationalisierung des Tourismus erschließt im Notfall vorübergehende Handelswege. Der Strom von Arbeitsimmigranten und Wirtschaftsflüchtlingen erhöht die Transportkapazitäten. Diese verschlungenen Wege zu entflechten und gegebenenfalls Verbindungslinien zu kappen, ginge an die politische und ökonomische Substanz des Systems. Nur ein Narr kann erwarten, daß dessen Repräsentanten, seine Aktionäre und Dealer, seine Bankiers und Finanziers daran ernsthaft interessiert sein könnten.

Die Festnahme eines Heroinabhängigen mag einen bayrischen Dorfsheriff in Erregung, die Aburteilung eines Kleindealers einen Würzburger Provinzrichter in Euphorie versetzen. Den Herren vom BKA ist das zu wenig. Landes- und Bundesbehörden, die mit der Aufklärung von Drogendelikten befaßt sind, auch. Immer häufiger kommt es deshalb zu Kompetenzstreitigkeiten, kollidiert das Interesse einer örtlichen Polizeibehörde, Ermittlungserfolge vorzuweisen, mit den Interessen des BKA zu jenen kapitalkräftigen Händlern vorzustoßen, die das Geschäft und die Verteilung der Ware in Händen haben.

Und doch erfassen diese zögernden Versuche, den Blick für die Kapitalseite des Geschäfts zu schärfen und Finanziers wie Großhändlern das Handwerk zu legen, nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit. Mögliche Einblicke und Einsichten werden zudem durch die Vorliebe verschüttet, diesen Teil des Handels sozialromantisch zu verkleistern und die Schuld mythenumworbenen Gangstersyndikaten zuzuschieben.

Von Mafia und Cosa Nostra laßt sich unverfänglicher reden als von Aktiengesellschaften und Bankenkonsortien. Sie aber sind es, die auf legalem Weg legalen Firmen über Kredite den Kapitalvorschuß verschaffen, mit dessen Hilfe über mafiaeske Subunternehmer der illegale Teil des Geschäfts abgewickelt wird. Die ordentlich erwirtschafteten Profite fließen dann wieder legalen Firmen auf legalem Wege zu.

Der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierende Drogenhandel stößt jedoch in immer mehr kapitalistischen Ländern an die Grenze des Sozialstaates. Während der Staat am Alkohol-Tabak- und Kaffeehandel durch Steuereinnahmen beteiligt ist und auf diese Weise auch den legalen Teil des Psychopharma-Marktes abschöpft, geht er im Falle von Cannabis, Opiaten und Kokain leer aus. Für die Folgekosten der Drogenabhängigkeit ist jedoch der Sozialstaat zuständig. Weil dieser Zustand politisch nicht länger ertragbar und ökonomisch nicht länger vertretbar ist, besinnen sich imperialistische Regierungen ihrer außenpolitischen Möglichkeiten, um den inneren Feind Drogensucht zu bekämpfen. Der Anbau von Agrarprodukten, aus denen jene Drogen Heroin, Kokain, Haschisch und Marihuana gewonnen bzw. synthetisiert werden, soll an Ort und Stelle unterbunden werden.

Aber warum sollte sich ein anatolischer Mohnbauer, ein bolivianischer Cocapflanzer oder ein nepalesischer Hanfproduzent für das Drogenelend in den Metropolen des Imperialismus verantwortlich fühlen und freiwillig auf den Anbau landwirtschaftlicher Produkte verzichten? Sie alle haben wahrscheinlich andere Probleme. Sie kämpfen ums Überleben gegen Hunger und Verelendung. Hanf und Mohn, Cocablätter und Marihuana sind für diese Bauern nichts als landwirtschaftliche Produkte. Im Vergleich zu anderen Agrarprodukten lassen sich für sie am Markt die höchsten Preise erzielen. Diese Preise sind, gemessen an den auf den Handelswegen vom Erzeugerland zum Verbrauchermarkt erzielten Profiten, lächerlich gering.

Da mit Einsicht der Erzeuger nicht zu rechnen ist, hilft nur politischer Druck und militärische Gewalt. So ist jede Polizei- oder Militäraktion gegen die Anbauländer ein imperialistischer Gewaltakt, gleichgültig, ob nun Mohnfelder mit Napalm bombardiert oder mit »Caterpillars« umgepflügt werden, ob Marihuanafelder chemisch »entlaubt« oder die bereits eingebrachte Hanfernte verbrannt wird. Begrenzte Erfolge sind solchen Aktionen allerdings nicht abzusprechen. Sie vermochten bäuerliche Existenzen zu vernichten, sie verursachten nationalen Volkswirtschaften erhebliche Schäden. Ihr Ziel, den internationalen Drogenhandel zu unterbinden, erreichten sie nicht. Einzig spürbare Folge: Kurzfristige Verknappung auf den Verbrauchermärkten, dauerhafte Preiserhöhungen und Umstieg auf andere Produkte. Kurzfristig deshalb, weil andere Anbauländer und andere Erzeugerregionen binnen kurzem den Produktausfall auszugleichen beginnen.

Derartige imperialistische Gewaltaktionen haben aber eine unübersehbare positive »Nebenwirkung«. Für die imperialistischen Länder selbst, wie sollte es anders sein? Das Anbauverbot für Agrarprodukte, die in den imperialistischen Ländern wegen ihrer Rauschwirkung geschätzt sind, greift massiv in kulturelle Traditionen der Erzeugerländer ein. Dort nämlich sind diese landwirtschaftlichen Produkte entweder - wie im Falle von Coca-Blättern und Mohn - Nachrungsmittel oder Bestandteile der traditionellen einheimischen Medizin, wie im Falle von Cannabis und Mohn.

Eigentlicher Nutznießer von Vernichtungsaktionen ist also die chemisch-pharmazeutische Industrie der imperialistischen Länder, für deren Produkte so in diesen Ländern der sogenannten dritten Welt breite Absatzmärkte geschaffen werden. Da hineinzustoßen, lassen sich die Pharmakonzerne nicht entgehen, wie ihre Exportstatistiken zeigen. Diese Art von Verdrängungswettbewerb hat Geschichte. Bereits 1893, als »der Minister ihrer (englischen) Majestät der Regierung von Indien den Auftrag erteilte, einen Hanfdrogen-Report zu erstellen und auf der Grundlage dieses Reports ein Verbot des Cannabis-Anbaus in Aussicht genommen wurde, äußerten indische Regierungsbeamte den Verdacht: »Die ganze Agitation gegen Hanfdrogen wird von Alkoholproduzenten im In- und Ausland betrieben.«

Konkret 02/81, S. 29

GEGENDARSTELLUNG

GEGENDARSTELLUNG

In der Zeitschrift »KONKRET«, Ausgabe November 1980, werden in dem Artikel von Martin Buchholz mit dem Titel »Der Dunstkreis« auf Seite 16 über den Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)e.V. unwahre Tatsachenbehauptungen aufgestellt, die im folgenden richtiggestellt werden:

1. Es wird behauptet, die »National-Revolutionäre Jugend« sei ein Zusammenschluß des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V. und des »Ostpolitischen Deutschen Studentenvereins« (ODS) sowie der »Außerparlamentarischen Mitarbeit« (APM).

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist, daß sich der »Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V. nie mit einer der genannten Organisationen zur »National-Revolutionären Jugend« zusammengeschlossen hat.

2. Weiter wird behauptet, der »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) e.V. sei Teil des »Bundes der Vertriebenen« gewesen und habe der Aufsicht von stadtbekannten CDU-Mannen unterstanden.

Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist, daß der »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) nie Teil des »Bundes der Vertriebenen« war, und richtig ist auch, daß der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) nicht unter der Aufsicht von stadtbekannten CDU-Mannen stand.

3. Weiterhin wird behauptet, die »National-Revolutionäre« von APM, BHJ und ODS hätten sich teilweise mit Maschinenpistolen und Karabinern bewaffnet, veranstalteten Schießübungen über die Mauer hinweg auf DDR-Posten und führten andere illegale Aktionen durch.

Diese Behauptung ist zumindest in bezug auf den Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V. unwahr.

Richtig ist, daß sich der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) e.V. weder mit Maschinenpistolen und Karabinern bewaffnet hatte, noch an den anderen illegalen Aktionen beteiligt hat.

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl

2. Bundesführer des Bundes Heimattreuer Jugend e.V. (alleinvertretungsberechtigt im Sinne des § 26 BGB)

GEGENDARSTELLUNG

In dem Artikel »Der Dunstkreis« von Martin Buchholz in der Ausgabe 11 /80 der Zeitschrift »KONKRET« wird die Behauptung aufgestellt, Manfred Roeder sei Mitbegründer der AUSSERPARLAMENTARISCHEN MITARBEIT (APM). Diese Behauptung ist falsch.

Richtig ist vielmehr, daß die APM ausschließlich von Berliner Schülern gegründet wurde und zu keiner Zeit Verbindungen zu Roeder unterhalten hat.

Die Behauptung, die APM hätte »eine Sympathie-Kundgebung für den Presse-Zaren vor dem Springer-Haus organisiert«, ist falsch.

Richtig ist vielmehr, daß sich die APM am 13. August 1969 nach Beendigung einer Demonstration gegen die Mauer auf einem Parkplatz des Axel-Springer-Verlages, der die einzige geeignete Fläche in der näheren Umgebung war, mit zahlreichen interessierten Demonstrationsteilnehmern getroffen und über Möglichkeiten einer Mitarbeit diskutiert hat.

Ebenfalls falsch ist die in dem beanstandeten Artikel aufgestellte Behauptung, »APM-Aktivisten« seien bei Hakenkreuzschmierereien ertappt worden.

Richtig ist vielmehr, daß APM-Mitglieder niemals Hakenkreuzschmierereien begangen haben und deshalb auch nicht dabei ertappt werden konnten.

Schließlich ist auch die Behauptung falsch, die APM hätte Schießübungen über die Mauer hinweg veranstaltet, Molotow-Cocktails in linke Buchläden geschmissen, die Extra-Dienst-Redaktion mit einer demontierten Rosa-Luxemburg-Gedenkplatte zerstört und kirchliche Veranstaltungen gegen den Antisemitismus überfallen.

Richtig ist vielmehr, daß die APM und ihre Mitglieder zu keiner Zeit derartige Handlungen begangen haben.

AUSSERPARLAMENTARISCHE MITARBEIT (APM) e.V.

Fred Mohlau Klaus Herrmann

DARSTELLUNG

Falsch ist, daß es überhaupt Neonazis gibt. Richtig ist, daß es zum Beispiel den Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und die Außerparlamentarische Mitarbeit (APM) gibt.

Falsch ist, daß es einen neonazistischen Zusammenschluß in der »Nationalrevolutionären Jugend« gab, der sogar ein eigenes »Nationales Zentrum« in Berlin-Neukölln hatte. Richtig ist vielmehr, daß es ein derartiges neonazistisches Bündnis gar nicht gegeben haben kann, weil es überhaupt keine Neonazis gab oder gibt.

Falsch ist, daß jemals »National-Revolutionäre« Schießübungen an der Mauer veranstalteten, kirchliche Veranstaltungen mit Pastor Heinrich Albertz stürmten, den Extra-Dienst demolierten, Molotowcocktails in linke Buchhandlungen warfen oder andere illegale Aktionen begingen. Richtig ist vielmehr, daß es niemals »National-Revolutiontire« oder Neonazis gab und mithin auch nicht die erwähnten Aktionen. Daß Funktionäre wie der BHJ-Aktivist Helge Röthke (Ehemann der BHJ-»Standortführerin« Ingrid Röthke) dennoch deshalb vor Gericht mußten, daß Waffen in den Wohnungen der nichtexistenten Mitglieder der nicht existierenden »National-Revolutionären Jugend« gefunden wurden, daß gegen sie polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen Schmierereien von Hakenkreuzen und Odalsrunen, auch wegen der Schießübungen liefen, ist nur ein Beweis mehr für die jüdisch-bolschewistische Verseuchung staatlicher Institutionen.

Auch daß Manfred Roeder Kontakt zur A PM gehabt hat, ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß die APM ursprünglich ein Teil des Demokratischen Clubs war, den ein Rechtsanwalt namens Manfred Roeder gegründet hatte.

Falsch ist außerdem, daß die APM Sympathiekundgebungen für Springer veranstaltet haben soll. Richtig ist vielmehr, daß Springer in den Spalten seiner Zeitungen Sympathiekundgebungen für die APM veranstalten ließ.

Martin Buchholz

Konkret 02/81, S. 31

Peter Dahl

Der Klirr-Faktor

Was unbegriffen als die neue Gewalt beschworen wird, begann in Zürich (wo man Wunder und Weihen), als Staßenkampf gegen eine exklusive Kulturpolitik, die den Ausschluß einer Mehrheit nicht hinnimmt, sondern fordert. 60 Millionen Franken für die Oper - die dagegen Sturm liefen, forderten nicht, am Belcanto teilhaben zu dürfen; ihre Argumente in der Diskussion übers bürgerliche Erbe fielen in der Bahnhofstraße in die Auslagen von dessen weniger kulturell verbrämten Produkten

*

Meinen Sie, Zürich zum *Beispiel sei eine bessere* Stadt? Zum Beispiel »Die Welt«, 13. Januar: *540 Polizisten haben in der Nacht zum Montag ein von Jugendlichen besetztes stillgelegtes Fabrikgebäude in Detmold geräumt. Nach Angaben der Polizei leisteten die 85 Jugendlichen, die das Gebäude seit dem 29. November 1980 besetzt gehalten hatten, keinen Widerstand. ... Auf dem landeseigenen Grundstück soll in Kürze ein Verwaltungsgebäude entstehen. Dagegen wollten die Jugendlichen in ehemaligen Fabrikgebäuden ein Kulturzentrum einrichten...*

Oberkreisdirektor Lotz: » Wir haben keineswegs mit Kanonen auf Spatzen geschossen, denn nach den bisherigen polizeilichen Erfahrungen mußten wir mit allem *rechnen.«*

*

Die zwölf Jahre - also so viel wie tausend deutsche Jahre - die zwischen heute und 1968 liegen, werden von Beteiligten (zu a oder b) und Unbeteiligten bemüht, um eine grundsätzliche Verschiedenheit entweder zu behaupten oder zu erklären. *Eins* jedenfalls ist ähnlich bis gleich: Das allgemeine Unverständnis darüber, wegen welch abseitiger Probleme die Jungen auf die Straße gehen: Außenpolitik *(Ho-Ho-Tschi-Minh)* zunächst damals, Kulturpolitik (autonome, *zweite Kultur)* zunächst heute.

Der allgemeine Konsens während der Pubertät der Republik waren das Wirtschafts- und dessen Unter-Wunder: Sich als Konsumgesellschaft fühlen zu können, war eine Bedingung für die größte Verdrängungsleistung der deutschen Geschichte. Erstens: »Wir sind wieder wer« und zweitens: Die - zur Not auch *formierte* - *N*achkriegs*gesellschaft konnte* sich als etwas grundsätzlich anderes fühlen als der Nazi-Staat. Das geklitterte Geschichtsbild von einer zerstrittenen *Gesellschaft* der Weimarer Republik, die dem Staatsverbrechen des Nationalsozialismus zum Opfer gefallen sei, war die Absolution, sich beim Schaffen neuer Werte nicht durch Nachdenken ablenken zu lassen.

Für den gesellschaftlichen Konsens, der in der Bundesrepublik bis tief in die 60er herrschte, tat der Staat, was er konnte; und dafür, daß jede Störung unterblieb. Ich erinnere mich an einen Prozeß gegen ehemalige Mitglieder der verbotenen KPD, die zu Gefängnis verurteilt wurden, weil sie gemeinsam irgendwelche Blätter verteilt hatten, die inhaltlich nicht zu beanstanden waren. Auch so schon, so das Gericht, hätten sie den inneren Zusammenhalt einer Zelle einer verbotenen Organisation betrieben.

Tendenzwende. Ob zyklische Krise oder Systemverfall: Die Wohlstandsgesellschaft ist auch nicht mehr, was sie mal war. Da mag der Staat in marode Unternehmen investieren, wie er längst nicht mehr kann: zur Herstellung eines uneingeschränkten Konsens reichts nicht mehr; einem arbeitslosen Jugendlichen die Sage »Vom Tellerwäscher zum Millionär« einzureden, ist nicht drin.

Der Staat, der in die Bresche springt, tut das mit seinen Mitteln: Von der Wohlstandsgesellschaft zum Polizeistaat. Natürlich ist, was er in die Waagschale zu werfen hat, Surrogat und böser Schein. Um so mehr muß er darauf bestehen, dies sei er selbst. Der Schwachsinn des öffentlichen *Helm ab* zum *wir beten* an *die Macht der Liebe* und die Unmöglichkeit, auch nur einen Fingerbreit davon öffentlich Abstand nehmen zu können, ist keine Marotte des Herrn von Apel, das ist keine überflüssige Arabeske, sondern hier stellt der Staat tatsächlich das einzige dar, was er noch zu bieten hat: eine leere Hülse aus Gewalt. An die Stelle der Vereinnahmung *eines jeden* durch die Fiktion, am wachsenden Vermögen teilzuhaben, tritt - mangels Masse - die Vereinnahmung *aller* unter ein ästhetisches Staatskonzept.

Tatsächlich ein ästhetisches: Verweigert einer dem Hut auf der Stange den Gruß, reagieren doch die jeweiligen Geßler deshalb so empfindlich, weil das Staatssymbol nicht ist, sondern *darstellt,* was ohne die Darstellung nicht wäre. Es ist wie in der Oper. Oder wie bei den Nazis, denen mit der absoluten Ästhetisierung der Politik und der (scheinbar) absoluten Politisierung des öffentlichen Lebens die absolute Gleichschaltung der Gesellschaft gelang.

Die Selbstdarstellung des Staats - in der Symbolwelt von Rekrutenvereidigung bis Plexi-Schild und -Visier der Polizisten - versucht, die Gleichschaltung aller an die Stelle des abbröckelnden Konsens der Einzelnen zu setzen.

*

Protest gegen den Polizeistaat ist anders als Protest gegen die Wohlstandsgesellschaft. Was angemessen ist, darüber befinden die auf der Straße nicht aus eigenem Willen. *Gesellschaft kann verändert, Staat kann nur zerschlagen werden.* Entsprechend unterscheiden sich die Parolen und die Ziele von 68 und heute: *Macht aus Polizisten gute Sozialisten* contra *Bullen in den Stall, dann gibts kein Krawall.*

Wie trefflich sich über Fragen der Veränderung von Gesellschaft diskutieren läßt, kann man nicht denen vorhalten, die sich vom Staat herausgefordert fühlen. Bei einer Straßenschlacht geht es nicht um Überzeugung der Umstehenden.

*

Im zögerlichen Abstand von vier Wochen deuteten die Titelbilder vom »Spiegel« einen Zusammenhang an: *Neue Gewalt* und *Neue Wohnungsnot.* Die linken Medien sprechen vom *Häuserkampf.* Das ist bei weitem nicht alles. Es ist eine Schlacht in den Straßen. Die *Überreaktionen* der Polizei und der Politiker sind gar keine, sondern zeigen, daß die ahnen, was sie erwartet.

Konkret 02/81, S. 32

Jens Michelsen

Überleben unter Reagan!

Arbeitslosigkeit und Inflation, Anstieg von Kriminalität und Gewalt und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen - die Angst vor der Zukunft ließ Reagan Präsidentendarsteller worden und verhalf der Moralischen Mehrheit zum ideologischen Monopol. Die politische und kulturelle Opposition in den USA stellt sich auf Überwintern ein. Eine Chance - meint JENS MICHELSEN – hat sie nur, wenn es ihr gelingt, sich stärker zu verflechten

EIN milder Herbstnachmittag in Berkeley, jener Universitätsstadt an der San Francisco Bay, in der der Aufbruch der Jugend Mitte der sechziger Jahre seinen Anfang nahm. Etwa 300 Leute haben sich im Peoples Park versammelt, hinter einer kleinen improvisierten Bühne schminken und verkleiden sich Mitglieder der *»San Francisco Mime Troup«,* eine Musikgruppe stimmt die Leute ein, musikalische Mosaiksteine aus Amerika: Yaudeville, Blues, Jazz, Rock.

Wie diese Musik ist auch die Mime Troup ein Stück amerikanische Geschichte: 1959 gegründet, damals der Beatnik-Avantgarde verpflichtet, wandte sie sich in den 60ern den Problemen der rassischen Minderheiten zu, agitierte gegen den Vietnamkrieg. In ihrer Geschichte spiegelt sich die Historie einer ganzen Generation: jene Suche der amerikanischen Alternativbewegung nach Selbstverwirklichung, die zeitweilig in eine bewußt politische Haltung umgeschlagen war.

Doch die Zeiten haben sich geändert. »Warum stirbt in diesem Land alles?« fragt ein Song im neuen Stück der Mime Troup »Fact Person«. Arbeitslosigkeit und Inflation bestimmen die Situation im Herbst während der Präsidentschaftswahlen. Der Anstieg von Kriminalität und Gewalttaten, der Abbau von öffentlichen Dienstleistungen und die Wiedereinführung der Registrierung für den Wehrdienst verstärken die allgemeine Angst vor der Zukunft. Heilsbringer jeder Art haben Hochkonjunktur.

Einer von ihnen ist Milton Friedman. »Free to Choose« - »Wahlfreiheit« heißt sein neues Buch. Es poliert die Konkurrenzmechanismen des reinen Kapitalismus auf und lobt ein freies Unternehmertum, das unabhängig von staatlichen Einflüssen gedeiht.

Im Spiel der Mime Troup wird Friedman karikiert: In ihrer TV-Show »Free to lose« bietet er seine Lehre feil. Doch »Fact Person« punktet ihn aus, sie kann Fakten und Zahlen über die Profite der multinationalen Konzerne nennen ... »Fact Person« ist ein weiblicher Superman, die statt Kraft Informationen zu bieten hat. Immer wenn Menschen mit ihrer Angst und Depression den Verdrehungen der Ideologen ausgeliefert sind, springt sie mit wehendem Mantel in die Szene und hilft mit ihrem Wissen. Schließlich beginnen ihre Kollegen, sich selbst Wissen anzueignen. Sie entwickeln ein Interesse am Erkennen der Zusammenhänge, in die sie verstrickt sind.

Das Stück »Fact Person« hinterläßt Spuren, weil es sich auf die Realität einläßt und gleichzeitig die Phantasie anspricht.

Wo der amerikanische Traum von der Handlungsmöglichkeit des Einzelnen sich als Trugschluß erwiesen hat, verstärkt sich der Wunsch nach Flucht. Eine riesige Medienlandschaft mit Dutzenden von Fernseh- und Radiokanälen ermöglicht die Reise in eine Phantasiewelt. Ermattet von der Undurchdringlichkeit der Gegenwart träumt der Bürger von den alten Zeiten, in denen das Leben und die Gefahren noch überschaubar schienen. Die Realität ist zum Film geworden, zweitklassige Cowboyhelden machen Amerikas Geschichte, in Szene gesetzt von Werbegesellschaften, finanziert von Banken und Konzernen.

Es sind hauptsächlich die Bürger des weißen »Main Stream«, die sich mit diesen Konsumangeboten vollsaugen. Mit der Verschlechterung ihrer realen Lage sind sie anfälliger für Heilsversprechen geworden. Immer neue, sich christlich nennende Sekten vertrösten auf ein besseres Jenseits, wenn man sein Leben nur getreu der alten amerikanischen Ideale gestalte. Die drei Hauptkandidaten für das Präsidentenamt verstanden sich als »born again«, als wiedergeboren. Es gehört zum neuen kulturellen Konsens, den Forderungen der »Moralischen Mehrheit« zu genügen.

Ziemlich klein ist dagegen die Anzahl der Menschen, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. Die Verunsicherungen aufgrund der Verschärfung der internationalen Lage bieten Ansatzpunkte. Nicht vergessen ist die Zeit des Vietnamkrieges. Filme wie »Coming Home« zeigen Wunden, die dieser Krieg im Lande des Angreifers zurückgelassen hat. Neue Atomrüstungspläne wie das MX-Project, das die Sozialstruktur der beiden Staaten Nevada und Utah umkrempeln soll, haben die Sensibilität erhöht.

Mit einer Kampagne, die sich *»Survival Summer« - »Überlebens-Sommer«* nannte, sind Friedensinitiativen wieder in die antimilitärische Offensive gegangen. In allen Staaten der USA wurden Workshops und Hausbesuche gemacht, um Anhänger zu gewinnen.

Auf nationaler Ebene konnte sich die Opposition zwar nicht gerade massiv und lautstark artikulieren, aber an lokalen Demonstrationen, Teach-Ins und Besetzungsversuchen beteiligten sich oft Tausende. Gewaltlose Trainings, die in den 70ern von vielen Kleingruppen durchgeführt wurden, haben den Stil dieser Bewegung geprägt: er ist basisorientiert und vernachlässigt die eigene Persönlichkeitsentwicklung nicht.

Eins der ersten Projekte war das »Mid*peninsula Conversion Projecto* in Mountain View. In dieser Gegend, auch »Silicon Valley« genannt, sind nicht nur große Rüstungskonzerne wie Lockheed angesiedelt, damit verzahnt herrscht dort auch ein Boom der Mikroprozessorenindustrie. Kurzfristig werden viele Arbeitsplätze geschaffen, die nach wenigen Jahren genauso schnell wieder wegrationalisiert werden. Die miesen Arbeitsbedingungen und die überdurchschnittliche Krebsrate sind Tatsachen, die einen Teil der Anwohner zum Nachdenken zwingen. Auch wenn die Rüstungsindustrie sich mehr denn je im Aufschwung befindet, so bleibt dies nicht mehr ohne Widerspruch. Auch Ingenieure haben sich dem Projekt angeschlossen, das auf eine Rücknahme der massierten Rüstungsindustrie drängt, und in den regionalen Verwaltungsgremien drückt die Opposition ihre Bedenken aus. Voraussetzung dafür war und ist eine ständige Analyse von vorhandenen Verzahnungen und Planungen, die in den offiziellen Medien kaum oder nur sinnentstellend vorkommen.

MEDIEN-LAND

In wessen Händen befinden sich die Informationen, wer hat das Faktenwissen und kann es den Betroffenen vermitteln? - So lautet die Frage, mit deren Beantwortung sich entscheiden wird, ob die amerikanische Alternativbewegung eine Chance hat. Schon in den rebellischen 60ern begann man deshalb, alternative Mediensysteme zu entwickeln.

Das bekannteste wurde der »Liberation News Service«, der in seiner Blütezeit bis zu 600 Informationen versorgte.

Seit der McCarthy-Ära strahlt KPFA, der erste ausschließlich von Hörern finanzierte Radiosender der USA, sein Programm aus. 1949 wurde er von dem Journalisten Lewis Hill in Berkeley gegründet. Oberstes Prinzip bei KPFA ist Authentizität; die Betroffenen sollen selbst zu Worte kommen. Man begibt sich in den Alltag, wo er noch spannend ist, und dokumentiert ihn. Gleichzeitig bemühen sich die Macher um einen erstklassigen Nachrichtenservice und sorgfältig recherchierte Hintergrundanalysen. Einige der Journalisten sind inzwischen überregional anerkannt und mit Preisen dekoriert, was immer auch ein zusätzliches Überlebens-Mittel für den Sender bedeutet.

Uni effektiver arbeiten zu können, haben Sender in Los Angeles, Houston, New York City und Washington, DC den Medienverbund »Pacifica« gebildet. Der Konvent der Demokratischen Partei in New York war die erste Gelegenheit, ein Ereignis per Satellit über die fünf Stationen auszustrahlen.

Dadurch gelangten nicht nur die offiziellen Reden von Carter und Kennedy in die Öffentlichkeit, sondern auch all das Gerangel hinter den Kulissen um die Kandidatur. KPFA stand ein Mitarbeiterstab von fünf Leuten zur Verfügung, wo andere Sender 20 bis 25 haben.

DER STRESS BESTIMMT DAS BEWUSSTSEIN

Eine verhältnismäßig kleine Mannschaft mit geringen Gehältern und schlechter Ausrüstung muß sich bewähren in der Umgebung von über zwanzig Sendern, die die Unterstützung von finanzkräftigen Firmen haben. 30 Dollars im Jahr verlangt KPFA von jedem Hörer für ein Programm fast rund um die Uhr.

So gibt es im Herbst und Frühjahr ein- oder zweimal am Tag für eine Viertelstunde einen »Plug«, eine intensive Hörerwerbung. Die Leute an den Mikros beginnen solche »Plugs« gleich nach einem Programm, das die Hörer besonders betrifft. Im letzten Herbst ließen vor allem die neuesten Sprüche von Reagan die Hörer zum Telefon greifen. Die Furcht vor der Reagan-Präsidentschaft motivierte viele, diese Quelle für korrekte Informationen weiter zu unterstützen.

Die Anti-Reagan-Haltung war und ist für die Macher von KPFA der kleinste gemeinsame Nenner.

Darüberhinaus drücken sie aus, was viele ihrer Hörer empfinden: eine mit Gleichgültigkeit gemischte Skepsis gegenüber parlamentarischer Politik überhaupt.

KULTURELLE IDENTITÄT

Die Schwarzen und die Chicanos konzentrieren sich inzwischen mehr auf Nachbarschafts- und Selbsthilfeinitiativen in ihrer »Community«, dem eigenen Stadtteil. Kommunikationszentren sollen helfen, die kulturelle Identität aufrechtzuerhalten, nachdem sie jahrzehntelang vom weißen »Main Stream« ausgegrenzt wurde. Restaurants und Recycling Centers sind erste Ansätze, die materielle Not von einigen Menschen in den Communities etwas zu lindern.

Wenn die Probleme dieser ethnischen Gruppen manchmal doch in der politischen Öffentlichkeit der USA auftauchen, dann nur deshalb, weil die Bedrohung für den weißen Mittelstand zu groß geworden ist. Probleme in den Ursprungsländern der Minoritäten oder internationale Fragen überhaupt, interessieren den Durchschnittsbürger kaum. Zum Beispiel wurde EI Salvador erst ein öffentliches Thema, nachdem vier amerikanische Nonnen dort ermordet wurden. Die 9.000 getöteten Salvadorianer waren kaum zur Kenntnis genommen worden.

Das allgemeine Schweigen aufzubrechen, bleibt Initiativen wie dem *»PeopIes Translation Service«* vorbehalten. Dieser Nachrichtendienst wertet regelmäßig zehn lateinamerikanische und europäische Zeitungen und Zeitschriften aus. Die

wichtigsten Artikel veröffentlicht er in gekürzter und kommentierter Form in seiner monatlichen Zeitschrift *»Newsfront International«.*

Stärker vertreten in der öffentlichen Diskussion als die ethnischen Gruppen sind die »One-Issue-Groups« von Feministinnen und Schwulen, die seit über zehn Jahren mit Demonstrationen und Petitionen auf ihre Lage aufmerksam machen. Ganze Stadtteile werden vor allem in Los Angeles und San Francisco von einer schwulen Identität geprägt. Machen sie oft auch einen ghettoartigen Eindruck - ohne die entsprechenden Slum-Charakteristika - so ist in dieser »Gay Community« doch am ehesten ein Lebensgefühl aufgehoben, das persönlichen Schwierigkeiten einen politischen Ausdruck gibt.

Der in dem Begriff von der »Participatory Democracy« ausgedrückte Wunsch nach einem überschaubaren Gemeinwesen mit transparenten Strukturen ist dort ansatzweise verwirklicht worden. Die Forderungen der Schwulen werden heute in den institutionalisierten politischen Gremien verhandelt. Die Frage, welcher Schwule in den Stadtrat von San Francisco kommen sollte, war im November ein breiter diskutiertes Thema als die Präsidentschaftswahlen.

Wenn heute in den USA das demokratische System überhaupt noch irgendwo funktioniert, dann in diesen lokalen Entscheidungsgremien. Die vom »Main Stream« ausgegrenzten sozialen Gruppen sind es, die den Anspruch der Demokratie für sich mit Leben zu füllen versuchen.

Das Interesse an der Bundespolitik verringert sich mit jeder Wahl, die Wahlbeteiligung im November 80 lag dann auch nur bei 52 Prozent. Noch schlimmer sieht es bei den Wahlen für den Kongreß aus: 1978 beteiligten sich nur knapp 38 Prozent. So sehr uns hier die Wahl von Reagan in die Glieder gefahren ist, darf man nicht vergessen, daß nur ein gutes Viertel der US-Bevölkerung ihn gewählt hat.

Mit dieser Einsicht beginnen auch die Diskussionen innerhalb der linken und alternativen Szene der USA. Schon immer war in dieser Bewegung der typisch amerikanische Ansatz des »Do your own thing« besonders ausgeprägt.

Allerdings ist dies nicht gleichbedeutend mit einem verstärkten Engagement auf lokaler Ebene. Auch wird mit dieser Position nicht auf die Schwierigkeiten geantwortet, die durch die Wahlniederlage vieler fortschrittlicher Kongreßmänner und -frauen entstanden sind. So können sich in den überregionalen Ausschüssen jetzt abweichende Stimmen weniger Gehör verschaffen.

Liberale und Demokratische Sozialisten ziehen daraus die Konsequenz, am Aufbau einer bundesweiten Alternative zu arbeiten. Mit dem *Democratic Socialist Organizing Comitee«* (DSOC)« sind erste Schritte gemacht. Neben den *»Democratic Socialists«* arbeitet in diesem Komitee das *»New American Movement« (NAM).* Diese überregionale Gruppe betont ganz bewußt ihre Verankerung in den Basisinitiativen.

Michael Harrington, der Gründer von DSOC, votiert vehement für eine Mitarbeit in der Demokratischen Partei. Er verweist auf die kontroversen Diskussionen auf dem Nominierungsparteitag in New York. Gerade nach der Carter-Niederlage sieht er innerhalb der Partei eine Offenheit, die den linken Kräften zugute kommen könnte.

Nicht eindeutig verhält sich in dieser Diskussion die *»Citizens Party«* von Barry Commoner, die vor allem Probleme der Ökologie und der sozialen Ungleichheit aufgreift. Zwar hat sie im Wahlkampf versucht, sich als eigenständige Kraft zu beweisen, aber eine Zusammenarbeit mit Teilen der Demokratischen Partei wurde von Commoner nicht ausgeschlossen. Tatsächlich sind gleichzeitige Mitgliedschaften in verschiedenen Parteien in den USA nicht selten.

Die Chancen für eine Einigung innerhalb der linken Szene stehen nicht schlecht, da sich auch bestimmte Liberale, hauptsächlich im Umkreis der Zeitschrift *»The Nation«,* angesichts der Reagan-Präsidentschaft um eine Profilierung nach links bemühen.

Ein wenig Hoffnung nach der großen Enttäuschung in einer Wahl, die keine war, erscheint angebracht, da sich diese ausdrücklich politischen Kräfte ihrer zahlenmäßigen Schwache durchaus bewußt sind. Nur wenn es gelingt, daß sich diese Gruppen und die alternativen Basisinitiativen miteinander verflechten und mehr Menschen ansprechen, kann es für sie ein Überleben unter Reagan geben.

Konkret 02/81, S. 35

Ingo Waßerka

Alle Macht den Radieschen

Ab dem 30. Februar kann man im Bremer Theater sein Bild von der Operette zurechtrücken: Sie kann ganz schön aufmüpfig sein - wie Jacques Offenbachs »König Karotte«

DIE Karotten - die Roten - und die Radieschen (les radicaux) - die Radikalen - sind natürlich an allem schuld. Auch die Grünen - die Gurken - sind mit von der Partie; und dazu das ganze andere Gemüse, vom Rettich über die Runkelrübe bis zum Kürbis. Nachts vornehmlich wachsen sie in aller Stille aus der schmutzigen Erde. »Alle Revolutionäre sind so etwas, das aus der Erde kriecht, wenn man es am wenigsten erwartet.« (Sardou)

Das Volk singt: »Die Regierung ist schlecht! / Sie soll nicht länger uns regiern! / Die Regierung ist schlecht! / Sie ist uns nicht mehr recht!« Ein Polizist antwortet mit schütterem Tenor: »Die Regierung verbietet euch, eine Gruppe zu bilden! « Ein mutiger Bürger, Solidarität im Rücken, beweist Zivilcourage: »Ich protestiere und bleibe!«

Und schon hört man die melodiösen Spech-Chöre enttäuschter Zeitgenossen:

» Wo bleibt das Recht? 0 ich koche!

Die Polizei ist auch nicht gut!

0 welche Zeit und Epoche!

Unser Land, es hat Skorbut!

Die Finanzen sind satanisch!

Auch die Steuern sind beschwert!

Nur die Renten sind spartanisch!

Und das Geld ist nichts mehr wert!«

Die Szene ist PARIS, 15. Januar 1872, Théâtre de la Gaîté: Frankreich hat einen verlorenen Krieg hinter sich, der im Bewußtsein der siegreichen Deutschen unter der saloppen Bezeichnung Siebzicheinundsiebzich weiterlebt, und eine Revolution, die aus dem Bewußtsein der Franzosen und mehr noch der Deutschen bis heute verdrängt wurde. Auf dem Programm dieses Theaters stand die Premiere der Operette *Le Roi Carotte* (König Karotte) von Jacques Offenbach, und der umjubelten Uraufführung folgten 149 Vorstellungen en suite. Die 150. fand nicht mehr statt, denn die Direktion hätte an alle Beteiligten eine vertraglich zugesicherte Prämie ausschütten müssen.

Wie paßt das zusammen, Politik und Operette? Was uns einen Schauer über den Rücken jagt, wenn wir das Reizwort Operette hören, die totale Harmlosigkeit dieses Genres, definiert der Soziologe Arnold Hauser erschöpfend: »Der auffallendste und vom naturalistischen Standpunkt eigentümlichste Zug der Operette ist ihre vollkommene Unwahrscheinlichkeit, der irreale, märchenhaft phantastische Charakter ihrer dahinwirbelnden Szenen. Die Fiktivität ihres Inhalts und die Konventionalität ihrer Verwicklungen und Lösungen sind Spielformen, die jede Beziehung zur Wirklichkeit verloren haben.« Und für all die vielen Léhars und Millöckers, Heubergers und Suppés und Kollos und Dostals und Sträuße trifft das zu; mal sprießt eine Blume exotischer in Hawaii, mal liebt ein Mädl patriotischer im Schwarzen Wald, mal ist das fernöstliche Lächeln folkloristischer, mal das grinsende Duidu hinterhältiger - mit einem scharfen Blick auf den Zustand der jeweiligen Gesellschaft, in der und für die Texter und Komponisten produzierten, haben diese Gebilde nichts zu tun.

Was tuts, könnte man sagen, wäre nicht der Erfinder dieser ganzen unterhaltenden Gattung mit einem Scharfblick begabt gewesen, der seinen Nachfahren, Nachfolgern und Nachahmern die Schamröte ins Gesicht treiben müßte. aus bissiger, zersetzender Satire, eingehüllt in das Belcanto schöner Musik, wurde eine gemütliche, bestätigende Heurigen- und Touristik-Seligkeit. Esprit konvertierte zum Gemüt, und schon war alles verloren.

Jacques Offenbach, Jakob mit bürgerlichem Vornamen, Jahrgang 1819, gebürtiger Kölner, gelernter Cellist, iminigrierter Pariser ab 33, Mitte der Fünfziger Jahre Direktor, Komponist und Dirigent der Bouffes-Parisiens, »erfand« die Operette:

Commedia dell 'arte, opera bouffe, Opéra Comique und Grand Guignol standen Pate. Akteure waren Schauspieler-Sänger, die Offenbach in Kneipen entdeckte und aus anderen Ensembles zusammenengagierte. »Orpheus in der Unterwelt«, »Die schöne Helena«, »Pariser Leben«, »Blaubart« und die nachgelassene Oper »Hoffmanns Erzählungen« gehören noch heute zum Repertoire der europäischen Theater. Von zwei Dutzend anderen Stücken nahm die Nachwelt kaum Notiz. Waren sie nicht kommerziell genug? War er zu brisant? Zu geistreich? Zu unbequem?

Warum Offenbach nach seinem Tod 1880 für ein knappes halbes Jahrhundert in der Versenkung verschwand, ist nie genau untersucht worden. Der Wiener Publizist Karl Kraus, allein am Klavier, zerrte ihn mit der ihm eigenen Zähigkeit wieder hervor: »Ich kann mir denken, daß ein junger Mensch von den Werken Offenbachs, die er in einem Sommertheater zu sehen bekommt, entscheidendere Eindrücke empfängt als von jenen Klassikern, zu deren verständnislosen Empfängnis ihn die Pädagogik antreibt.« Und Kraus fuhr fort: »Eine. Gesellschaft aber, die das Lachen geistig anstrengt und die gefunden hat, daß sich mit dein Ernst des Lebens bessere Geschäfte machen lassen, hat den blühenden Unsinn zum Welken gebracht.«

Die politische Parabel Roi *Carotte* allerdings erregte nicht sein Interesse, zumal es ihm offensichtlich nicht gelang, einen Klavierauszug aufzustöbern. Aber auch Siegfried Kracauers Gesellschaftsbiographie »Jacques Offenbach und das Paris seiner Zeit«, 1937 erschienen, erwähnt den *Carotte* eher stiefmütterlich und unter Hinweis auf eine schlitzohrige Verherrlichung der Restauration, die angeblich durch jede Zeile des Textes spukte.

Schlitzohrig mußte man freilich sein, wenn man der direkten oder indirekten Zensur der Zweiten Republik und des Zweiten Kaiserreichs ein Schnippchen schlagen wollte; und die Unterdrückung Andersdenkender wurde in der Dritten Republik (ab 187 1) unter Präsident Thiers nicht einmal subtiler.

So geht die Geschichte, die im Carotte erzählt wird, notgedrungen verschlungene Wege. Offenbach hatte sich einen prominenten Librettisten ausgesucht: Victorien Sardou, dessen dramatisches Oeuvre schließlich 15 Bände umfaßte, darunter auch das Textbuch zu Puccinis Tosca, gehörte zu den erfolgreichsten Schnellschreibern des französischen Theaters jener Jahrzehnte. Das phantastische Stück, daß er seinem Komponisten lieferte, mußte scheinbar die alltägliche Wirklichkeit verlassen, um sie öffentlich beschreiben zu können: Märchenmotive, darunter zentral E.T.A. Hoffmanns Erzählung *Klein-Zaches, genannt Zinnober,* literarische Zitate und zeitsatirische Anspielungen bildeten die Versatzstücke einer Art von Herrscher-Spiegel in Form einer abenteuerlichen Erziehungsreise. Fridolin XXIV., Regent in einem nichtgenannten Land, dessen Hauptstadt Krokodyne deutliche pariserische Züge trägt, hat die Finanzen seines Staates durch Verschwendungssucht ruiniert: ein Blutsauger, der das ihm anvertraute Gemeinwesen in den Bankrott regiert hat. Um sich und sein Land zu sanieren, steuert er die Zweckheirat mit der reichen, im übrigen recht schlecht erzogenen Cunégonde von Krackausen an. Die Braut hält einer genaueren Prüfung stand, ja Liebe kommt sogar ins Spiel, die Hochzeit wird arrangiert, einem frühen Happyend steht nichts entgegen.

Da kommen die Drahtzieher ins Spiel. Robin-Luron, »ein guter Geist«, mephistophelisches Zwitterwesen in Gestalt eines jungen Studenten (als Sopranpartie komponiert), möchte Fridolin ins Exil schicken, um ihn zu läutern. Aus einem schlechten Herrscher soll, indem er für einige Zeit der Macht entsagt, ein guter werden. Und eine zweite Zauber-Macht zieht am selben Strang, nur in entgegengesetzter Richtung: die Gurkenfee Coloquinte, Crebillons erotischem Roman »Der Schaumlöffel« entlehnt, will Fridolin entmachten, um sich an dessen Vater zu rächen, der sie einst bei der Handwerkskammer wegen Mißbrauchs ihrer Zaubermittel verpfiffen hatte, was ihr zehn Jahre Berufsverbot durch ihre Standesorganisation eingebracht hat.

Diese Frist ist jetzt verstrichen, und so einigen sich die beiden Marionettenspieler, Fridolin abzusetzen. Von nun an zappeln die armen Menschen nur noch nach den Interessen der rivalisierenden Magiere. Und der attraktiven Gurkendame gelingt ein besonderer Coup: aus der dunklen Erde läßt sie eine Heerschar von Wurzelwesen wachsen, die schnurstracks in die Residenz marschieren und Fridolins Hochzeitsball sprengen, allen voran eine besonders voluminös geratene Karotte. Man verjagt den Vampir und krönt die Karotte. Und natürlich verfällt dem rüden roten Charme auch Cunegonde, die Evita Peron aus Krokodynien.

Gejagt von den Häschern des neuen Systems (die dieselben sind wie die des alten), geht es für Fridolin und den einzigen Getreuen, den Minister für Wissenschaft und Kunst, unter Leitung des Lehrmeisters Robin auf eine wilde Reise durch Zeiten und Räume: zum greisen Ober-Guru Quiribibi, einem Faust-Verschnitt in der Habenunach-Studierstube; ins pompöse Pompei des Jahres 79 vor Christi Geburt; in einen unterirdischen Ameisen-Staat; durch ein luftiges Bienen-Reich; auf eine karibische Affeninsel, wo Fridolin endlich die ungetreue Cunegonde vergißt und zur naiv-sentimentalen lyrischen Sopranistin Rosée-du-Soir findet, und man den Affenkönig einfängt, der bei der Rückgewinnung der Macht Schützenhilfe leisten soll.

Die knackige Karotte ist inzwischen zu einem schlaffen, verschrumpelten Angstbündel geworden: Korrumpiert durch die Verlockungen der Macht, angepaßt an die Spielregeln der bürgerlichen Gesellschaft, ist alle Kraft verlorengegangen. Das grüne Büschel auf Karottes Kopf, Insignium ungebrochener Frische, muß mit Blumendraht hochgebunden werden, damit das Volk nicht merkt, wie weit es mit der Mohrrübe gekommen ist. Man munkelt sogar, der Herrscher sei zu Gemüseeintopf verkocht worden.

Da reicht ein Fingerschnipsen, und die Konterrevolution ist in Gang gesetzt. Fridolin wird rehabilitiert. Und die arme Karotte, die sich, geschoben von einem Über-Mächtigen, zu weit vorgewagt hatte, wird zerstückelt. Ein fröhliches

Karotten-Schlachten setzt ein, ein Massaker auf offener Bühne: »Erschlagt den Scharlatan!« singt die versammelte Society: »Das Karottenpack / Trifft jetzt unser Schlag! Ja reißt sie endlich entzwei! Sie sind nur noch roter Brei!«

Daß ein so blutiges Finale als Glorifizierung der Reaktion gemeint sein könnte, dies zu vermuten, dazu gehört eine mächtige Portion Naivität. Denn indem Sardou und Offenbach den Weg von der Republik über den Aufstand der Commune und deren Niederschlagung zurück zur Republik allegorisch beschreiben und den historischen Ablauf nicht korrigieren, muß es doch nicht heißen, daß sie für die Wiedereinsetzung der Republik Partei ergreifen. Die rücksichtslose Darstellung des Gemetzels und die ironische Behandlung der Inthronisation Fridolins weist eher aufs Gegenteil.

Im Detail ist der Chiffrenteppich eng gewoben. Die Tier- und Pflanzenmetaphorik, die in der politischen Karikatur, ausgehend von Grandville und Daumier, eine zentrale Rolle spielte, war Teil einer inoffiziellen Signalsprache, die von jedermann verstanden wurde. Aber auch andere Einzelheiten fordern zum Entschlüsseln auf. Das Zahlenspiel um die Gurkenfee Coloquinte weist auf das Gründungsjahr der Ersten Internationalen hin. Der Interpretationsspielraum ist dabei fallweise groß: steht der Affenkönig für Bismarck oder für die reaktionäre Macht der Presse im Frankreich der 60er Jahre?

Zwingend dagegen erscheint die Analogie zwischen Karotten und Kommunarden. Die Schreckensbilanz der Pariser Revolution von 1871 war knapp acht Monate später, auf der Bühne des Gaite in Töne und Bilder gesetzt. »20.000 Personen, von denen drei Viertel mindestens am Kampfe nicht teilgenommen hatten, wurden erschossen. Der *Boden ist mit ihren Leichen bedeckt,* telegraphierte Thiers an seine Präfekten.

Offenbachs *Le Roi Carotte* trägt die Gattungsbezeichnung *Opéra bouffe-féerie* in vier Akten und 22 Bildern. Das definiert nicht nur den märchenhaften Charakter dieser Operette, sondern die gewaltige Ausstattungsschlacht des Unternehmens. Riesige Tierballette, eine komplette Insektenkunde illustrierend, ein Heer von Statisten, aufwendige Dekorationen, Chor, Orchester und Solisten verschlangen pro Vorstellung 6.000 Francs. Die Effekte aber sollten dem Ganzen die Glanzlichter aufsetzen: Da wird ein Mann vor den Augen des Publikums zerlegt, verbrannt und durch eine Explosion des Ofens zu neuem Leben erweckt; da verwandelt sich eine Gartenbank in einen Alligator und rast mit dem Kriegsminister davon; da steigt ein Hahn aus einem Wappen, läßt den Löwen, den er in seinen Klauen gehalten hatte, los, schnappt sich den Finanzminister und kehrt mit ihm ins Wappen zurück; da verwandelt sich ein Bierglas in eine Granate; da rollt ein Seidenknäuel, wie von unsichtbarer Hand bewegt, über die Bühne.

Daß die politische Satire in diesem optischen und akustischen Feuerwerk nicht unterging, bezeugen die vielen Angriffe gegen Offenbach nach der Premiere. »Es ist eine Schande«, schrieb Clement, »daß derartige Werke unmittelbar nach unserer schweren Niederlage, dem Einfall in unser Land, der Belagerung von mehr als 300.000 Mitbürgern, dem schrecklichen Bürgerkrieg noch ein Publikum finden, und Leute, die noch über Patriotismus und Gefühl verfügen, weinen darüber.«

Die Musik übrigens, von der bisher gar nicht die Rede war, wird von den wenigen, die sie kennen, als meisterhaft eingestuft.

Konkret 02/81, S. 36

Franz Rueb

Bruder zur Sonne, zur Freizeit

Der gewerkschaftseigenen Büchergilde Gutenberg geht es schlecht. Nach fortwährendem Mitgliederschwund und Absinken in die roten Zahlen wurde die deutsche Büchergilde reorganisiert und massiv saniert. Die Büchergilde Schweiz hingegen wurde an eine bürgerliche Firma verkauft.

ZUM 50jährigen Bestehen der Büchergilde Gutenberg im Jahre 1974 gab sie als Jubiläumsschrift die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« von 1948 heraus. Für jeden der 29 Artikel eine großformatige Seite auf gewichtigem Papier mit dreißig Radierungen. Alles etwas hölzern, steif, viel leeres Papier. Die Ausgabe wurde schriftlich bestellt, von Zehntausenden, und überflüssigerweise auf die heimischen Bücherregale gestellt.

Das war und ist die Büchergilde Gutenberg, vor fünfzig Jahren aus der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen, 1933 eines der Opfer des deutschen Faschismus - 1974 reicht es gerade noch zur Publikation der »Menschenrechtsdeklaration«. Nebenher zwei kleine Public-Relation-Texte: Geschichte der Büchergilde in Stichworten, der eine trägt die Überschrift: »Stille Wasser sind tief« und hebt an: »Ein Wunder wäre es nicht, wenn sie von ihr noch nichts gehört hätten: Lautstärke ist nicht die Stärke der Büchergilde Gutenberg«. Ist das Tiefstapelei, der beim reformistischen Teil der Arbeiterbewegung oft zu bemerkende Minderwertigkeitskomplex oder einfach Stümperei?

Was hat die Büchergilde im Rahmen der sozialdemokratischen Arbeiterbildung in einem halben Jahrhundert erreicht? Ist die Büchergilde heute noch für die Bildungsinteressen der Arbeiterschaft aktiv? Ist die Gilde im Bewußtsein der Werktätigen präsent? Ist sie überhaupt noch in die Arbeiterbewegung integriert?

Mit Fragen dieser Art macht man sich keine Freunde, gleichwohl sind sie zu stellen. Das betrifft viele Zweigorganisationen und alte Einrichtungen der Arbeiterbewegung, wie zum Beispiel die Genossenschaften, die Kulturverbände und dergleichen mehr. Man fällt nicht der Bewegung in den Rücken, wenn man sich kritisch mit dem geistigen und organisatorischen Zustand ihrer Institutionen befaßt. Und man ist noch lange kein Traditionsfetischist, wenn man die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften sowie deren Instrumente auch nach ihrer Geschichte, ihrem ursprünglichen Programm und ihren Zielen mißt.

*

Am 29. August 1924 beschloß der Vertretertag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker im Leipziger Volkshaus die Gründung der Büchergilde Gutenberg mit dem Ziel: »Bücher geben, die Freude machen, Bücher voll guten Geistes und von schöner Gestalt, Bücher, die wir lieben dürfen ihrer inneren und äußeren Echtheit wegen«.

Der Gründerkern der Gilde, ihre wichtigsten Stützen über die Jahrzehnte, waren Setzer und Drucker. Ihnen ging es in erster Linie darum, die »Tradition Gutenbergscher Buchkunst« wieder aufzunehmen und »das Heim des Arbeiters damit zu schmücken«. Ihre »Pflege der Buchkultur« sollte die »vom Niedergang der Stilformen bedrohte Buchkultur wieder auf festen, klaren Boden stellen ... « Daraus entsteht eine der wenigen noch heute sichtbaren Eigenheiten der Büchergilde: die großformatigen Bücher mit schönem Schriftbild und sorgfältigem Satz. Bücher , die allerdings offensichtlich auf Repräsentation angelegt sind und vor allem das Bücherregal beschweren.

Diese Zitate sind keine willkürlichen Rosinen. Sie treffen das Nervenzentrum der Gildisten. Als ich in der Gilde-Geschichte wühlte, überraschte mich die fast komplette Abwesenheit von Bildungspolitik, von kfassenkämpferischem Kultur-Gedankengut. Nein: »Bücher, die wir lieben dürfen! « Allerdings: »Ihrer inneren und äußeren Echtheit wegen!« Mit der inneren Echtheit ist auch schon fast das ganze politische Programm abgedeckt.

*

Politisch scheint denn die Gilde stets über den Auseinandersetzungen zu stehen. Sie macht oft einen weltfremden Eindruck, ist in sich versponnen. Selten bezieht sie klare Position zu politischen Ereignissen, kaum je bekennt sie sich eindeutig zur Arbeiterbewegung. Sie versteht sich als »Familie«. Dadurch vergibt sie die Chance, sich als Instrument der politischen Aufklärung und Erziehung einzusetzen, eines jener Versäumnisse, die 1933 die Zerschlagung aller sozialistischen und demokratischen Institutionen erleichtern. Und selbst in den Ausnahmefällen, in denen auch mal politisch argumentiert oder gar gekämpft wird, bleibt die Büchergilde brav und blaß. Zwar war die Büchergilde antifaschistisch, also in dem verschwommenen Sinn, wie das für die Sozialdemokratie üblich war. Vertreten hat sie ihren Antifaschismus kleinlaut, unklar, sparsam. In den Zeitschriften-Jahrgängen bis 1933 sind lediglich an einer Hand abzuzählende Hinweise auf die faschistische Gefahr zu finden.

Das Zeitgeschehen tritt überhaupt nicht auf. 1932 erscheinen noch einige auf das Proletariat gezielte Bücher, der Roman »Klasse im Kampf« und der Bergarbeiterroman »Der Streik«, anfangs 1933 Plechanows »Marxismus und Geschichte« zum 50. Todestag von Karl Marx. Danach gibt die Büchergilde im Zürcher Exil wild durcheinander antifaschistische, sozialistische, aber auch antikommunistische Bücher heraus. Scholochow wird zum Bestseller; die Affäre Dreyfus, der

spanische Bürgerkrieg werden wenigstens in je einem Buch behandelt. Doch die repräsentativen, progressiven modernen Schriftsteller fehlen zum größten Teil. B. Traven steht während Jahren im Mittelpunkt, er ist ihre Entdeckung, mit seinen - Büchern profiliert sie sich. Derselbe Traven aber wird 1939 gegen die »bürgerlichen Praktiken« der Büchergilde polemisieren und sich von ihr trennen.

Als die Gilde in Zürich von 1933 bis 1945 selbständig war und sich zum Ziel setzte, die große humanistische Literatur gegen die Barbarei zu verteidigen, tat sie dies unbeweglich, phantasielos, politisch ängstlich. Es fiel ihr nicht ein, die Werke der deutschen Emigranten aus den Schubladen zu holen und sie zu verlegen. Der erste und lange Zeit einzige war Arnold Zweig. Nicht einmal die deutschen Arbeiterdichter der zwanziger Jahre können sich an die Büchergilde halten. Die meisten und die besten von ihnen veröffentlichen in sozialistischen und kommunistischen oder sogar in antifaschistisch-linksliberalen Verlagshäusern in London, Paris und Moskau.

*

Die Programm-Definition aller Buchklubs ist etwa die gleiche. Man bietet etwas Klassik an, die Büchergilde vielleicht etwas mehr als die andern, moderne Literatur dosiert, die Gilde auch ein paar gemäßigte linke Autoren, sodann Biografien, ein paar populäre Sachbücher, Jugendbücher, »gute Unterhaltung« mit Schwerpunkt Simmel, Konsalik und Ähnlichem. Kleine Unterschiede sind mit viel Mühe herauszupräparieren, wesentliche wohl kaum. Es sei denn, man vergleiche die Positionen auf dem Markt; da sind die Unterschiede riesig. Die Kataloge aber sind beinahe austauschbar, die Anpassung der Büchergilde an die bürgerlichen Buchklubs ist fast total. Ihre Niederlage im Konkurrenzkampf ist die Folge der Anpassung.

*

Welche sozialdemokratische Institution oder gewerkschaftliche Einrichtung man auch untersucht, man kommt fast immer auf die gleiche historische und politische Feststellung: der große Abstieg erfolgte zwischen 1950 und 1965, also in der Zeit des Kalten Krieges, den die Sozialdemokraten gehorsam mitgemacht haben, obwohl auch sie in der Kälte schlottern mußten. So hatte beispielsweise die Büchergilde Gutenberg im Jahre 1947 in der Schweiz noch rund 200.000 Mitglieder, Ende der sechziger Jahre waren es noch 30.000, heute sind es nicht einmal mehr 20.000 Mitglieder.

In der Bundesrepublik sind die Vergleichszahlen für die Büchergilde zwar günstiger, die Entwicklung im Konkurrenzkampf aber ist die gleiche. Qualität und weltanschauliche Fixierung seien nur noch bedingt möglich, hört man. Die alte Qualitätstradition der Gilde habe nicht mehr dem Publikumsgeschmack entsprochen. Die Gilde habe zunehmend an den Konsumbedürfnissen vorbeiproduziert. Im Konkurrenzkampf gegen kapitalistisch geführte Unternehmen sei die genossenschaftliche Struktur vornerherein im Nachteil. Das Management sei oft nicht professionell. Durch eine häufig beobachtete Inzucht im gewerkschaftlichen Bereich fehle es an Führungsqualitäten und Durchsetzungsvermögen. So jedenfalls ein Verwaltungsratsmitglied in Zürich.

*

Die deutsche Büchergilde, die von. 1933 bis 1945 in der Schweiz überwintert hat und nach der Zerschlagung des Faschismus in Frankfurt am Main neu aufgebaut worden ist, übernahm 1966, also etwa am Ende des Kalten Krieges, die dahinsiechende Schweizer Büchergilde und degradierte sie zur reinen Auslieferstelle. Dabei habe die Zentrale in Frankfurt die strukturellen Unterschiede zwischen der Schweiz und der BRD falsch eingeschätzt oder überhaupt nicht berücksichtigt, meint der einzige Schweizer Vertreter im 12-köpfigen Verwaltungsrat. Das Absatzgebiet Schweiz wurde von Jahr zu Jahr uninteressanter. Die Mitgliederzahlen gingen weiter zurück, die Defizite wurden größer, zuletzt, im Jahre 1979, betrugen diese bereits gegen eine halbe Million Mark. Ins Rollen jedoch kam die Liquidierungspolitik erst 1978, als die deutsche-Gilde selber erstmals in die roten Zahlen geriet. Bisher hatte sie trotz der Deckung der Schweizer Defizite noch jährliche Überschüsse von bis zu 300.000 DM erwirtschaftet. 1979 stieg das Gesamtdefizit bereits auf eine Million Mark.

Die Eltern in Frankfurt konnten nun das Stiefkind in Zürich erst recht nicht mehr lieben, als es ihnen selber schlecht ging, und sie taten alles, es loszuwerden. Lange genug hatten sie es durchgefüttert.

Der Verwaltungsrat in Zürich erarbeitete ein Gutachten, analysierte die betriebswirtschaftlichen Schwächen und reiste mit einem Sanierungskonzept nach Frankfurt. Die Zentrale lehnte eine »Lösung Schweiz« ab und erklärte, es komme nur eine »Gesamtlösung« in Frage. In Frankfurt war Hektik ausgebrochen. Man dachte sogar daran, die 'Zusammenarbeit mit Bertelsmann zu suchen, nahm Gespräche auf, die Büchergilde-Manager hatten ausgearbeitete Vorstellungen und Vorschläge in den Aktenköfferchen. Entrüstung und Rumoren in gewerkschaftlichen Kreisen der BRD. Die Basis allerdings wußte davon noch nichts. Der Kampf tobte in den Chefetagen hinter verschlossenen Türen von Gewerkschaftsfunktionären und Managern der Büchergilde und der Bank für Gemeinwirtschaft.

Aber das Steuer wurde noch einmal herum geworfen. Ein Restrukturierungsplan beschloß eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,5 auf 3,5 Millionen Mark, eine Investitionssubstanz von 4,5 Millionen Mark zur Verbesserung der einzelnen Ladengeschäfte. Man richtete eine Marketingabteilung ein, sanierte die Mitgliederorganisationen, rückte von der

Anlehnung an Bertelsmann ab, verstärkte das Management sowie die »qualifizierte Finanzkontrolle« über die Bank für Gemeinwirtschaft. Nur der »Geschäftsbereich Schweiz« sollte bald über die Klinge springen. 1979 ließ die Zentrale verlauten, die Schweizer Defizite könnten nach 1980 nicht mehr übernommen werden.

Damit war dem Züricher Verwaltungsrat klar: er mußte einen Partner suchen. Die Schweizer Einzelgewerkschaften und der Gewerkschaftsbund kamen nicht in Frage. Man suchte nach einem kooperativen Partner und fand das Buchzentrum in Olten (Auslieferungsstelle von Büchern). Als die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß standen, knallte die Zentrale in Frankfurt die »unmögliche Forderung« von 1,5 Millionen Mark auf den Tisch. Nur mit Mühe konnte man die Verhandlungen noch einmal ankurbeln und »alles zum guten Ende« führen.

Das gute Ende: eine Entschädigung von 150.000 Mark und ein Aktienkapital von 100.000 Mark, ein Kooperationsvertrag zwischen Olten und Frankfurt, der vorsieht, daß Olten das ganze Sortiment von Frankfurt in der Schweiz vertreibt. Mit der gestorbenen Rest-Büchergilde in der Schweiz wurde ein Übernahmevertrag abgeschlossen, der den Schweizerischen Gewerkschaftsbund mit 40 Prozent an der neuen AG beteiligt. Die Geschäftsstellen werden aufgehoben, die verbleibenden treuen Büchergilde-Mitglieder werden von Olten mit Titeln aus Frankfurt beliefert.

Nun ist sie also begraben, die gute alte Genossin Büchergilde Gutenberg. Sie war schon lange gebrechlich und fast vergessen gewesen.

Konkret 02/81, S. 40

Horst Tomayer

Tomayer, wünsch dir was

Wie man bei der Flucht vorm Weihnachtsrummel vom kalten Regen in die warme Traufe kommen kann

ES begab sich aber zu der Zeit, da Schmidt Landplage war in Germanien, daß die Geburt des Kindes sich jährte zum eintausendneunhundertundwerweißwievielten Male. Da sprach der Herr: Tut mir leid und meinem Sohn den Gefallen: Fällt elf Millionen Fichten und fünf Millionen Tannen und schont nicht die Kiefer. Darauf setzet Kerzen, elektrische. Siebzig Millionen Mark aber gebet für Schmückschnack. Attacke! Es sollen dreißig Milliarden, das ist die Höhe, erklingeln zur Ehre, und Ihr sollt Euch beglücken mit *Jean Weilands goldener IWC-Taschenuhr mit ewigem Kalender, Mondphasenanzeiger und Schlagwerk,* für 170000, und mit *Pelzschneider Dieter Zoerns weißem, bordeaurot eingefärbtem Hermelin* für 30000. *Diätknabberkürbiskerne der neuen Ernte, kräftigend die Vorsteherdrüse,* sollt Ihr Euch schenken, (aus dem Hause *Fuchs zu 6454 Bruchkübel)* und Freude füge Euch zu die *bunte Leuchtkugeln schleudernde Stalinorgel,* Taiwaps Pyrotechnik stolze Innovation. Reicht Euch die *Sieben Gedenkkarten, Der Papst in Deutschland, in Color* oder *mit Papstsignet,* von *Phileurope Mainz,* überrascht Euch mit *historischen Wertpapieren* vom *Ersten Wertpapierantiquariat R. Ullrich zu* Bochum. Du aber, Tochter, sei gebenedeit, die Du *Andy Warhols handsignierten pinkfarbenen Satinrock, Größe* 36, aus dem Besitz derer unter Telefon 0711/731154, überstreifst in der Heiligen Nacht.

Und da die Familie Wieland aus Marktdorf in den Bergen und der Clan der Vespers zu Hamburg darbten, befahl der Herr seinem gläubigen Knecht Springer: Verschaffe ihnen ein *Goldenes Weihnachtsfest.* Und Springer gehorchte. Und Frau Vesper entzückte *eine Weißgolduhr* und die Wielands strahlten über die Backen und die *Polstergarnitur* ins »Bild«.

Und in der Provinz Metastasien lebte eine Frau, die tat Gutes an den Aussätzigen. Zu der sprach der Herr: Ich will machen, daß eine *Frau aus Lübeck und ein Mann aus Timmendorf* dir *drei Häuser vererben, rotgeklinkerte und mit spitzen Giebeln* und deren Verkehrswert ist *eine Million.* Und ich will ferner rühren einen Tischler, daß er dir schnitze eine *Truhe* und eine Frau soll dir *stricken Kindermützen im Dutzend* und wieder eine Frau dediziere dir *ein vergoldetes Mokkaservice.* Da klatschte die Frau, welche Scheebs gerufen ward, in die Hände und pries des Herrn Karzinamen.

Und der Herr sah sich um in Geranien und sein Auge ruhte auf den Hirten, welche die Schafe weiden auf dem Bildschirm. Und er belohnte den Krimasseur Horst Derrick-Deppert mit Kissingers Memoiren (»Das Buch hilft mir, die Linie seiner Politik zu begreifen«). Und der Herr sprach zu Gotthilf Fischer und sin Fru: Besuchet am hl. Abend die *Gräber der Eltern,* dann aber, Frau, koch zuhause *Kartoffelsalat und Saitenwürstchen!*

Und ein Raunen ging durch das Volk, denn der Stammes-Älteste rief den Jungen zu: »Vertrauen Sie nicht den falschen Propheten, die Ihnen ungehemmten Lebensgenuß als das eigentliche Ziel hinstellen, sondern über Sie auch etwas Selbstdisziplin!« Und der Sommerauer, der Wortmächtige, sprach: »Ich wünsche uns, daß wir uns zueinander öfters so verhalten wie wir uns anreden: Freund, Bruder, Nachbar, Genosse, Kamerad.« Und des Herrn Auftrag erging an Lohse, der Evangelischen Kirche in Deutschland Erstem: Entgegne die Frage »Kann uns Jesus heute noch trösten?« sechsspaltig in »Bild« vom Vierundzwanzigsten Zwölften. Und Lohse hub an: »Ja, Jesus kann.« Und er fuhr fort: »Für die Weihnachtszeit und für das kommende Jahr empfehle ich, doch wieder einmal die Bibel zu lesen - und wenn es nur ein Spruch am Tag ist. Versuchen Sie morgens oder abends, wenn Sie allein sind, mit Gott zu reden.«

Und des Herrn Segen ruhte auf Andrea Jürgens Festtagsplatte »Meine zwanzig schönsten Weihnachtslieder« und es gingen eine Million Stück über den Tresen. Und zu Ehren des Kindes sprangen beim 51. Weihnachtsschwimmen in Genf die Sportler in die eisigen Fluten, und Bill Mc Kay, Vizepräsident der American Research Corporation kabelte dem Herrn: »Schon in sechzig Städten des Staates Kalifornien liegen christliche Branchenverzeichnisse den Telefonbüchern bei. stop. Beispiele: 'Suchen Sie einen Schlosser? Der Herr wird Sie führen.' stop. 'Hausverkauf ist mein tägliches Brot, doch der Herr ist mein Leben.' stop. Tony Hoover erschienen im Traum Sporthemdchen, verziert mit einer Taube, dem Symbol des hl. Geistes. Er gründete darauf einen Konfektionsbetrieb und gab ihm den biblischen Namen 'Johannes 1 - 10'. Non stop ... «

Und da der Herr sah, daß urbi und orbi es gerichtet war in seinem Sinne, sprach er: Tomayer, wünsch dir was. Der aber barg sein Haupt und bekannte: Herr, ich bin voller Schuld, daß ichs also nicht verdiene. Da sprach der Herr: Hah, Du Blaupause Hiobs, meinst du, ich habe dich in vorjahrs heiliger Nacht nicht solo Jogging treiben gesehen an Berlins Avus, wie die. Depression es befahl? Wisse: Getilgt bist *du* aus deiner einstigen Gattin Zärtlichkeitsverteiler auf ewig und Freunde gehn im Kasus deiner Not zehn auf ein Butterbrot. Flieh, when the Saints schneematschin in, Christmaskoller, Silvestersuff- und puff und Ente, Gans und das siebenfach tote Fleisch des Puters, das Gebell der Glocken und der Festlichter faden Glanz. Finde Ruhe und Frieden unter Sonne im Süden!

Da haste vorm Torschluß nen Spesenvorschuß, und jetzt hau ab - denn der von Bülow in Bonn hat ein 28-Milliardendefizit in der BRD-Zahlungsbilanz entdeckt mit einem Auslandsreisenstop zu stopfen, der Mutige!

Ich da unten.

Das ganze Jahr über haben wir vier geschuftet für vierzig. Jetzt, das letzte Dezemberdrittel bricht an, macht Papa Pause mit Pepsie. Konsul Weyer (Orden en gros gegen bar) startet (Herrenflieger) mit einer Cessna nach Argentinien. Architekt Garski (Spezialist für Senatsumbauten) bucht (incl. 13% Braut) die Bahamas. Kanzler Schmidt (von der Anmisterei der Nachrüsterei stocksauer) und meine Unbedeutendheit (kein Gramm Neutronenbombe plus, Sauerei!) steuern Kurs Kanarischer Archipel, ein für »überreizte Europäer«, wie der Pforzheimer Reiseschriftsteller Helmut Aschbacher präzise schwärmt, »erfolgversprechendes und beglückendes« Entspannungsterritorium wie sonst keins unter der - ja da kommen wir noch drauf zu sprechen: Sonne!

In der Wundesbär, PARDON: Bundeswehrmaschine wär noch ein Plätzchen frei und vakant ist auch eine Schlafstatt im Ferienbungalow des Konzertpianisten (C-DUr) und Kanzler-Freundes Justus Frantz auf Gran Canaria. Doch da kann Altruist Sommerauer noch so insistieren, daß wir uns öfter beim Namen nennen sollten, Mitmensch, meinethalben: Der Sozialdemokrat Schmidt nimmt den Genossen Tomayer nicht mit. So quetsche ich mich in Berlin in eine bis auf die Tragflächen ausverkaufte Charter-Boing. Lanzarote. Noch über DDR-Festland werden wir in die Handhabung des See-Rettungsgeräts eingewiesen. Der Haken bei den Grundrechten in unsrer Republik ist immer jeweils ein Gesetz, das »das Nähere regelt«. Da hoffe ich, daß es bei der Schwimmweste nicht der Sturz in den Atlantik ist.

Nach einer Umfrage von Allesinallembach kennen 99,7 Prozent der KONKRET-Leser die geographische Lage der Kanaren (ethymologische Bezüge zum gleichnamigen Vogel sind nicht ausgeschlossen), deren geologische Verfassung und anderen gnostischen Kram. Jedoch nur zwei Prozent (der Rest ist zu gleichen Teilen auf Fichtelgebirge und Bildungsurlaub in der SU abonniert) blicken auf Anschauung vor Ort zurück. Hallo, vorgenannte Mehrheit, Dir sei der folgende Versuch der nicht rückstandsfrei entindividualisierten Hommage a Lanzarote gewidmet.

Was auch die Beförderungs-, Beherbergungs-, Verköstigungs- und Unterhaltungskapitalien, Langweiler durch die Bank, dort anstellen: Boutiquenketten und Frikadellenstätten, Hotellerie a lá sä la vie, Berliner Weiße und Discothekenscheiße, Is was leque/stop mit Eurocheque, Kies/ge/harkt - zum /Su/per/markt, Taxistand am Atlantikstrand - die Kollegin Natur läßt sie mit Vorkriegsqualität zu Friedenspreisen blaß aussehen. Die Sonne fährt auch werktags ihre Achtstundenschicht; Regenwolken, die der Passat über die Insel treibt, geht an den mickrigen Bergstummeln keine ab; die Wintertemperaturen dort schmunzeln über den Vergleich mit den Sommerhits hier. Samt und sonders seidig ist die Luft - auch wenn die Frittenfettfahnen in den deutschdominierten »Urbanisationen« knattern ... Und und aber und überhaupt: Der Aufzug der Arbeitgeberin Natur beschämt die Industriegewerkschaft Mensch, keine modischen Flora-Fummel, kein Schwarzwaldschwulst, kein Heidelberger Heckmeck, lavanackt liegt Lanzarote da und zwingt die Freizeitfreier, als (ad libitum) Strand /Sackratten Kontur zu bekennen.

... traten die Inseln in das Licht der Weltgeschichte, als sich der von der roten Regierung nach Tenerife strafversetzte. General Franco am 17. Juli 1936 im Wald von Esperanza mit seiner Garnison versammelte und dort die Erhebung gegen die rote Republik beschlossen wurde... (Der Reiseschriftsteller Aschbacher in seinem Gran Canaria »Führer«).

Nein, nicht am Tresen, auf der dem Passat abgewandten Sonnenterrasse der 1000-Betten-Burg Playa Grande (auf halbem Weg zwischen Airport Arrecife und Fischerdorf Porto del Carmen) ist mein liebster Platz. Zwischen den Mahlzeiten, nach Strandtrab, gemischtem Doppel auf der Betonpiste des Tennis-Courts, nach ein paar Runden im salzigen Pool ziehts mich hin zum Longdrink sit-in. Oh makelloser Mikrokosmos der Republik: Da wandern die wenigen »Bild«-Exemplare frisch vom Vortag von Leser zu Leser, der da tischt den Polenfeldzug auf, jene schimpft auf die Japaner, die Mütter nörgeln mit den Kindern und den Kellnern. Ei gucke, der Mittsechziger aus dem Nordrheinwestfälischen. Da könnt ja jeder sagen, er feiere hier Ferien, nein, erst mit der heimischen »Freizeit-Revue« wird das Vergnügen komplett. Immer einen halben halben Liter in der schwieligen Hand (»da kannste ne Zigarettenkippe drauf ausdrücken!«) - der Akkord-Stukkateur aus dem Sauerland. Frank, der Werbeflächen in den Amateur-Sportstadien in HH und Schleswigholstein verkauft, sitzt auch dabei.

Da - in mächtigem Einteilerbadeanzug - kommt Anni, Eidgenossin (Bern), Oberschenkel wie eine siebzigjährige Eiche und so betagt wie kregel. »Darf ich mal?«, fragt sie und schnappt sich die »Süddeutsche«. Den, »Essä«, sagt sie zu einem Aufsatz Dürrenmatts, überblättert sie, ihre ausgeschlafenen Äuglein huschen über die Notierungen der Zürcher Börse, bis sie findet, was sie sucht: Die Swissair. Gott hab ihn selig, den Gatten, der der Eidgenössischen Post als Materialverwalter vorstand und ihr ein Einfamilienhaus, zwei Renten und eine Schere für die Swissair-»Cchhuppos« hinterließ. Drei Monate macht sie holyday auf dem Archipel, mal auf Gran Canaria, mal auf Fuerteventura, mal auf Lanzarote. Und seit sieben Jahren ist der geborene Schlesier und Tischlermeister Willi ihr ständiger Begleiter. Ach, war das ein Sechser im libidinösen Lotto seinerzeit: »Wir haben da beide Schaufenster angeschaut, wo man Appartements verkauft, ich hab mich interessiert für ein Appartment, er hatte sich interessiert, und er hat gesagt: Ja, ganz schön, aber wenn man alleine ist, und ich war grad damals sieben Wochen Wittfrau und er sagt: Ja, bei mir ist es gleich, da hat er mich am Abend im Hotel abgeholt und seitdem ... «

Heiligabend. Welch, ja: himmlische! Ruhe. Ski und Rodel: Schlecht. Tagesordnung as usual: die Bälle zischen übers Netz, der Pool gluckert, Herr Ober ein Bier, eine Runde Skat, die Sonne kiebitzt. In der Lounge kreist eine Weihnachts-LP des Entertainerehepaars Cindy und Camenbert. Ums eingeflogene Fichtenbäumchen gruppiert: Kinder mit Muttis (die Vatis schnorcheln Osborne). Vor ihnen ein Pappteller mit Zuckerzeug, eine Geste des Hauses. Die Gedanken sind frei: Wie siehts aus zuhaus in dieser heure bleu? Das ist ganz sicher: James Last wird sich in der Hamburger St. Michaelskirche gleich an Mozart und Händel vergreifen. Aber was macht Fernet-Branko Zebec? (Beckenbauer, Beckenbauer, warum hast du ihn verraten?) Bechert er einen? Legen Erich und Margot in Pankow die Bach-Platten auf, die ihnen Karl CarsteNS als Return für einen Schwung DDR-gepreßten Beethoven servierte? Hallo, 0571/21829, Sie suchten doch für Ihr »Privatmuseum« »Orden vom 1. und 2. Weltkrieg«. Hat das geklappt mit dem Reichsmarkritterkreuz für 2.000 Deutschmark? Hallo, Reinhilde und Walter Schmidt in Sonnenmoos, Rottach-Egern: Gebt ihr auch heute »LLL (Langläufer Leben Länger)-Medaillen« für Ski-Wanderer aus? Hat sich der Weihnachtswunsch der im östlichen Niedersachsen mit der Planung und dem Bau von Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle beauftragten Gesellschaft« erfüllt (ein Volljurist für den Bereich »Recht/Versicherungen/Steuern«)?

Darf ich mir was wünschen? Ach, ich wollt ich wär Sitzredakteur einer Canaria-Gazette (deutsche Alphabeten hats das ganze Jahr über genug). Darf ich um Titelschutz bitten: Atlantikwellensittich? Wer gibt Kohle? Wer macht mit? Bitte melden!

Konkret 02/81, S. 42

Johannes Schenk

Volker v. Törne

magazin: kultur

Sylvesternacht ist der Dichter Volker von Törne an den Folgen einer Gehirnblutung gestorben, auf einer Lesereise anläßlich der Friedenswoche.

Er hatte sich immer zuviel zugemutet, in der Aktion Sühnezeichen, für die er fünfzehn Jahre gearbeitet hat.

Aufgewachsen in der deutschen Mörderzeit, schrieb Volker von Törne gegen das Vergessen, schrieb in Reimen, kunstvollen, und ist wohl einer der wenigen zeitgenössischen Dichter, der sowohl pralle als auch düsterbarocke Sonette zu dichten verstand.

Volker von Törne schrieb im 14. Sonett der »Friedenauer Himmelfahrt«:

Dem, der dir Verse brannte auf den Leib
Ein Troubadour des blutigsten Jahrhunderts
Verzagt und zornig - ach, wen wunderts
Daß ich seit langem keine Briefe schreib

Ist dem zu helfen, der mit weißem Kragen
Seit fünfzehn Jahren täglich im Büro
Für ein paar Piepen drischt das leere Stroh
Im stummen Mund die Zunge voller Fragen

Bleibt ihm vom Leib mit euren Medizinen
Dem Hungerleider, der im Steinbruch stand
Und ließ den Hammer auf dem Meißel klingen

Ein Doktor wird an ihm nichts mehr verdienen
Füllt ihm getrost den stummen Mund mit Sand
So wird er euch das Lied der Lieder singen

Wenn Volker von Törne aus seinen Friedenauer Sonetten vorlas, klatschten alle, und Volker freute sich und ich mit ihm. Und nun holte die Wirklichkeit, die grausame des Lebens, die Gedichte ein, das was drinsteht, und mir läuft es kalt den Rücken hinunter:

Denn gute Gedichte betrügen nicht, geschweige denn lassen sich betrügen. Volker von Törne hat seine Gedichte nie betrogen, und auch sein Gedächtnis nicht. Er hat sich in Deutschland ausgesetzt wie wenige, nämlich dem Widerspruch, der darin liegt, in einem Lande zu leben, dessen gräßliche Vergangenheit immer wieder aus den mühsam (oder nichtmal mühsam) von den vergeßlichen Zeitgenossen zugehaltenen Löchern pufft und dem Wunsch nach einem befreiten Leben, dem Stückchen Utopie der Liebe und dem geflohenen Kindertraum.

Klagelieder hat er geschrieben gegen die Verdrängungen in diesem Land: Und diese Verdrängungen hat er nicht nur beim Spazierengehen, auf der Straße oder in Cafés und Kneipen erfahren, er hat sie gespürt in der täglichen Arbeit mit der Aktion Sühnezeichen, auch nach durchwachten Nächten war er morgens immer pünktlich in seinem Büro anzutreffen, wo er arbeitete. Oder er reiste nach Polen oder Frankreich, zu realisieren im kleineren, worüber im großen andere so oft nur geredet haben: Das Einandernäherkommen.

Was, wenn ich hier die Leute den Mund auftun sehe und höre, wie sie reden, oder die Schlagzeile der Zeitung morgens mich schon wieder müde macht, für Volker von Törne, nehme ich an, oftmals eine Sisyphosarbeit gewesen sein muß in Deutschland; aber er hat den Stein unermüdlich von neuem hochgewälzt. Und das hat ihm das Leben gekostet.

Das er so sehr geliebt hat und in bitterschönen Versen beschrieben.

Ich traure um Dich.

Berlin, Januar 1980

Konkret 02/81, S. 42

magazin: kultur

Hin und her:

Johames Paul, geb. Woityla

Zu dem Artikel »Frau Direktor läßt grüßen« in KONKRET 1/81 ging uns - per Post - eine Anfrage von Radio Bremen nach Identität und Wohlbefinden des Autors und - abgedruckt in »Bild am Sonntag« die folgende Gegen- und anschließende Darstellung zu:

GEGENDARSTELLUNG

In BILD am SONNTAG vom 14. Dezember 1980 heißt es, am Tage nach Beendigung des Papstbesuches habe Radio Bremen ein Lied gesendet, darin sei das Oberhaupt der Katholiken verspottet worden als »der Mann, der nach Rom kam und sich den Künstlernamen 'Johannes Paul II.' zulegte«.

Die Überschrift dieses Artikels lautet: »Biermann verspottet den Papst. «

Diese Behauptung ist unwahr.

Es gibt weder ein Spottlied noch ein Gedicht, es gibt bisher keine öffentliche Äußerung von mir über Papst Johannes Paul IL

Hamburg, den 19. Dezember 1980

Wolf Biermann

Dazu stellt BILD am SONNTAG fest:

Der kommunistische Liedermacher Wolf Biermann hat zwar nicht den Papst verspottet, wie BILD am SONNTAG am 14.12.1980 versehentlich in der Überschrift berichtete. In der Sendung »Pop-Karton« von Radio Bremen wurde ihm jedoch die Gelegenheit geboten, sein Hetzlied vorzutragen: »Heil Hitler, deutscher Wandersmann«. Ein Hörer von Radio Bremen hatte deshalb gegen Biermann Strafanzeige erstattet.

BamS 28.12.1980

Dazu stellt wiederum KONKRET fest:

Zwar hat sich »Bild am Sonntag«, die sich in Hamburg den Künstlernamen »unabhängig und überparteilich« zulegte, nicht selbst verspotten wollen, diese Behauptung wäre unwahr, richtig ist vielmehr, daß es, speziell über Johannes Paul mit dem Mädchennamen Wojtyla und Karl Carstens mit dem Pseudonym Demokrat, aber auch über Wolf Biermann mit der Hausnummer kommunistischer Liedermacher, bisher keine Äußerung von ihr gibt, wegen der ein aufmerksamer Leser nicht in öffentliches Gelächter ausbrechen müßte.

Das wiederum haben wir immer behauptet.

Papierkorb

FAZ 29.12.80

Zwangskonzert vor Hitler

Göring jubelte, und um seiner Freude öffentlich Ausdruck zu verleihen, setzte er bei Goebbels durch, daß anläßlich der Rückkehr Wilhelm Furtwänglers ein Festkonzert der Berliner Philharmoniker zugunsten des Roten Kreuzes stattfinden solle, unter seiner Leitung, wohlgemerkt. Das von Ihnen veröffentlichte Bild zeigt Furtwängler beim Betretendes Podiums, wenige Minuten nachdem er einen seiner berüchtigten tobsuchtsartigen Wutanfälle erlitten hatte. Was er nämlich nicht gewußt hatte, war, daß Hitler diesem Konzert beiwohnen würde. Er erfuhr es im Künstlerzimmer durch den Orchesterdiener, eine jener Urtypen, wie sie nur Berlin produzierte. In seiner Wut hatte Furtwängler, allerdings vergebens, versucht, die Holzverkleidung des Heizkörpers aus der Wand zu reißen. Hierzu er selbst: »Da sagte der (Orchesterdiener) mir doch, ich solle den Taktstock in die rechte Hand nehmen, damit ich sie vor Hitler nicht heben könne, sonst würde er

denken, ich wolle ihn erstechen. So habe ich es denn gemacht.« (Wie auf dem Bild deutlich erkennbar, wobei man wissen muß, daß Furtwängler beim Betreten des Podiums den Taktstock stets in der linken Hand trug.)

Die Katastrophe für Furtwängler ereignete sich nach dem Konzert, als Hitler sich erhob und Furtwängler die Hand reichte, die er nicht ausschlagen konnte. Dieses Bild ging damals um die ganze Welt und stempelte ihn zum Nazi ab, so daß er an Auswanderung nicht mehr denken konnte.

Henry C. Saarbach

Ville-D'Avray

Konkret 02/81, S. 43

Walter Moßmann

Chile: Hilfe für Hugo Riveros!

magazin: kultur

Warum gerade Hugo Riveros?

Ich weiß, es gibt keinen Grund, ihn hervorzuheben.

Aber ich habe einen Grund, für ihn betteln zu gehen: ich bin ihm einmal begegnet. Und die Erinnerung daran kann ich nun nicht mehr abschieben in eine dieser unfaßbaren Zahlen (»5.000 politische Gefangene in Santiago«) oder in eines dieser schwachen Wörter wie 'Unterdrückung' oder 'Unfreiheit'.

Hugo Riveros Gómez ist 28 Jahre, von Beruf Maler, verheiratet, ein Kind; aufgewachsen in Vina del Mar (Chile); mit 18 Jahren erlebte er, wie unter der Regierung Allende der revolutionäre Prozeß begann; er war 21, als die Militärmaschine die chilenische Demokratie niederwalzte, die besetzten Fabriken und die Armenviertel bombardierte, die Menschen zu Tausenden ermordete, auch den gewählten Präsidenten. Hugo überlebte die aus Washington verordneten Massaker, er überlebte auch den Polizeiterror der Diktatur. (Einer der wichtigsten Verschwörer vom 11. September 1973, Henry Kissinger, erhielt derweil den Friedensnobelpreis; Franz Josef Strauß lobte ungestraft die Schreckensherrschaft als »Ruhe und Ordnung«; die westdeutsche Industrie fand unter der Diktatur ein günstigeres Investitionsklima, als unter der Demokratie; das alles haben wir hingenommen.)

In Santiago holten Uniformierte die Bilder von Hugo Riveros aus den Galerien und zerstörten sie. Hugo ging 1978/79 ins europäische Exil, in Bremen habe ich ihn getroffen.

Ich habe 'Transit' von Anna Seghers gelesen und 'Exil' von Lion Feuchtwanger und jede Menge bedrucktes Papier über die Geschichte der Antifaschisten eine Generation vor uns, die durch die ganze Welt gespült worden sind. Ich habe mich aufgeregt beim Lesen über Dummheit, Feigheit, Herzlosigkeit all dieser ordentlichen Leute, die den Flüchtlingen allenfalls mit spitzen Fingern ein Almosen geben mochten. Aber diese Aufregung war kostenlos.

Mir wurde klar, wie schlecht wir heute dieselbe Bewährungsprobe bestehen. Nicht nur, daß heute im ehemaligen Hitler-Deutschland U-Boote für das Pinochet-Chile gebaut werden, was Arbeitsplätze sichert, ich mein vor allem die Alltagsprobleme. Wenn ich mir vorstelle, ich müßte sieben Jahre im Exil leben und täglich die angeschlagene Hoffnung auf Heimkehr wieder aufrichten, ausgeliefert deutschen Behörden, für die Antifaschismus soviel bedeutet wie Extremismus, Terrorismus, Störung der öffentlichen Ordnung ...

Hugo Riveros Gómez ist nach Chile zurückgegangen, hat gearbeitet in den Poblaciones um Santiago, den Wohnvierteln der armen Leute. Er gab Malkurse für Jugendliche und Kinder, machte etwas, was man hier Jugend- und Gemeinwesenarbeit nennen würde. Im Oktober 1980 haben ihn Agenten des Geheimdienstes CNI auf offener Straße gekidnappt, verschleppt, gefoltert. Nach einiger Zeit tauchte er wieder im Gefängnis von Santiago auf. CNI-Leute haben gedroht, ihn noch einmal abzuholen. Sie haben seine Frau bedroht. Hugo ist einem Willkür-Regime ausgeliefert, das keine Schranken kennt. Er ist gefangen und auf Hilfe von außen angewiesen, zum Beispiel auf unsere Hilfe.

Also, was kann man tun?

1. Wir brauchen Öffentlichkeit für den Fall Hugo Riveros hier in der BRD. Wenn Hugo nämlich »Glück« hat, wird er wegen »Subversion« zu drei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt, und die können unter Umständen in sechs bzw. zehn Jahre Verbannung umgewandelt werden. Das geht aber nur, wenn hier ein deutsches Visum bereit liegt.

2. Die Machthaber in Santiago müssen erfahren, daß es hier ‚nicht nur Komplizen Pinochets gibt, sondern auch Leute, denen das Schicksal Hugo Riveros' nicht egal ist. Deshalb müssen Briefe an das Innenministerium geschrieben werden (vielleicht auch an chilenische Zeitungen!). Das nützt vielleicht auch nicht viel, aber ist nicht unnütz. Wir schlagen folgenden Text vor:

Sergio Fernández

Ministro del Interior

Edificio Diego Portales

Santiago de Chile

Estimado Senor,

aqui en la RFA hemos sabido de la detenciön arbitraria, en plena calle, del pintor Hugo Riveros Gömez, el dia 20.10.80, por funcionarios del CNI que ahora se encuentra en el cärcel püblica; protestamos energicamente por ets medida exigimos su libertad inmediata, lo que corresponderia a un respeto minimo de los derechos humanos en Chile.

(zu deutsch: Geehrter Herr, hier in der BRD haben wir von der willkürlichen Verhaftung des Malers Hugo Riveros Gómez erfahren, die Funktionäre des CNI am 20.10.80 auf offener Straße durchführten. Wir erfuhren, daß er sich jetzt im Gefängnis befindet. Wir protestieren nachdrücklich gegen diese Maßnahme und fordern die sofortige Freilassung, was dem mindesten Respekt vor den Menschenrechten in Chile entsprechen würde.)

3. Die Gruppe, die Hugo und seine Familie unterstützt, braucht Geld. Sparkasse in Bremen, BLZ 290 50 101, Kto.-Nr. 471 796 84 Christián Córtes 'Chile Kultur'

Konkret 02/81, S. 44

Rüdiger Kremer

Herr Puntila und seine ARD

»Die schärfsten Kritiker der Eiche waren früher selber welche« -nach dieser Maxime versucht G.v.P., von »Bild« ungeliebter »Panorama«-Chef (»Der Spitzbart muß weg«) und von seinen Untergebenen gefürchtete Chefredakteur (»Herr Puntila«), das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem zu unterwühlen. Da er diesmal ein Buch geschrieben hat, kann man nicht hoffen: Das versendet sich

ALS ich Gert von Paczensky zum ersten Mal sah (nicht im Fernsehen, sondern leibhaftig), da gab er mir die Klinke in die Hand, die Klinke der Tür zum Zimmer des Intendanten von Radio Bremen. Er kam, ich ging zum Vorstellungsgespräch. Hans Abich saß tief in seinem Sessel, das Fenster im Rücken, das Gesicht im Halbdunkel (das war mehr als nur seine Art) und fragte mich lächelnd: »Wissen Sie, wer das war?« »Klar«, sagte ich, »Paczensky«. »Den habe ich gerade als Chefredakteur eingekauft. (Pause) Ich habe eine Schwäche für Leute, die aus dem Nest gefallen sind.« Und dann erzählte er mir, daß ich als Redakteur in Anfangsstellung bei Radio Bremen 845.- DM brutto verdienen würde, zusätzlich Kindergeld und Essensmarke. Das war 1969. Ich weiß nicht, ob der damalige Intendant auch so zufrieden gelächelt hätte ob seiner barmherzigen Tat, wenn er gewußt hätte, welch einen rabiaten Kuckuck er sich da ins Radio-Bremen-Nestchen geholt hatte.

Paczensky blieb nur ein Jahr (für 1970 war schon der Moskau-Korrespondent Ulrich Schiller unter Vertrag). Aber dieses Jahr reichte aus, um so ziemlich allen Leuten im Funkhaus klarzumachen, daß sich der Panorama-Pacz zum Paczensky-Chef ungefähr so verhielt wie ein Säbelfechter zum Kopfschlächter. Die Untergebenen, die er krautjunkerhaft wie Kartoffelknechte behandelt hatte, machten (christgläubig oder nicht) drei Kreuze hinter ihm her, und er schied mit der Drohung, über diesen Saustall dereinst ein Buch zu schreiben; das würde dann so manchen das Gruseln lehren.

Nun kam doch alles anders als gedacht: Schiller fühlte sich auf dein neuen Posten nicht wohl und verdrückte sich als Korrespondent nach Washington (jedoch nicht ohne sich vertraglich ein Recht auf Rückkehr zu sichern). Dem FDP-nahen Abich wurde der SPD-Druck auf den Sender zu stark (Radio Bremen-Gesetz), und er setzte sich elegant (das war seine Art) als Programmdirektor Deutsches Fernsehen in die Weltstadt München ab. Die Bremer SPD holte Klaus Bölling als Intendant (von ihm hat man in dankbarer Erinnerung, daß er das normale Kantinen-Essen aufaß und auch bei sich behielt), und der wiederum wollte Paczensky. Nach drei Jahren stand er also wieder vor der Tür. Freiwillig stellt er sich einem Hearing der Redakteure als Bäcker kleiner Brötchen: Auch er sei lernfähig, sähe seine Fehler jetzt ein, wolle nichts anderes mehr sein als der primus inter pares... und die pares seien ja auch gar nicht mal schlecht. Kurz: Er blies Zucker in jeden Arsch.

Patsch, wie ihn nun (fast) alle nannten**,** hatte gewonnen: er wurde neuer Chefredakteur mit unbefristetem Vertrag und diesmal für Hörfunk und Fernsehen zugleich. Für eine geraume Weile ging das ganz gut, es schien fast, als hätte er wirklich etwas gelernt. Aber Patsch bleibt eben Paczensky. Nach Jahresfrist war wieder alles beim alten: Ein höhnender Menschenverächter, sich launisch selbst der Größte, lieferte seinen Kontrahent wahre Papierschlachten. Die Paczensky-Briefe füllen Ordner. (Einer für alle: Sehr geehrter XY, Sie sagten heute morgen, ich schreibe zu viele Briefe. Wie meinen Sie das? Mit freundlichem Gruß ...) Was Paczensky an sich als »Rauflust« rühmte, brachte manche - vor allein »freie« Mitarbeiter an den Rand ihrer Existenz. Jürgen Holtkamp wurde wegen Unbotmäßigkeit kurzerhand mit Publikationsverbot für Radio Bremen belegt, gleich ein gutes Dutzend Autoren wurden per Ukas an alle Redaktionen, die er regierte, unter verschärfte Kontrolle gestellt, weil sie zwei Vertreter in den (damals noch illegalen) Redakteursausschuß gewählt hatten, die Paczensky nicht paßten.

Doch einmal noch ging er an die Basis: Bölling wollte lieber Regierungssprecher in Bonn denn Intendant in Bremen sein. Als Nachfolger standen zur Wahl der von der Nord-CDU geschaßte ehemalige NDR-Intendant Gerhard Schröder und der sanft blasse Hauskarrierist Gerhard Schäfer, der sich in langen Jahren vom Lehramtskandidaten über den Schulfunk zum Programmdirektor Hörfunk hochgedient hatte. Ungut erfahren mit dem »Panorama-Killer« Schröder startete Paczenksy (mit Hilfe seiner just angetrauten Anna, geh. Dünnebier; die über gute Kontakte zu den von Paczensky arg verspotteten und gedümpelten »Hauslinken« verfügte) eine Stoppt-Schröder-Now-Aktion. Um Schröder zu verhindern, ging Paczensky die abenteuerlichsten Koalitionen ein, und um den von ihm ansonsten verachteten und öffentlich verhöhnten Schäfer auf den Intendantenstuhl zu helfen. Doch da Schröder obsiegte, ging Paczensky zunächst in Wartestellung, rumorend.

Jetzt wird die Chronik der laufenden Ereignisse kompliziert und für Außenstehende fast undurchschaubar. Jedenfalls gab es ein paar herrschaftliche Kräche, und die endeten zunächst damit, daß Paczensky auf seine Chefredakteurstätigkeit im Fernsehen beschränkt wurde. (Sein Nachfolger im Hörfunk wurde Peter Wien: »Karriere macht Spaß.«) Je nun, in engerem Kreis sprach Paczensky wieder von seinem Buch über den Rundfunk; da würde sich so mancher wiederfinden! Dann verließ Fernseh-Programmdirektor Dieter Ertel den Sender (und ging über den WDR zum SWF). Über die Kandidaten für den vakanten Ledersessel, Doktor Conrad oder Dieter Gütt, gab's einen Riesenkrach. Der dauerte fast ein halbes Jahr und

zerstritt den Rundfunkrat, die Bremer SPD, die Radio-Bremen-Belegschaft zeitweilig und Schröder und Paczensky endgültig. Der kündigte seinen Arbeitsvertrag auf und sein Buch an, das zunächst als zwei Artikel in der »Zeit« erschien.

Nun ist es endlich da, richtig in Leinen gebunden, mit Schutzumschlag und Paczensky vorne drauf. Es kostet 19,80 und heißt: »... über Fernsehen, Munition gegen das öffentlich-rechtliche Komplott«. In elf barock übertitelten Kapiteln erzählt Paczensky nun, was er über das Fernsehen weiß: Im wesentlichen gibt's da die Guten und die Schlechten. Die Guten, die machen ein prima Fernsehen, und die Schlechten, die machen ein Scheißfernsehen, und er, Paczensky, der weiß natürlich, was prima ist und was nicht, und wenn er.. wie er wollte... dann wäre... Privatfunk. Da schieden sich dann schon die Guten von den Schlechten in gesunder Konkurrenz. Bis dahin ginge die Besprechung dieses Buchs über Fernsehen, hätte es Herr Müller geschrieben. Doch da es Herr von Paczensky geschrieben hat, darf's etwas mehr sein:

Die Misere des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in der Bundesrepublik hat ihre Ursachen, auch bei Paczensky: die viel zu frühe Einführung des Farbfernsehens. Da wird erstens viel mehr Licht gebraucht als beim Schwarz-Weiß-Fernsehen und zweitens hat der Farb-Boom soviel Geld in die Kassen der Funkhäuser gebracht, daß dort alle der Verführung erlegen sind, den Geldsegen mit vollen Händen wieder zum Fenster rauszuschmeißen. Da wurden dann teure Leute eingekauft, die von Tuten und Blasen keine Ahnung hatten; meist abgebrochene Politologie- und Soziologie-Studenten, die glaubten, »Gesinnung ersetze Kenntnisse, Können und Recherchen«, und die bringen nun ihre »kümmerlichen Produkte« ins Programm. Doch damit nicht genug; die kleben auch noch an ihren Stühlen, haben sie sich erst einmal (mit Hilfe der RFFU) die Festanstellung eingeklagt; und dann haben sie auch noch den Quatsch von der »Schere im Kopf« erfunden. (Wer zensiert denn da? Doch nicht einer wie er, der nur das Schlechte verhindert! Funkhausgeschnack für die Chefredaktion unter Paczensky: »Abteilung Geschmack und Didaktik«)

Nächstes Kapitel: »Früher«. Früher, da war das ganz anders. In den guten alten Panorama-Zeiten, da gab es noch Leute, wie ihn, die wußten, was gut und richtig war, die den Teufel nicht fürchteten und den Adenauer nicht, die sahen noch das Weiße im Auge des publizistischen Feindes. Doch die Besten verkamen im Proporzgerangel oder wurden bedenkenlos den Intendanten-Karrieren geopfert. Und damals gab es auch noch keine Gewerkschaft, die überall reinredete und keinen Personalrat, der sich überall einmischte. Und heute? Unfähigkeit, Inkompetenz, Ignoranz, wohin er sieht. Lösung des Problems: Nur ein privater Rundfunk kann den heruntergekommenen Rundfunk-Journalismus retten. Technisch, organisatorisch, ökonomisch sei das alles kein Problem - und politisch-gesellschaftlich auch nicht.

Mit dieser schlichten Behauptung endet das Buch, genau an der Stelle, an der es hätte spannend werden können. Was sind denn das für gesellschaftliche und politische Bedingungen, unter denen private, elektronische Medien, arbeiten würden, und wie würden diese rückwirken auf die Öffentlichkeit? Wie sähen die neuen Kommunikationsstrukturen aus? Wie verhält sich das: Kommerzfunk/Privatfunk? Was gibt es für Beispiele in Italien, Frankreich, England, den USA? Nein, Paczensky bleibt bei seinen Dönekes (und das sei nebenbei gesagt: zumindest die Radio-Bremen-Stories, die er aufzählt, sind so verkürzt, verbogen und verdreht, wie er sie braucht als Belege für seine Thesen von der öffentlich-rechtlichen Verkommenheit; die meisten stimmen hinten und vorne nicht, und sie werden auch nicht wahrer durch ihre fortgesetzte Behauptung.) Doch selbst für den, der sich auf Pikanterien gefreut hat, ist das Buch eine Enttäuschung. Paczenskys private Abrechnung mit dem Fernsehen erschöpft sich in Wadenbeißerei, und er schnappt auch noch rasch nach dem einen oder anderen mißliebigen Fernsehkritiker.

Alles in allem hat er zwei längere »Zeit«Artikel aufgeblasen, die eine oder andere »Stern«-Kolumne, ausgewalzt, ein arrogant-larmoyantes Memoirenkapitel dazugegeben, ein paar alte Feinde beschimpft mit alten Geschichten und daraus ein Buch übers Fernsehen gemacht. Paczenskys Munition gegen das öffentlich-rechtliche Komplott besteht aus Platzpatronen; leider, denn starre und bewegliche Ziele gibt es genug.

(Und ein dreifaches Haha zum Schluß: »Der gute alte Patsch« entrüstet sich über die Privilegien der Funk-Oberen, er, der Benzingeldzuschuß für seinen privaten BMW bezog und Taxifahrten auf Senderkosten abgerechnet hat, wenn die Gattin die Limousine fuhr. Er moniert, daß Radio Bremen-Leute die Zeit noch finden, Bücher zu schreiben, und er selbst hat sich seitenlang ausgelassen über die Perle des Champagners, den Riß der Bohne, die Konsistenz des Moussee vom Hecht, den Geschmack von Dosenwürstchen. Apropos Würstchen: Das gemeine Kantinenessen verachtend, nährte sich der »Besserschmecker«, versagten ihm einmal dienstliche Geschäfte den Schmaus in Bremens Nobelbistro Grashoff (wo ein messingenes Nainensschild seinen Stammplatz markiert), in der Kantine mit trocken Brot und Wiener Würstchen. Nun hab' ich mal in einer Metzgerei gearbeitet und weiß, was in den Würstchen steckt. Als Rache des kleinen Mannes blieb mir dann wenigstens ein herzliches »Guten Appetit«.)

Konkret 02/81, S. 46

Walter Boehlich

Über den expansiven Faschismus

Irgendetwas haben die Deutschen immer parat, woran die Welt genesen soll, mal ihr Wesen, mal ihre Waffen, mal ihr Herrenmenschentum, mal ihre Weltökonomie. Ruhe jedenfalls mögen sie den anderen nicht lassen. Sie mischen sich ein, wie damals in Spanien

VON allen Vergessenen ist Karl Otten so ziemlich der Vergessenste. Im März 1933 verließ er das braune Deutsche Reich und begab sich über Paris nach Mallorca. Lange ist er auch dort nicht geblieben, nur bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges, aber in diesen drei Jahren hat er Land und Leute gut genug kennengelernt, um sie als Staffage für einen kleinen politischen Roman nutzen zu können.

Otten war Pazifist. Den ersten Weltkrieg hat er, da er mit der Waffe in der Hand nicht kämpfen wollte, im Gefängnis und als »Arbeitssoldat« überlebt. Er war nicht nur Pazifist, er war auch Kommunist. Als solcher wollte er durchaus kämpfen, für »Glück und Sieg der Armen, des Proletariats«, mit der Feder. »Ich gestehe, daß ich die Deutschen nie geliebt habe, daß ich nichts so hasse wie die deutsche Bourgeoisie - seit ich denken kann. Und ebensolange liebe ich Rußland, und ich verlange von jedem revolutionären Dichter zunächst, daß er diese Liebe teile. Erkennt er die russische Idee, so erkennt er die Fehler unseres Volkes ... es gibt nur eins: Freiheit und Leben für alle Ewigkeit ... oder Tod - für alle Ewigkeit! Das Heil kommt von Osten. Ich habe gewählt.«

Von dieser Liebe zu Rußland hat ihn der verdiente Mörder des Volkes geheilt. Ottens messianischer Kommunismus und Stalins Stalinismus konnten sich nicht aufeinander reimen. Aus dem Kommunisten wurde ein Anarchist; aber Pazifist blieb Otten bis zum Spanischen Bürgerkrieg. Vom Pazifismus heilten ihn erst die unverdienten Mörder des Volkes, Franco und Hitler. Wie schwer ihm der Schritt vom Ideal der Waffenlosigkeit zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gefallen ist, zeigt 'Torquemadas Schatten', der zuerst 1938 erschienen und jetzt ein zweites Mal, für uns zum erstenmal, aufgelegt worden ist.

Ottens Buch über Spanien ist gleichzeitig immer ein Buch über Deutschland. Wie sich die eine Hälfte der Nation durch die andere erst überraschen und dann überwältigen läßt, wie die Republikaner zögern, bis es zu spät ist, wie die linken Parteien abwiegeln und pazifizieren und das Handeln den Faschisten überlassen, das alles gilt für 1933 wie für 1936, auf Mallorca jedenfalls. Die Festlandsspanier haben immerhin drei Jahre lang für ihre Freiheit gekämpft, aber schließlich ist es gekommen wie in Deutschland: »Das Land ist republikanisch und für die Regierung. Also? Ruinieren, ausrotten, verbrennen und vergraben. Es gibt nur ein Mittel, die Bauern zu besiegen, das ist Furcht, Terror, die Drohung mit Gefängnis und Hölle.«

Wie das im kleinen und im großen funktioniert hat, zeigt Ottens Roman. Auf Befehl und aus Angst schießen die einen ihre eben noch besten Freunde nieder, und die andern tun es aus Lust, um Rache zu nehmen für alle Demütigungen, die ihnen vorher angetan worden sind. So einer ist der »Hai«, der Einäugige, den alle nur verachtet hatten und der glaubt, jetzt ein großer Mann werden zu können. Groß wird er nicht, aber fürchterlich, weil er Waffen hat, weil er schießt, wo die andern nur leben wollen.

Er wie die andern auf seiner Seite glauben für sich zu kämpfen, für ihre Freiheit, die sie unter Franco nie bekommen haben; in Wirklichkeit kämpfen sie für ganz andere Interessen. Was sie nicht durchschauen können, ist die Verschwörung zwischen italienischen, deutschen und spanischen Faschisten, die lange vor 1936 begonnen hat. Der Deutsche Don Walter ist nur ein kleines Licht, der italienische Graf Fontanelli schon ein größeres, aber den Conte Rossi mit seinem Jagdgeschwader, der auch vorkommt, den hat es wirklich gegeben, mit seinem wahren Namen: Arconovaldo Bonaccorsi. Und gegeben hat es den Schlimmsten und Mächtigsten von ihnen, den Voerge, den Würger. Das war Juan March, dessen Namen der lange begehrte spanische Literaturpreis trug, ein Taikun, gegen den unser Hugenberg ein Anfänger war. Er war nicht nur der spanische Zeitungszar, sondern besaß auch das Tabakmonopol, war Cortesabgeordneter, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, kam unter der ersten republikanischen Regierung als Betrüger ins Gefängnis - und wurde amnestiert. Wenn einer zur Finanzierung der Faschisten beigetragen hat, wenn einer die Finger bei der internationalen Verschwörung im Spiel hatte, dann er. Er taucht nie auf, wird nie sichtbar - er war damals auch gar nicht auf Mallorca - aber er ist immer anwesend.

Gegen ihn sind die Bauern von Pueblo tatsächlich nur Bauern im Schachspiel. Ihre Partei läßt sie im Stich, sie haben keine Waffen, sie könnten sie nicht einmal bedienen. Und als sie das Versteck der Faschisten endlich ausgekundschaftet haben, nehmen sie die Waffen, die Italien geliefert hat, und werfen sie ins Meer, ihrem Glauben folgend, daß erst, wenn keiner mehr Waffen habe, Friede sein werde. Nachher, wenn einige von ihnen doch kämpfen wollen, haben sie keine Gewehre.

Diese Mühen vor Leuten, deren Leben die Republik ist, sich aufzuraffen, sich abzusondern, sich dem allgemeinen Taumel nicht anzuschließen im Angesicht der Tausende, die einfach hingemordet werden, im Angesicht der Tatsache, daß es außer in den Gefängnissen nirgendwo mehr Republikaner gibt, die fast vollkommene Isolation unter stummen oder

leidenschaftlichen Mitmachern, denen die Kirche ihren Segen und der Papst seine Absolution erteilt, unter der Mehrheit, die seit tausend Jahren wartet und Geduld hat, die nur versteht zu sterben, aber nicht zu kämpfen, das ist das Thema des Buches.

Ein paar kommen durch, weil aus Barcelona eine Landungstruppe erschienen ist, der sie sich anschließen können. Das war am 16. August. Da landeten 12.500 Mann unter dem Fliegerhauptmann Bayo, eroberten einen Streifen von 10 Kilometern Tiefe und blieben erstaunt stehen, bis die Faschisten am 3. September unter Garcia Ruiz eine Gegenoffensive starteten. Die Republikaner flohen, Mallorca blieb faschistisch. Dieses trübe Ende erzählt Otten nicht mehr; er hört auf mit der Rettung der kämpfenden Bauern, denn was er rechtfertigen will, ist der Entschluß zu 'Freiheit und Leben für alle Ewigkeit'.

Roland H. Wiegenstein hat den Roman durch sein geduldiges Nachwort durchsichtiger gemacht und Karl Otten einen Liebesdienst erwiesen, der der letzte hoffentlich nicht bleiben wird.

Konkret 02/81, S. 47

Gerd Fuchs

Ein literarischer Skandal um Hinz und Kunz und de Lorent

Wie die Schulbürokratie meint, einen bücherschreibenden Lehrer auf einem Bein erwischen zu können.

DER Romanautor A erfindet eine Figur B, die die Figur C als Sülznase bezeichnet. Herr Hinz liest den Roman und läuft damit zu Richter Kunz. Er habe sich in der Figur C wiedererkannt, folglich habe ihn der Romanautor A beleidigt.

Wie lächerlich auch, so doch neulich geschehen im Fall des Hamburger Lehrers Hans-Peter de Lorent, der wegen seiner DKP-Mitgliedschaft an der Ausübung seines Berufs gehindert werden soll. Mit vier Gerichtsverfahren hat man ihn bereits überzogen, jetzt folgte das fünfte. In seinem Roman »Die Hexenjagd« (Weltkreis Verlag), in dem Hans-Peter de Lorent einen solchen Berufsverbotsfall beschreibt, fühlen sich von 31 Stellen fünf Angehörige der Hamburger Schulbürokratie beleidigt, darunter der Hamburger Bildungssenator Grolle. Eine erste Entscheidung soll schon am 4. Februar um zehn Uhr morgens im Raum 108 des Hamburger Verwaltungsgerichts am Millerntorplatz fallen.

Die »Kommission zum Schutze des Buches« hat bereits protestiert, außerdem neben Autoren wie Günter Wallraff auch Bernt Engelmann, und zwar im Namen des Verbands deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier. Mit Recht, denn hier steht mit der Zulassung eines solchen Verfahrens klar der Paragraph 5 des Grundgesetzes zur Disposition, der bestimmt: Kunst und Wissenschaft sind frei.

Die Freiheit aber der Literatur besteht wesentlich in ihrer Fiktionalität, in der prinzipiellen Nicht-Identität von Autor und Figur. Ihre Aufhebung würde bei der Rezeption von Literatur zu absurdesten Resultaten führen. Es gäbe kein Verbrechen, dessen man die Großen der Weltliteratur dann nicht beschuldigen könnte. Denn ihre Romane wimmeln von Totschlägern und Mördern, Verbrechen aller Art werden nicht nur begangen, sondern befürwortet, sogar verherrlicht.

Gravierender noch wären die Folgen für die Produktion von Literatur. Um nicht ständig mit seinen Figuren identifiziert zu werden, wäre der Autor letztenendes auf sich selbst zurückgeworfen. Doch auch dann dürfte er nur noch jene Anteile seiner Persönlichkeit artikulieren, die den Normen der jeweiligen Gesellschaft, in der er lebt, konform sind. Das hieße die Schere im Kopf des Autors installieren. Bravheit wäre erste Künstlertugend.

Doch muß der Schutz der Fiktionalität sogar für jene Stellen eines Romans gelten, die nicht einer Figur zuzuordnen sind, sondern einzig jener Instanz, die man den Erzähler genannt hat. Auch er ist nicht der Autor selbst. Denn er ist seinerseits erzählt, gleichgültig, ob er als Figur auftritt oder unsichtbar bleibt, faßbar nur als Sprach- und Erzählhaltung. Er ist eine Kunstfigur wie jede andere, nichtidentisch mit dem Autor, was anschaulich ist allein schon in der Tatsache, daß viele Autoren wechselnde Erzählhaltungen einnehmen, oft sogar im selben Werk; ihre literarische Leistung gerade in der Erfindung solcher immer anderer Erzähler besteht.

In der Klage jener fünf Herren aus der Hamburger Schulbürokratie aber wird Ich-Erzähler Christian Günther ohne weiteres gleichgesetzt mit dem Autor, und obwohl Hans-Peter de Lorents Figuren ganz andere Namen tragen, erkennen sie sich in ihnen wieder, weil, so Schulsenator Grolle, sie »zwar nicht namentlich genannt werden, aber so eindeutig und unverkennbar beschrieben werden, daß kein Zweifel ist, um wen es sich handelt«.

Der Vorwurf lautet auf Erkennbarkeit. Doch für wen sind diese fünf Anonymi erkennbar? Für die Öffentlichkeit, jenen einzigen Adressaten von Literatur? (Denn sie ist eine prinzipiell und schon von der Konzeption her öffentliche Äußerungsform.) Doch wohl nicht. Diese Herren sind in diesem Buch ja noch nicht einmal für ihre Ehefrauen erkennbar, denn die kennen sie sicher von anderen und hoffentlich besseren Seiten. Allenfalls daß man ihre Sekretärinnen fragen könnte oder die Opfer ihrer Gesinnungsschnüffelei. Aber wären die, wenn es zuträfe, Öffentlichkeit?

Da gab es ganz andere Fälle. Die ganze Nation erkannte im »Zauberberg« Naphta als Georg Lukacs, Settembrini als Adorno, Peeperkorn als Gerhart Hauptmann, im »Faustus« Leverkühn als Arnold Schönberg wieder. Die Lübecker High Society ist heute noch über die »Buddenbrooks« beleidigt. Und wer ist wer, fragte man sich kürzlich, als Hermann Peter Piwitts Roman »Die Gärten im März« der Hamburger Medienschickeria den Spiegel vorhielt. Hat einer die Plattfüßigkeit gehabt, zum Kadi zu laufen?

Wie stellt man sich bei jenen, die die Unterrichtung unserer Kinder auch in Literatur zu organisieren haben, das Funktionieren literarischer Imagination eigentlich vor? Als Luftgeschäft? Als Stochern im Nebel? Vorstellungskraft ist immer die Kraft zur Vorstellung von Wirklichkeit, und erst das Wiedererkennen setzt im Leser jenen Prozeß von Identifikation in Gang, der den spezifisch literarischen Erkenntnisprozeß kennzeichnet.

Wiedererkennbarkeit ist gerade die Voraussetzung der Kommunikation zwischen Autor und Leser, jenes Prozesses, der vom Wiedererkannten zum Nochnichterkannten fortschreitet, und dies auch dann, wenn dem Leser - wie beispielsweise bei Kafka - Wiedererkennen auf extreme Weise vorenthalten wird. Denn auch er setzt voraus, daß der Leser weiß, wie ein Gericht aussieht, wenn er eins beschreibt, wie es bisher noch keins gegeben hat.

Oder soll sich der Autor vielleicht fragen, wer könnte sich alles in meiner Figur wiedererkennen? Wie soll er das herausfinden? Wo fängt Wiedererkennbarkeit an, wo hört sie auf? Wer so schreibt, dem ist die Schere längst ins Hirn eingewachsen.

Der Fall Hans-Peter de Lorent ist. exemplarisch. Er ist es auch in menschlicher Hinsicht. Man muß sich das einmal klarmachen: Da spielen Leute, die anderen die Existenz vernichten, die beleidigte Leberwurst. Verfolgen einen Menschen jahrelang bis zur physischen und psychischen Erschöpfung und tun pikiert, wenn sie sich von ihrem Opfer unnett beschrieben fühlen.

Angeblich fühlen sie sich in ihrer Ehre gekränkt. Daneben verfolgen sie noch einen ganz anderen Zweck. Wenn das Gericht Hans-Peter de Lorent schuldig sprechen sollte, hat er sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht, und das wäre erst recht ein Grund, ihm Berufsverbot zu erteilen. Mit einem solchen Urteil wäre indessen nicht nur ein Kommunist getroffen (ich weiß, ein Kommunist ist in diesem Land immer selber schuld, wenn er totgeschlagen wird), getroffen wären alle, die Bücher schreiben und Bücher lesen.

Konkret 02/81, S. 48

Ingolf Schulte

Von deutschem Nachleben

Bericht über einen Ort, an dem allein die unberührte Schönheit der Dinge regiert, die eins ist mit ihrem Geldwert: Das deutsche Schlafzimmer.

WENN irgendwo, so in den eigenen vier Wänden suchen die Menschen ihre Träume von einem besseren Dasein zu erhärten. Regelmäßig gewinnt dabei etwas Gestalt, das vom Toten mehr als vom Lebenden besitzt.

Niemals vermochte der Beuteschatz, mit dem die Bourgeoisie ihre Behausungen füllte, seine Abkunft von der Barbarei zu verbergen. Was ihr Kultur hieß, das war ein schwülstiges Gemisch von Trophäen aus vergangenen Zeiten, geplünderten Kontinenten und selbstersonnenem Kitsch. Die Wohnung des Bourgeois, die einem Warenlager ebenso glich wie einer Musterschau, war der unheimliche Ort, an dem ihn die Seelen der zahllosen Gequälten heimsuchten, denen er sein wohlhabendes Leben verdankte. Unverkennbar gemahnt das wilhelminische Wohnzimmer, die kultische Mitte jener Behausungen, von deren Grauen im bürgerlichen neunzehnten Jahrhundert gewisse Kriminalromane zeugen, ans Verbrechen. Die innere Beziehung dieser Stätten zum Tod hat Walter Benjamin formuliert: »Das bürgerliche Interieur der sechziger bis neunziger Jahre mit seinen riesigen, von Schnitzereien überquollenen Büfetts, den sonnenlosen Ecken, wo die Palme steht, dem Erker, den die Balustrade verschanzt, und den langen Korridoren mit der singenden Gasflamme wird adäquat allein der Leiche zur Behausung. 'Auf diesem Sofa kann die Tante nur ermordet werden.' Die seelenlose Üppigkeit des Mobiliars wird wahrhafter Komfort erst vor dem Leichnam.« Diese Sätze sprechen die Zukunft des bürgerlichen Individuums aus, das im zwanzigsten Jahrhundert der Vergangenheit angehört.

Wie es um die menschlichen Behausungen hierzulande in der unmittelbaren Gegenwart bestellt ist, will ein Buch mit dem Titel »Das deutsche Wohnzimmer« demonstrieren, zu dem Herlinde Koelbl lehrreiche photographische Dokumente beitrug, Manfred Sack jedoch einen Text, der sich solchen Lehren erfolgreich verschließt. Letzteres liegt an des Autors ungerührter Einstellung zum Gegenstand, die im Begriff der »Wohnkultur« hinlänglich gekennzeichnet ist.

In dieser hat man das hochpolierte Nachbild jener altbourgeoisen Religion, worin Kultur der Heilige Geist war, der über Geschäften leuchtete. Die praktische Verbindung beider, der von Erfolg gekrönte Geschäftsgeist, hat sich nach dem Fiasko der wirtschaftlichen wie intellektuellen Selbständigkeit in den »kultivierten Lebensstil« gerettet. Was dies sei, soll stets jener »Geschmack« einem eingeben, zu dem im Konsumentenbereich das moralische Gewissen mutiert ist. Doch in dieser Paradekategorie des wohnkulturellen Weltbildes wirkt die Nichtigkeit des Individuums nicht minder als anderswo auch. Das magische Wort meint bloß die aufgeklärte Version von Anpassung: die wendige Nutzung des gehobenen Marktangebots. Es meint die zweifelhafte Kunst, unter der durchstandardisierten Industrienorm sich mit ihrer Hilfe apart zu machen. Der »Geschmack«, mit dem man inmitten der grauenvollen Wirklichkeit sich einrichtet, ist die kalte Figur individualistischer Selbstbeharrung, in der Moderne dazu verurteilt, wie Poe schon 1840 sah, »in nichts als Show aufzugehen«. Die Entleertheit der vom Markt beschlagnahmten ästhetischen Formen, welcher der »Mann ohne Eigenschaften« gefolgt ist, wird von der extraordinären Möbelindustrie mit Stolz in ihren Reklameprospekten verkündet: Wohnkultur »kommt einer Sehnsucht nach letztlich ein wenig Unfaßbarem entgegen«. Die einzig handfeste Funktion dieser Show bekennt jener Konsul und Unternehmer auf seiner unsäglichen Wohnbühne: der gute Geschmack dient dem guten Geschäft.

Manfred Sack dagegen, dem Ideologen »kultivierter Wohnlichkeit«, sind die Wohnungen allesamt »Ausdrucksmittel des Menschen, eine Art von Sprache, in der er sich mitteilt«: »Alles, was das Auge darin vernimmt, sind Übersetzungen aus der Seele, Ausdruck der Persönlichkeit«. Mit derart rückständigen Phantasien werden die Menschen verraten, deren Elend die einfarbigen Photographien dokumentieren. Die ästhetisierende Heilsbotschaft, mit der seit dem Jugendstil etliche Reformbewegungen die Menschheit zu beglücken suchten, findet hier ihre blasierte Leerformel: »Kultur liegt in dem, was selbstverständlich ist... am sympathischsten wirken Leute, die mit Gelassenheit wohnen in einer eher beiläufig geübten Kultur«. Ihre schulmeisternde Platitüde faßt sich in dem Spruch zusammen: »Wohnt, wie ihr wollt, wohnt nicht, wie man wohnen zu sollen vermeint!«

Die Kategorien der »Wohnkultur« waren auch leitend bei der Gliederung der mehr als neunzig abgelichteten Aufenthaltsräume. Sie sind in vier Gruppen geteilt, die sich etwa charakterisieren ließen als das »einfache« Wohnen der kleinen Leute, das »normale« Wohnen der gemischten Gesellschaft, das »kultivierte« Wohnen der gehobenen Kreise, das »individuelle« Wohnen der Sonderlinge und Minderheiten. Zur drittgenannten Gruppe zählt jener schon erwähnte Konsul; zur zweiten die nachdenkliche Marktforscherin mit dem Redakteur, die von Neubauatmosphäre eingehüllt sind, ohne daß er es merkte; zur ersten jener einsame Sozialhilfeempfänger, der unbeeindruckt von aller ideologischen Geistesschwächung dem Filmemacher aus der vierten Gruppe wohl am nächsten ist, der erklärt: »Ich brauche eine Wohnung, weil ich schlafen muß - ich brauche Platz für meine Bücher«. Aus den Bilddokumenten sowohl wie aus mancher beigegebenen mündlichen

Äußerung der in ihnen Erscheinenden erhellt das, wie man sieht, zur Genüge, wie schief jene Kategorien zur Wirklichkeit stehen.

Der ernst zu nehmende unter den Texten des Bandes läßt davon etwas erahnen, obwohl er gar nicht auf diese Bilder gemünzt ist. Er stammt von Alexander Mitscherlich und ist seiner Schrift über die »Unwirtlichkeit unserer Städte« entnommen, deren Veröffentlichung fünfzehn Jahre zurückliegt. Der Name »Heimat«, der in seiner »Konfession zur Nahwelt« den utopischen Vorbehalt markiert, und die Abbilder realer Häuslichkeit schließen einander aus. Denn was an Wohnzellen hier erscheint, zeugt allzu häufig von dem beklemmenden Zustand ihrer Insassen, den Mitscherlich als Wohn-Fetischismus diagnostiziert. Die im Kreise der Familie verstummten Seelen sind in die Dingwelt hinübergewandert, und diese zwingt nun die verlassenen Leiber tyrannisch in ihre Dienste. Es ist solch immerwährender Fetischkult vor den zusammengekauften Sachen der Wohnung, dieser »unglückliche Versuch, aus Sauberkeit und Ordnung Glück zu gewinnen«, worin auf trostlose Weise alles »Heimatliche« unterbunden wird.

Das Wohnzimmer ist dem Fetischisten die ewige Wiederkehr des Gleichen in der Anbetung des Wertes, den es repräsentiert. Eine der im Buch anwesenden Personen, eine »Freischaffende« von dreißig Jahren, spricht es ohne Umschweife aus: »Wohnen ist das Wichtigste in meinem Leben«. So ist es; was die Dreieinigkeit von Kapitalverwertung, Mechanisierung und Bürokratie an Leben noch übrigließ, das hat sich in seiner Not in den Schutz jener Unvergänglichkeit geflüchtet, die diese Gesellschaft einzig zu bieten hat: den Tauschwert der Ware. Seinem Ruhm gilt der Kult des Unbrauchbaren, der jegliche Gebrauchsspur von den Dingen abwenden will. Ihm sind die ohne Zahl aus dem Boden schießenden Verkaufsstempel der Kulturindustrie geweiht, die Musikläden, Kunstboutiquen, Geschenkartikelshops, mit denen ein jedes Wohnzimmer geheimnisvoll kommuniziert.

Nachdem am polierten Massenprodukt der Maschinentechnik Natur vollkommen unsichtbar wurde, schickt der Mensch sich an, auch ihre letzten Reminiszenzen aus der Welt der künstlichen Gebilde zu tilgen. Es sind die Spuren seines eigenen natürlichen Seins. Spurenverwischung lautet der kategorische Imperativ, der von den technisch gefertigten Sachen an ihn ergeht. Modefacon, Kosmetika, Desodorants, Duftträger und Reinigungsmittel aller Art bilden sein geheiligtes Instrumentarium. Die Erfindung der Neutronenbombe ist nur der Radikalfall dieses Verlangens. Wie der Arbeiter die Vollkommenheit der maschinellen Sphäre nur stört, so ist der kreatürliche Mensch überhaupt im Kreis der artifiziellen Dinge ein ziellos umhergeisterndes Gespenst.

Wenn irgend etwas, dann drückt sich dies in den Gegenständen aus, von denen die Menschen drinnen wie draußen umstellt sind. Jener radikal ernüchterte Sozialhilfeempfänger weiß das - im Unterschied zum Kultusminister. Das deutsche Wohnzimmer ist die feierlich geschmückte Gruft, worin die Familie, die allabendlich von ihr aufgenommen wird, ihren Spuk treibt. Hier kann die Tante nicht mehr ermordet werden. Sie ist längst tot.

–

Konkret 02/81, S. 50

Günter Amendt

TWEN – Ein Objekt für Objekte

Ein neues Objekt auf dem Zeitschriften-Markt, ähnlich genial wie jene hochgesetzten Bremsleuchten: Keiner braucht sie, viele kaufen sie, und einige verdienen sich eine goldene Nase daran.

Wenn einmal wirklich keinmal wäre, hätte es wenig Sinn, die Nullnummer einer Zeitschrift zu beschreiben. Die hohe Wahrscheinlichkeit jedoch, daß »Twen« an die Kioske kommt, rechtfertigt den Aufwand, eine Jugendzeitschrift vorzustellen, unter der KONKRET-Leser sich nichts werden vorstellen können, weil sie »Twen« in dieser Form nie zu sehen bekommen werden. Denn was schließlich am Kiosk unter der Nummer eins erscheinen wird, sieht anders aus, wird von journalistischen Sachzwängen, von Aktualitätsdruck und Themenvorgaben geprägt sein. Das jedenfalls sei unterstellt, solange noch Journalisten mit am Werk sind und nicht Werbeagenturen bereits den redaktionellen Teil übernommen und gestaltet haben.

Wie weit das eine - redaktioneller Teil - vorn anderen - Werbeteil - getrennt ist bzw. getrennt werden soll, laßt sich erfahrungsgemäß bereits im Impressum ablesen. Wo Werbung als notwendiges kostendeckendes Übel akzeptiert und einmontiert wird, ist meist nur ein(e) Layouter(in) bei der Arbeit. Wo Werbung und redaktioneller Teil sich überschneiden bis zur totalen Konfusion, ist meist ein artdirector tätig. Ein Blick ins neue »Twen« zeigt, was beabsichtigt ist. Und das eben macht den Reiz einer Nullnummer aus: Nie wieder wird die wahre Absicht der Macher so gestochen scharf ausgedruckt werden wie in einer Nullnummer.

Nun haben aber nur wenige überhaupt die Möglichkeit, das Gedruckte zu sehen, zu lesen, zu betrachten und zu betasten.

Eine Inhaltsangabe scheint deshalb das Naheliegendste, soll Kritik verstanden und nachvollzogen werden können. Doch was gemeinhin für Inhalt gehalten wird und in einer Inhaltsangabe darstellbar wäre, ist hier Form; wahrend die Form – Machart und Glasur - hier Inhalt ist. So bringt es wenig, über die Artikel, Interviews und Reportagen zu sprechen und zu urteilen. Einzelne Beitrage, für sich genommen, hatte auch die KONKRET-Redaktion akzeptiert. Zusammengenommen ergibt sich allerdings das Bild, welches auf die bewußten und unbewußten Absichten der »Twen«-Macher schließen laßt.

Diese Absichten unterscheiden sich im Prinzip nicht von den meisten anderen für das Zielpublikum Jugend gemachten Produkten. in einem Wort: Absahnen!

Alles Spezifische, das auf der Erscheinungsebene Unterschiede erkennen laßt, ist lediglich Spekulation auf Marktlücken, ist eine nichtsnutzige Kaufhausästhetik in der zeitgemäßen Variante kalter Ladenpassagen.

Präzise Vorstellungen über das, was man für » in« oder »out« halt und die heimliche Hoffnung, selbst einmal bestimmen zu können, was man für 'in' oder 'out' zu halten hat, motiviert die Macher dieses Zeitschriften-Objekts für jugendliche Objekte.

in Kenntnis der handelnden Personen wäre ein Psychogramm verlockend. Und doch wäre es nichts als billige Psychologisierung und Ausdruck einer persönlichen Enttäuschung und des Erstaunens darüber, wie weit sich einer gehen laßt, der als Blattmacher kommen will.

»Twen« und seine Macher verhalten sich zum Leser wie der Igel zum Hasen. »Twen« ist immer schon dagewesen. In Hartmut Schulzes Pink-Floyd-Reportage, die allen anderen Artikeln voraussegelt, tritt die arrogante Distanz zum Leser am deutlichsten zutage.

Das geht so los: »Die Live-Show dazu ist das teuerste Unternehmen der Rock-Geschichte. Trotzdem ist es auch das beste.« in diesem trotzdem steckt jener feine Blankeneser Oberklasse-Humor, den nur witzig finden kann, wer an einer Jugendzeitschrift bastelt, die exakt auf jene zielt, die sich schon immer einbilden durften, den besseren Geschmack zu haben. »Im Februar kommen Floyd mit ihrer Großveranstaltung in die Dortmunder Westfalenhalle.« Habt ihr das mitgekriegt? Wir nennen sie Floyd.

»Hartmut Schulze hat 'The Wall' bereits in London gesehen.« - Rechnen wir nach. Wenn »Floyd« im Februar nach Dortmund kommt, kann »Floyd« im Herbst, wo der Artikel geschrieben wurde, nicht in Dortmund gewesen sein. Also muß der Autor sie woanders gesehen haben. Wo hat er sie gesehen? In London. Das würde als journalistische Information genügen: Hartmut Schulze hat »The Wall« in London gesehen. Doch Schulze hat »Floyd« bereits in London gesehen. Da ist er wieder, der Igel. Wir erfahren dann, welcher Fluggesellschaft der verantwortliche »Twen«-Redakteur Schulze den Vorzug gegeben und wo er sich seine reservierte Eintrittskarte abgeholt hat.

»Der Pink-Floyd-Fan ist ein anderer geworden«, schreibt Schulze über sich, und ein Anfall von Selbsthaß schüttelt ihn, wenn er an seine »fetten Pressekarten« denkt. Wozu Schulze allerdings gleich mehrere Pressekarten - mindestens jedoch zwei - braucht, wird nicht deutlich.

Es wird nie ganz deutlich werden, wenn auch der Leser so viel erfahrt: »Am nächsten Abend fuhren wir in den 'Golden Lion' nach Fulham ... « Da plötzlich taucht ein wir auf, mit dem sich Twen-Redakteur Schulze die »fetten Pressekarten« hatte geteilt haben können. Man lernt also: Einer, der mit BEA nach London fliegt, und sich seine Pressekarten reservieren laßt, muß nicht alleine in London rumhängen. Es war jemand mit ihm. Gut, könnte man sagen, da ist offenbar jemand von sich und den Möglichkeiten beeindruckt, die ihm sein neuer Job bietet und will damit beeindrucken. Das ist mehr als Angeberei. Das ist white-men's-blues. Das ist die Selbstüberschätzung weißer Aufsteiger im Rock-business und ums Rock-Business herum. Die glauben immer noch, daß das Lamento über ihre verlorene Jugend, der Beschiß im duty-free-shop und die Einsamkeit in den langen Fluren von first-class-Hotels den Klagen jener schwarzen Blues-Daddies aus dem Mississippidelta gleichzusetzen sei, denen, wenn sie Glück hatten, eine Ecke im Hühnerstall oder ein Lager auf Bierfässern zugewiesen wurde.

in diesem kleinen Schritt vom ich zum scheinbar belanglosen wir steckt eines der Geheimnisse des Klatschjournalismus. Da werden Sehnsüchte hervorgekitzelt, Träume von Teilhabe und Dabeisein. indem ein unbedeutendes ich sich zum bedeutungsvollen wir aufplustert, soll eine Scene konstituiert werden. »Twen« ist die Scene, »Twen« hängt nicht nur von der Existenz einer Scene ab, fortan soll die Existenz der Scene auch von »Twen« abhängen. So arbeiten sie alle: »Bild« wie »Bravo« und, einige Etagen höher, für den gehobenen Bedarf, nun auch »Twen«.

Bei allem spielt es keine Rolle, daß von dieser Garnitur abgesehen, Schulzes Pink-Floyd-Reportage interessant und gut geschrieben ist. Von der Garnitur ist nicht abzusehen. Sie ist Ausdruck einer Haltung, die sich durchs ganze Blatt zieht und seine Einzelteile zusammenkittet.

Wahrend es dem Gestalter noch gelingt, sich wenigstens an einen Trend zu hängen und eine ausgelaugte New-Wave-Ästhetik zu präsentieren, begnügt sich der Texthersteller mit der Hochstilisierung einer völlig desolaten Kulturscene - von Andy Warhol über Eric Burdon zu Nina Hagen und Marius Müller-Westernhagen - zu einer glamourösen Schickeriascene.

Erste Rückmeldungen auf die Nullnummer liegen vor. Die Werbebranche soll begeistert sein. Sie hat allen Grund dazu, denn ahnungslos folgt der Leser dem von der Redaktion ausgerollten Teppich in die Anzeigenabteilung. Umbruch, Aufmachung und Schriftgröße eines Artikels von Hubert Fichte beispielsweise führen übergangslos in den Textteil einer Alfa-Romeo-Reklame. Eben noch wähnte man sich auf dem Weg in den Konzertsaal, da befindet man sich unversehens mitten im Scheißhaus.

Sage keiner, das sei Zufall. Die »Twen«-Macher brüsten sich damit, Anzeigen nicht angenommen zu haben, weil sie ihnen nicht ins ästhetische Gesamtkonzept paßten.

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man auch jenes ästhetische Gesamtkonzept verantwortlich machen für das Frauenbild in »Twen«. Hier nun sind sie, die Frauen von »Twen« in der Reihenfolge ihres Erscheinens eingebunden zwischen einer verkappten JEANS-Reklame auf dem Titelblatt und gefüllten WRANGLERS auf dem Rücktitel: Miß BOUNTY mit Begleiter, Fräulein BFG in den Armen eines Liebhabers, Miß COCA-COLA solo, Mademoiselle GAULOISE mit Anhang im Bett, zweimal Lady WHISKEY und JIM BEAM, FELINA PATRICIA in junger Wäsche, Fräulein PATENTEX OVAL, Miß SYDNE ROME, nein Irrtum, das ist das Foto zu einem Artikel, schließlich Joyse Baron! von ROGNER UND BERNHARD sowie Signora CAMPARI mit Macker. Basta, c'est ca, that's all, das ist alles.

Möglicherweise haben diese Frauenbilder einen erbosten Kritiker dazu gebraucht, »Twen« ein »morbides Tuntenblatt« zu nennen.

Das wäre oberflächlich, zweifellos, und würde der ästhetischen Leistung der »Twen«Macher nicht gerecht. Das ist ohne Ironie gesagt. Denn den geschickten Händen des »Twen«-art-directors ist es gelungen, zwei Ausdrucksformen der Jugendkultur - Punker und Popper- in der Realität nur in unversöhnbarer Gegnerschaft bekannt, zu verschmelzen, wobei das Popperhafte schließlich dominiert. Ein Stück ästhetischer Gleichschaltung mit den Mitteln des journalistischen Vampirismus. Allem, was an Aufmüpfigkeit und Rebellion in der Punkerscene steckt, ist das Lebendige entzogen worden. Nichts ist mehr verwegen, nichts mehr wird aus den Angeln gehoben.

»Flott., extravagant, brillant «

Das Profil der geplanten Jugendzeitschrift bewegt sich zwischen den Polen politischer Opportunismus und einer Welt des schönen Scheins. Politisch korrupt bis in die Haarspitzen ihrer modischen Frisuren, und in der ästhetischen Verkommenheit von Verpackungsexperten, liefern die Macher dieses pop-Flops nur einen Abhub von Punk und New Wave. Bezeichnenderweise gerät das Stück über die Züricher Jugendbewegung zu »Bruchstücken aus Zürich«, die einem der Zehnerpacks entnommen sein könnten, in denen Flugblätter der Züricher Bewegung im New-Wave-Stil bereits auf dem Universitätsgelande angeboten werden.

»Kalt« oder »eisig«, das ist der wohl häufigste Kommentar, den man von Kritikern der Nullnummer zu hören bekommt. Mich hat die weiche Brutalität des Vorzeigeexemplars am meisten berührt und abgestoßen. Daß New Wave und Punk langst kommerziell in Dienst genommen werden, ist keine Neuigkeit. Einen Punker-Popper-Verschnitt in brutaler Weichheit kreiert zu haben, dürfen die »Twen«-Macher für sich beanspruchen. Damit haben sie auch ihr Zielpublikum eingekreist.

Allerdings ist bis zum Erscheinen des ersten regulären Heftes noch einiges zu tun, um ein Stammpublikum gewinnen und - wichtiger noch - halten zu können. Die Hochglanzfassade jedenfalls steht und kann sich sehen lassen. Ausgewechselt werden müssen wahrscheinlich einige Autoren. Viele Beitrage sind einfach nach zu schillernd progressiv und zu wenig modern.

Für das neue »Twen« sehe ich ein Publikum im Umkreis der Jungen Union, wo man einem seelenruhig ins Gesicht sagen kann, er sei ein Reaktionär oder gar ein Faschist, wo man sich aber hüten sollte, jemanden unmodern zu nennen. Dieser flotte Typ, extravagant, brillant und stockreaktionär, wird sich »Twen« auf den Rauchtisch legen. Beim Bemühen der Jungen Union, Gefühlsthemen aufzugreifen, und Jugendliche von der Demo- auf die Emoschiene umzuspuren, könnte »Twen« eine wichtige Aufgabe übernehmen.

Konkret 02/81, S. 52

konkret markt

ISRAEL-SPRÜCHE

Erich Fried, der 1974 mit »Höre, Israel!« ein dem vorliegenden . Gedichtband wesensverwandtes Werk veröffentlicht, hat, schreibt im Vorwort der kurz Vor Weihnachten erschienenen »Israel-Sprüche« von Artur West: »Schon deshalb weiß ich aus eigener Erfahrung, was Zionisten und von ihnen irregeleitete Juden - und auch einige sogenannte Philosemiten - von Artur West sagen werden. Sie werden ihn einen jüdischen Antisemiten nennen, wie jeden Juden, der sich gegen den zionistischen Alleinvertretungsanspruch wehrt Sie werden ihn verleumden, wie sie jeden Linken Verleumden, der sich weigert, seine Augen vor dem zu verschließen, was sie den Palästinensern angetan haben, was sie ihnen immer noch antun und weiterhin antun wollen.«

West, 58, in Wien lebender Autor und Journalist, hat den Antisemitismus des Herrenvolkes am eigenen Leib verspürt und flüchtete 1938, gerade noch rechtzeitig, gemeinsam mit Fried und einigen anderen ins Exil.

Artur West: »Israel-Sprüche« Verlag »Frischfleisch & Löwenmaul« Wien. DM 11.-

Schmuddelbarden.

Auch wenn Axel Cäsar seine »Bild«-Zeitung inzwischen gelegentlich »peinlich«, ist., gibt's sie immer noch unverändert und täglich ca. 7,5 Millionen mal. Deshalb kann die GegenBILDstelle zu Köln, von Günter Wallraff gegründet, sich auch zukünftig nicht über Mangel an Arbeit für »Bild«-Geschädigte beklagen, leider nur über Mangel an Geld. Finanziert wird sie durch die Verkaufserlöse der beiden Anti-»Bild«-Bücher von Wallraff, durch den Verkauf der KILLT-Zeitung und nun auch durch je zwei Mark pro verkaufter LP: Wolf Biermann, Knut Kiesewetter, Ina Deter, Dieter Hildebrandt u.a.

»Schmuddelbarden«.

»Schande: Wallraff singt mit Schmuddelbarden und Politpunks!«, auch direkt zu beziehen über: GegenBILDstelle, Postfach 301443, 5000 Köln 30, 16,50

Brandstifter

Ein Berliner Staatsanwalt rettet ihm doch noch die Ehre. Umgebracht zu werden, damit hat er gerechnet; daß seine Tat so wenig Wirkung hatte, damit vielleicht auch - sicher aber nicht damit, daß nun auch ein bundesdeutsches Gericht versucht, ihn seiner Tat zu berauben.

Horst Karasek hat den Lebensweg des jungen holländischen Bauarbeiters und Rätekommunisten Marinus van der Lubbe nachgezeichnet, der im Februar 1933 nach Deutschland gereist ist, um etwas über den Widerstand gegen die Nazis in Erfahrung zu bringen. Am Tag seiner Ankunft in Berlin erlebt er, wie ein Platzkonzert der SPD und eine Versammlung der KPD ohne Gegenwehr aufgelöst werden, und er beobachtet einen SA-Aufmarsch. Verzweifelt beschließt er, ein Fanal zu setzen; mit Kohlenanzündern setzt er den Reichstag in Brand. Das Fanal freilich benutzen die Nazis als Anlaß für eine großangelegte Verhaftungsaktion von Kommunisten und Sozialdemokraten. Göring gegenüber dem Ankläger der Nürnberger Prozesse: »Es trifft zu, daß Listen für die Verhaftung von Kommunisten ganz unabhängig von dem Reichstagsbrand vorbereitet waren. Dazu war nicht der Reichtagsbrand notwendig. Diese Verhaftungen wären sowieso durchgeführt worden. «

Daß immer noch ein (schein-)wissenschaftlicher Streit geführt wird, ob van der Lubbe den Brand gelegt hat oder nicht - das spiegelt unter anderem das Unvermögen politischer Gruppierungen, eine solche spontane, eigenverantwortliche Tat überhaupt zu begreifen

---

Horst Karasek, Der Brandstifter. Wagenbachs Taschenbücherei Nr. 73, 9,50

Monarchie & Alltag

Wer bei »deutscher New Wave« nur an Krach denkt, sollte sich diese LP anhören - und den Texten lauschen: »Einkaufsbummel im Erdnußland, was übrig bleibt wird Entwicklungshilfe genannt.« »Ich hab dich nötig, will dich nicht benützen. Ich bin zu feige, dir zu gesteh'n, daß all meine Gedanken sich nur um dich dreh'n.«

Blinder Fortschrittsglaube, in 'ein jahr (es geht voran)': »Spacelabs fall'n auf Inseln. Vergessen macht sich breit. Es geht voran.« Swingender Rhythmus, Händeklatschen, poppiger Syntheziser. Es geht voran, der Cowboy kann sein Lasso schwingen: »Graue B-Film Helden regieren bald die Welt. Es geht voran.«

Zu den Texten die Musik: schneller Rhythmus, sparsame Effekte auf der Gitarre und ein gelegentlich ertönendes Saxophon vermitteln eine musikalische Zustandsbeschreibung der Wirklichkeit, wie sie überzeugender kaum gelingen kann Leben in grauen Betonburgen, Ausländer, Vergewaltigung in nächtlichen Großstädten, Einsamkeit... Wer etwas ändern will, muß erstmal die Wirklichkeit wahrnehmen. Dazu trägt diese Platte bei.

Fehlfarben »Monarchie und Alltag« EMI LC 7060-,

Liebe

»Die Liebe ist ein Zeitvertreib, man nimmt dazu den Unterleib.« Wieso haben wir dann diese Problem-Inflation in Sachen Liebe? Einigen Aufschluß gibt das Kernstück des neuen »Stern«Buches von Ingrid Kolb: Interviews mit Menschen, die zwar typisch für bestimmte Bevölkerungsgruppen, aber nicht repräsentativ dafür sind. Damit und auch sonst hat sich die Autorin zwar sehr elegant um die Untersuchungsergebnisse der »Seat-Forscher« herumgeschrieben, aber gleichzeitig . wird die Dürftigkeit dieser im Anhang dreist als repräsentativ dokumentierten eingesammelten Antworten zur Sexualität besonders deutlich.

Ingrid Kolb: »Das Kreuz mit der Liebe«, »Stern«-Buch, xx,xx Mark

Biberschreck

»Vorbei ist die Zeit, in der Mäuse mit Hauskatzen oder durch das Aufstellen von Fallen gefangen wurden. Ein neuentwickeltes Gerät, *Dekur* 2000 Ultrasonic, erledigt dieses Problem ohne Gift und umweltfreundlich. Das Gerät ist stufenlos regelbar und sendet für das menschliche Ohr kaum oder nicht mehr hörbare Alarmtöne auf Intervallbasis aus, die dem Todesschrei von Ratten und Mäusen ähneln. Sie verlassen entweder fluchtartg den Raum oder können durch Zerstörung der Hirnzellen getötet werden.«

Das unten rechts ist der Knopf, mit dem Ratten und Mäuse *Dekur* 2000 Ultrasonic abschalten können.

Bei Dekur, Koblenz, 485 Mark zuzüglich MwSt.

Männer

Es scheint Mode zu werden, Leute per Rundbrief oder Anzeige zum Schreiben aufzufordern und daraus ein Buch zu machen. Dieser Technik verdanken wir die »erotischen Phantasien von Frauen« und nun diesen Männerreader. Von Softis für Softis. Durchtrainierte Gruppendynamiker, Profilneurotiker, ehrliche Männer (»Ich würde mich gern mal von einer Frau vergewaltigen lassen, huch!«), Männer, die die Geburt ihrer Tochter erleben und diese Geschichte ihrem Vater widmen, Männer auf der Suche nach einer Männeridentität. Die Suche wird, da kann man sicher sein, dauern. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Wunsch des Herausgebers nach einem zweiten Reader erfüllt.

»Männerbeschreibungen«, Männer-Reader (Hg.) Gerd Wolter, éditions treves, 12,80 Mark

Neues aus dem Widerstand

Noch bevor der Konteradmiral Gerhard Wagner den antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Dönitz unter die Bismarck-verseuchte Erde von Aumühle geleitete, trat er den Beweis an, selbst ein Widerständler gewesen zu sein, der hart unter der Hitler-Herrschaft gelitten hat. Hitler nämlich, so der Konteradmiral in einem Vorwort, da er subversiverweise in einem Jubelschinken über die »Geleitzugschlachten im Nördlichen Eismeer« versteckt hat, Hitler hat üblerweise die Admirale daran gehindert, noch mehr ihrer Soldaten und Schiffe zu verheizen: »Sehr viel schwerer aber wogen noch Hitlers kategorische Befehle, nach dem Untergang der 'Bismarck' weitere Verluste von Kampfschiffen zu vermeiden, da er von ihnen einen starken Prestigeverlust fürchtete. Durch diese scharfen Bindungen, deren Lockerung die Seekriegsleitung vergeblich versuchte, wurde die Durchführung der Operationen zwangsläufig stärkstens beeinflußt.«

Georges Blond: Kurs Murmans. Vorwort von Konteradmiral Gerhard Wagner. Bastei/Lübbe, 5,80 Mark

Konkret 02/81, S. 54

Hermann L. Gremli□a

konkret e□ -press

Das will ich wissen: wie man die Bourgeoisie bekämpft, wie man die neuen Waffen bekämpft, wie man die Angst bekämpft. Die »**Welt**« weiß alles auf einmal:

London macht uns □ or, □ ie man die Angst der B□ rger □ or den neuen Waffen bek□ mpft

That's life, and it's getting thatcher and thatcher.

Zweierlei kann die **»Frankfurter Allgemeine«** nicht ausstehen: Rassendiskriminierung und Nigger an der Bar. In der Serie »Vom Genießen - Auslandskorrespondenten in ihrem Lieblingslokal« berichtet deshalb ihr Udo Wiemann aus Johannesburg:

Wer samstags bei Gerd Zerban in Kapstadt fr□ hst□ cken □ ill, kommt besser □ or neun. Denn hernach bedarf es Geduld, oft in einer Warteschlange, an die K□ rbe duftender Br□ tchen □ u gelangen ... Wer kann da □ iderstehen, trotz des drohenden Zeigerausschlags der Bade□ immer□ aage? ... Der Korrespondent, auf bemessene Kalorien□ ufuhr bedacht, hat sich solche Sch□ elgerei nicht leisten k□ nnen, stets aber, gleichsam als Standhaftigkeitsprobe, die teuflische Verlockung gesucht ... Schlie□ lich noch ein Wort □ u den k□ stlichen Buttercroissants. Vier□ ig dieser knusprigen Gebilde aus Bl□ tterhefeteig, mit Seidenpapier abgest□ t□ t und in einen Karton □ erschn□ rt, haben deshalb □ ieder einmal den □ndigen Rückflug nach Johannesburg mitgemacht.

Es ist einfach köstlich, ja, man möchte geradezu in der Hoffnung schwelgen, daß der Zeiger der Badezimmerwaage nicht der Einzige ist, der solchem Pack droht.

Der Jahreswechsel kann nur eine Erfindung des »Zeit«-Verlegers Gerd Bucerius sein, denn was sollte dieser ohne jenen mit **Marion Dönhoff** sonst wohl anfangen? Man stelle sich bloß solche Gedanken mitten im Frühsommer vor:

Nicht nur die Ge□ erkschaften, auch □ iele andere Gruppen, die gern □ on Freiheit sprechen und □ on ihrer kollekti□ en Verant□ ortung, □ erfolgen nur ihre eigenen egoistischen Ziele und fragen nicht nach dem Gan□ en. Wer fragt Oberhaupt noch nach dem Gan□ en? Manchmal bekommt man den Eindruck, da□ jeder nur noch an sich denkt.

Und nur ich denke an mich, sagt der kleine Mann von der Wall-Street, ts, ts, ts ... Soll ich die Marion trösten? Gut, Gräfin, ich frag nach dem Ganzen: Her damit!

Lothar Späth, der Maultaschen-Buonaparte unterm Killesberg, hat gesprochen:

Die SPD bleibt grunds□ t□ lich unser Hauptkontrahent.

Nun ist ein Kontrahent grundsätzlich kein Gegner sondern ein Vertragspartner - von contrahere, aber des ischd humanisdisch. Bloß auf dem Paukenboden nennt man den Gegner einen Kontrahenten. Aber das sind sprachliche Erwägungen, die weit über den Killesberg hinausreichen. Warum schwätzt der Späth nicht so, wie ihm der Schnabel gewachsen ist? Etwa: Dia Soze sen Schofsegel? Denn das moint er doch, der Furzklemmer.

Aus Hamburg sehen Sie nun die Wetterkarte:

Weltpolitik 1980: Wetterumsch□ ung oder Klimastur□ .

Oder ist gut, aber schon sehr gut. Wetterumschwung oder Klimasturz? Ich würde sagen: Ja. Er auch:

In der Weltpolitik hat 1980 das Wetter umgeschlagen. Als die So□ jets □ or □ □ □ lf Monaten □ghanistan herfielen, □ urde es mit einem Male kalt und st□ rmisch. Erinnerungen an den Sommer 1914 trieben □ iele Zeitgenossen um ... Das Ost-West-Barometer sank □ ollends unter Normal, als □ □ hrend des polnischen Herbstes die Besorgnis aufkam. Wenn es schlimm kommt, □ ird nicht nur ein Wetter□ echsel □ u beklagen sein, sondern ein nachhaltiger Klimastur□ Diese Lehre sollten So□ jets □ ie Amerikaner beher□ igen. Tun sie es nicht, □ erden die acht□ iger Jahre nicht kalt und st□ rmisch, sondern gef□ hrlich.

Theo läßt nach: kalter Ostwind, atlantisches Hoch, französisches Zwischentief, nukleare Gewitterwolken, Börsenthermometer, ideologische Graupelschauer - fällt ihm denn gar nichts mehr ein, um den sprachlichen Schneematsch seiner Leitartikel als Naturschauspiel erscheinen zu lassen?

Mich Zeitgenossen erinnert weniger Theo Sommer als dessen Kultur-Redakteur **Fritz J. Raddatz** an 1914, das heißt an jene herrlichen Zeiten, da im bürgerlichen Feuilleton die plattesten Köpfe über die tiefsten Fragen plauderten. In der »Zeit« hat sich Raddatz jetzt so ein Eckchen eingerichtet, die Kolumne »Warum ... «. Warum, fragt er da,

... ent□ ickeln Menschen Ha□ , □ o sie be□ undert haben? Wo liegt diese sonderbare, hauchd□ nne Gren□ e □ □ ischen A und Neid, die so leicht □ um klaffenden Abgrund □ ird? Lebt in jedem □ on uns tief unten ein Brutus? Der Mensch - das unbekannte Wesen?

Was fragen Sie mich? Ich könnte Ihnen bestenfalls erklären, warum die Banane krumm ist, der Redakteur hingegen nicht sehr gescheit. Aber vielleicht lebt in mir tief unten ein Antonius und bei Philippi sehen wir uns wieder. Dann beantworten wir des Raddatz' nächste Frage:

Warum lassen Menschen, lassen sie ein Br□ tchen fallen, es immer mit der Leber□ urstseite nach unten fallen? R□ chen sich die Dinge an uns? Saust die gro□ e Bratenplatte so□ usagen aus eigenem Willen genau in dem Moment auf die K□ chenflie□ en, □ enn die G□ ste schon bei Tisch sit□ en? Gibt es das kleine Mi□ geschick als Strafe? Nie bricht der Korken in der Weinflasche, die Kuchengabel in der Torte, das Streichhol□ an der Reibfl□ che ab □ immer aber, nn man der neuen Freundin ser□ iert. Und alle Schn□ rsenkel rei□ en immer beim ersten Tan□ .

F.J.R.

Deshalb also tragen Kulturredakteure meist Slipper, benutzen Feuerzeuge und trinken Bier, bis sie der Verleger, das bekannte Unwesen, mit der Leberwurstseite nach unten fallen läßt. Ich bin geneigt, ihnen auch noch die Bratenplatte auf den Kopf zu hauen. Denn in jedem von ihnen lebt tief unten ein Schweißfuß.

Wo Raddatz nur »warum« fragt, geht sein Kollege **Thomas von Randow** so weit, »darum« zu antworten:

Die Natur hat sich leider als □ usserst stark er□ iesen. Was sie in Jahrmilliarden der Er□ olution ent□ ickelt hat, l□ □ t sie sic so leicht nicht nehmen. Darum gelingt es uns nicht, die Instinkte □ u b□ ndigen, die □ ir heute b□ se nennen, ob□ ohl sie einmal lebensnot□ endig □ aren. Darum streben □ ir nach Macht, m□ ssen □ ir bei Milit□ r Menschen □ tum Tatenabrichten, machen uns Eifersucht und Ehrgei□ blind.

So sind also die Weltkriege zu erklären? Scheiß Natur!

Die »**Bild**«-Zeitung meldet den Rücktritt des Bürgermeisters Stobbe:

Berlin: Gr□ □ te Regierungskrise seit 1945

Seit Hitler im Führerbunker zum Rücktritt gezwungen wurde?